

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: 30 Mark pro Jahr... Einzelne Nummer 5 Pf.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 10. März 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der englische Kommissionsbericht über Armut und Arbeitslosigkeit.

III.

Die Armutsstatistik des Vereinigten Königreichs wird festgestellt, indem die Behörden die öffentlich unterstützten Personen an zwei Tagen im Jahre (1. Januar und 1. Juli) zählen lassen.

Ueber die Altersstufen der öffentlich unterstützten Personen giebt die Armenzählung vom 31. März 1906 genaue Auskunft, die tabellarisch wie folgt zusammengestellt ist:

Table with 3 columns: Altersgruppen, Zahl der unterstützten Personen, Pro 1000 der Bevölkerung derselben Altersstufen.

Die Altersstufen zwischen 15 und 35, die zu den besten Arbeitsjahren gehören, zeigen die kleinsten Armutszahlen.

Das Verhältnis zwischen Indoor und Outdoor relief ist wie 32:68, das ziemlich konstant ist.

Die Bewegung der öffentlich unterstützten Armut oder des Pauperismus in den letzten vier Jahrzehnten ist in folgender Tabelle veranschaulicht:

Table with 4 columns: Perioden, Durchschnittszahl der unterstützten Personen pro 1000 der Bevölkerung, Durchschnitt der Bevölkerung, Abnahme in Proz. gegen die vorhergehende Periode.

Die erhebliche relative Abnahme in der zweiten und dritten Periode ist einer strengeren Handhabung der Armen-gesetze zuzuschreiben.

Trotz der relativen Abnahme des Pauperismus sind die Kosten der Armenverwaltung relativ und absolut gestiegen.

Table with 3 columns: Jahre, Kosten der Armenverwaltung, Pro Kopf der Bevölkerung.

Die Zunahme der Ausgaben kam hauptsächlich bei der Indoor relief, also in den Arbeitshäusern, Asylen und Kinderheimen vor.

In den Jahren 1871-1880 beliefen sich die Kosten der Armenverwaltung pro Kopf der unterstützten Person im Jahres-durchschnitt auf ungefähr 200 M.; in den Jahren 1896-1906 ungefähr 295 M.

Beim Schluß der Uebersicht über die Armutsstatistik bemerken die Berichterstatter: Es ist sehr unangenehm, bemerken zu müssen, daß ungeachtet des allgemein angenommenen stillen und materiellen Fortschritts und ungeachtet der enormen jährlichen Ausgaben von beinahe 60 Millionen Pfund Sterling (1200 Millionen Mark) für Armenverwaltung, Sanitätswesen und Schulwesen, wir unter uns eine große Armee von Personen haben, die außerstande sind, sich zu erhalten - eine Armee, die in den letzten Jahren die Tendenz zeigt, der Zahl nach eher zu wachsen als abzunehmen.

Welchen Umständen ist dieser Rückgang geschuldet? Er kann nicht dem Mangel an Aufwendungen zugeschrieben werden.

IV.

Ueber die Ursachen der Armut, die gesondert von der Arbeitslosigkeit behandelt wird, gehen der Mehrheits- und der Minderheitsbericht auseinander.

Die gegenwärtig bestehende Armenverwaltung erwies sich als unsäglich, diese Uebel zu heilen. Die Arbeitshäuser haben eine degradierende, charakterverwundende Wirkung und für die außerhalb des Arbeitshauses unterstützten Personen wird nichts getan.

Die Einrichtung der Armenräte und des ihnen unterstehenden Verbandes wird abgeschafft. Die Armenverwaltung soll auf die Grafschaft (Municipalität) übergehen.

Diese Änderungen treffen indes nicht das Wesen des Armutsproblems. Sie sind tatsächlich nur Namensänderungen.

Anders der Minderheitsbericht, mit dem wir uns dem-nächst beschäftigen werden.

Unter Vorbehalt.

In der Geschäftsordnungskommission sollte am 9. März die Entscheidung über das Antragsrecht bei Interpellationen fallen.

Wunsch ausgesprochen, daß man ihnen Zeit lassen möge, mit ihren Fraktionskollegen zu konferieren, da sie ohne weiteres nicht in der Lage seien, sich zu entscheiden.

„Kais gegen die Zulassung eines Antrages Widerspruch von mindestens 30 Mitgliedern erhoben wird, beschließt darüber der Reichstag sofort ohne vorherige Diskussion.“

Dagegen stimmten Sozialdemokraten und Zentrum, dafür die Blockparteien, und zwar die Freisinnigen „unter Vorbehalt“.

Es kam nun zur Diskussion des Absatzes 2 des § 33a, der bezweckt, daß die Abstimmung über Anträge bei Interpellationen verlagert werden muß, wenn es mindestens 30 Mitglieder verlangen.

Graf Westarp (L.) meinte, es müsse Vorkehrung getroffen werden, daß eine Kommissionsberatung über solche Anträge gesichert werde, da ja die Sozialdemokratie imstande sei, in ungeeigneten Momenten der Regierung Verlegenheiten zu bereiten.

Singer richtete an den Vordredner die Frage, wo denn in irgend einem Gesetz etwas stünde, daß Straßendemonstrationen „ungefährlich“ seien.

Die Herren Jung (natl.) und Kirch (Z.) regten an, der Sicherheit halber zu bestimmen, daß auch die Abstimmung über Anträge auf Kommissionsberatung auf drei Tage verschoben werden könnten.

Die Abstimmung ergab nun folgendes: Der Antrag Westarp wurde gegen die zwei konservativen Gruppen abgelehnt. Der Antrag Jung-Kirch angenommen und dann der gemeinsame Abjah gegen die Stimmen der Sozialdemokraten gleichfalls angenommen.

Diese Abstimmung hatte ein Vakuum ergeben, indem nunmehr über Anträge überhaupt nichts gesagt war.

Zentrumspartei es bewirkt habe, daß es zu einer Formulierung des Antragsrechts überhaupt nicht gekommen sei, trotz mehrwöchiger Beratung, und daß deshalb im Plenum erst die Entscheidung getroffen werden muß.

Dann wurde noch in die Beratung der Anträge betreffs der sogenannten „kleinen Anträge“ eingetreten, ohne daß sie zu Ende geführt wurde.

Eine Niederlage der Kieler Wahlrechtsräuber.

(Privatbesuche des „Vorwärts“)

Kiel, den 9. März.

Die Stadtkollegien verhandelten heute über den Antrag des Magistrats, die Staatsregierung zu ersuchen, durch ein Gesetz die Dreiklassenwahl für Kiel einzuführen. Die Debatte wuchs sich zu einer Sozialistendebatte großen Stils aus. Der Oberbürgermeister Fuß verhielt sich zunächst über die Verhandlungen mit dem Minister in Berlin. Der Minister habe die Geheimhaltung der Verhandlungen gewünscht. Im weiteren habe er erklärt, daß er nur dann seine Zustimmung zu dem Antrag geben könne, wenn die Kieler selbst mit Nachdruck ein solches verlangen. Auf die Frage der Deputation, ob eine andere Regelung der Wahlrechtsfrage möglich sei, habe er erklärt, daß eine Änderung nur im Rahmen des Dreiklassenwahlrechts erfolgen könne. Der Oberbürgermeister kam dann auf die Obstruktion der Sozialdemokratie in der Sitzung am Sonnabend zu sprechen. Er warnte die Sozialdemokratie, auf diesem Wege weiter zu gehen und erklärte, daß er nicht die Absicht habe, nach Ablauf seiner Dienstzeit im Jahre 1912 weiter im Amt zu bleiben. Er sei zu alt und habe Ruhebedürfnis. Er werde sich aber durch Drohungen nicht aus dem Amt bringen lassen.

Der Bürgermeister Lindemann, der erst seit vier Monaten in Kiel ist, aus Magdeburg hierherkam, und der vor seiner Wahl auf die Anfrage des liberalen Vereins erklärt hatte, er glaube nicht, daß sobald eine Veränderung des Kommunalwahlrechts bevorstehe, hielt eine Kriegervereinsrede für das Dreiklassenwahlrecht, in der er in schwärzesten Farben die Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit schilderte, auch die Magistratsliste würden dann von den Sozialdemokraten besetzt werden.

Die Genossen Adler, Mindfleisch und Riendorf griffen wiederholt wirkungsvoll in die Debatte ein. Adler fertigte den Bürgermeister Lindemann ab und sprach deutlich aus, daß die Sozialdemokratie nicht gewillt sei, wie ihr von bürgerlichen Blättern unterworfen wurde, ständig Obstruktion zu treiben. Sie habe durch ihr Verhalten am Sonnabend zeigen wollen, daß auf dem Rathaus noch Leute sitzen, die sich nicht alles vom Magistrat bieten lassen. Der Magistrat und besonders der Oberbürgermeister Fuß hätten nicht mehr das Vertrauen der sozialdemokratischen Stadtoberordneten. Riendorf und Mindfleisch wiesen nach, daß die sozialdemokratische Mehrheit für die Stadt Kiel keine Gefahr bedeuten würde. Das kommunale Wahlprogramm der Sozialdemokratie zeige deutlich, daß sie in eifriger Weise bestrebt sei, das Wohl der Kommune zu fördern.

Die Verhandlungen nahmen einen sonst nicht im Kieler Stadtparlament gewohnten lebhaften Verlauf. Sie begannen um 10 Uhr vormittags und endeten kurz vor 7 Uhr abends bei einer zweifundigen Mittagspause. Kurz vor 7 Uhr erfolgte die prinzipielle Abstimmung über den Magistratsantrag, die auf Antrag der Sozialdemokraten eine namentliche war. Von den Stadtoberordneten stimmten 10 Sozialdemokraten und 5 Bürgerliche gegen den Magistratsantrag und 13 dafür. Der Magistrat stimmte geschlossen dafür. Ein Stadtoberordneter, der als Vorkämpfer der Vorlage gilt, war durch Krankheit entschuldigt. Unter den bürgerlichen Stadtoberordneten, die mit den Sozialdemokraten gegen die Vorlage stimmten, waren auch der freisinnige Landtagsabgeordnete Hoff und der Ministerdeputierte Jürgensen. Die Vorlage des Magistrats ist damit gefallen und die Gefahr der Dreiklassenwahl für Kiel vorläufig abgewendet. Das Abstimmungsergebnis wurde von den sozialdemokratischen Stadtoberordneten und dem größten Teil der Tribüne mit lebhaftem Bravo aufgenommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. März 1909.

Weingeseh.

Aus dem Reichstag, 9. März. Die zweite Beratung des Weingeseh wurde heute begonnen, aber nicht zu Ende geführt. Man kam nicht einmal an einer Art Generaldebatte heraus, da die Vertreter der verschiedenen Weingegenden die abweichenden Auffassungen, die über die Weinfragen herrschen, zum Vortrag zu bringen strebten. Das Gesetz soll bekanntlich den Weingegenden nach Möglichkeit entgegenwirken. Die Kommission ist nun bestrebt gewesen, den verschiedenen Interessenten gerecht zu werden, sowohl den Weinbauern wie den Großweingebietern, den Händlern, aber auch dem Publikum. Das ist natürlich unmöglich. Kein Interessentenkreis ist befriedigt. Ueber den Grad der zulässigen Verzuckerung und Vermässigung sowie über die Zulässigkeit des Verschnitts mit ausländischen Weinen gehen die Meinungen wesentlich auseinander. Genosse David suchte die Härten zu bekämpfen, die den kleinen Winzern aus der Vorlage erwachsen und warnte eindringlich vor Ueberspannung des Bogens.

Als die Beratung beschlossen war, gab es noch eine Geschäftsordnungsdebatte über die nächste Sitzung. Schließlich drang der Präsident mit seinem Antrage durch, die nächste Sitzung erst Donnerstag abzuhalten, damit der Mittwoch für die Budgetkommission frei bleibt.

Wohnungsgeldzuschuß und Kommunalsteuerprivileg.

Am Dienstag beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus von neuem mit der Vorlage betreffs des Wohnungsgeldzuschuß der Beamten. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Regierung und bürgerlichen Parteien hatte man sich endlich auf das von uns bereits mitgeteilte Kompromiß verständigt, ein Kompromiß, das zwar den Forderungen eines großen Teils der Beamten, namentlich der unteren und mittleren Beamten, auch nicht entfernt gerecht wird, das aber doch einen gewissen Fortschritt bedeutet. Mit Rücksicht hierauf konnte sich auch der Fraktionsredner der Sozialdemokratie, Genosse Ströbel, damit einverstanden erklären. Ströbel beschränkte sich nicht darauf, die Beamtenbesetzung, von der ja der Wohnungsgeldzuschuß einen Teil bildet, zu kritisieren, sondern er benutzte auch die Gelegenheit, den Herren von der Rechten, die sich so häufig über den sozialdemokratischen Kon beschwerten, gehörig den Text zu lesen und ihnen ihr eigenes, oft sehr unaufrichtiges Benehmen vor Augen zu führen. Obwohl Ströbel mehrmals den vor ihm sitzenden Konservativen v. Pappenheim apostrophierte, der sich bekanntlich besonders geschmacklos zwischen

rump gegen Sozialdemokraten bedient hat, erwiderte weder der direkt herausgeforderte Herr v. Pappenheim, noch einer seiner Freunde — ein Beweis dafür, daß der Dieb gefessen hat.

Den zweiten Teil der Sitzung füllte die Beratung des Gesetzentwurfs betreffs Aufhebung des Kommunalsteuerprivilegs. Entgegen der ursprünglichen Regierungsvorlage, die nur die nach dem 1. April zur Anstellung kommenden Beamten zur Gemeindeeinkommensteuer heranziehen wollte, hat die Kommission das Privileg auch für Lehrer, Geistliche und untere Kirchendiener aufgehoben. Die konservativ-kirchliche Mehrheit befreite nun im Plenum die den Geistlichen auferlegte Pflicht, so daß nach den neuesten Beschlüssen nur Beamte, Lehrer und untere Kirchendiener, nicht auch Geistliche, Gemeindeeinkommensteuer zu zahlen haben. Die Geistlichen können wohl ihren Nebenmenschen predigen, daß sie ihre Pflichten zu erfüllen haben, ihnen selbst aber werden die Lasten abgenommen.

Der sozialdemokratischen Fraktion wurde es durch die Mehrheit, die wieder in ihre alte Wortabstimmerei zurückfiel, unmöglich gemacht, ihre Stellung zu präzisieren.

Am Mittwoch stehen kleinere Vorlagen und die neuen Steuerergesetze auf der Tagesordnung.

Kompromißliches.

Die Kompromißverhandlungen zwischen den Blockparteien sind unter der Regide des Herrn Geheimrats v. Loebell in vollem Umfang wieder aufgenommen. Dabei ist, wie das „Vorl. Tagebl.“ zu berichten weiß, die Führer und Sprecher der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, den Abgg. Wiemer, Müller-Weinigen und Payer seitens des Geheimrats v. Loebell nahegelegt worden, sich zunächst zur Bewilligung der indirekten Steuervorlagen der verbündeten Regierungen zu verpflichten; doch ist es bei diesen Besprechungen bisher zu keiner Einigung gekommen.

An den bayerischen Gesandten in Berlin soll heute ein Beschluß der bayerischen Regierung gegangen sein, wonach diese den Blokantrag zur Reichsfinanzreform entschieden ablehnt.

Die „Kreuz-Zeitung“ hat sich das niedliche Vergnügen geleistet, die topographischen Berichte des Reichstages daraufhin zu untersuchen, wie hoch im Jahre 1908 bei der Beratung der damaligen Erbschaftsteuervorlage die Herren Wiemer, Müller-Weinigen, Paaße und Weber zu der Frage der Besteuerung des an direkte Nachkommen und Ehegatten fallenden Erbes gestellt haben. Die Willenslose, die sie bietet, ist recht interessant. Dr. Wiemer sagte z. B. am 10. Januar 1908:

„Wiel umstritten ist die Frage der Besteuerung der Erbanfälle an Deszendenten. Es stehen mancherlei Bedenken auch nach unserer Meinung dieser Besteuerung entgegen. Ich kann, ohne vorläufig eingehende Ausführungen darüber zu machen, vieles von dem unterschreiben, was der preussische Herr Finanzminister in der ersten Lesung des Etats darüber ausgeführt hat. Es läßt sich nicht verkennen, daß eine solche Besteuerung der Deszendenten einen Eingriff in die Familien-einheit enthält; vielfach tragen erwerbsfähige Familienmitglieder dazu bei, durch ihre Arbeit das Familienvermögen zu erhalten und zu vermehren. Es läßt sich auch nicht verkennen, daß unter Umständen dieses Eingreifen in die intimen Familienverhältnisse äußerst peinlich wirken kann bei dem Tode des betreffenden Erblassers.“

Derselbe Abgeordnete machte am 11. Mai 1908 folgende Ausführungen:

„Wir wollen auch nicht die Besteuerung auf Deszendenten und Ehegatten ausgedehnt wissen. Allerdings ist diese Frage für meine Freunde keine Prinzipien-, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage; es lassen sich manche Gründe dafür, aber auch manche Bedenken dagegen anführen. In der ersten Lesung habe ich einige dieser Bedenken gekennzeichnet, und ich bin auch heute der Meinung, daß diese Bedenken uns zur Ablehnung des jetzt wieder gestellten Antrages auf Ausdehnung der Steuer auf die Deszendenten veranlassen müßten. Eine solche Maßnahme entspricht nicht der deutschen Rechtsauffassung von der Einheit des Familienvermögens. Tragen doch auch vielfach die Kinder dazu bei, erst das Vermögen zu schaffen, das nachher vererbt werden soll.“

Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Paaße erklärte am 21. November 1908:

„Auch in der Mitte meiner Freunde sind die lebhaftesten Bedenken gegen diese Nachlasssteuer vorhanden, die nicht zu beseitigen sind. Sie liegen nicht etwa darin, daß wir nicht wollen, daß das Vermögen als solches besteuert wird, sondern sind darin begründet, daß selbstverständlich bei einer so hohen Steuer, die bei Erbschaften zwischen Ehegatten, Kindern und Eltern bis zu 3 Proz. und vielleicht sogar noch höher geht, die Einkünfte eine so rigorose und so schilfenernde sein muß — wie es tatsächlich schon heute bei der Erbschaftsteuer ist —, daß ich einer Verallgemeinerung nicht das Wort reden kann und der festen Ueberzeugung bin, eine solche Steuer wird namentlich in ländlichen und kleinbürgerlichen Kreisen eine beratige Erbitterung hervorgerufen, daß ich ungern die Verantwortung dafür übernehmen möchte.“

Die „Kreuz-Ztg.“ hat damit erwiesen, daß die Abneigung gegen die Nachlasssteuer sich bis tief in die Reihen der Freisinnigen und Nationalliberalen erstreckt. Allerdings können die Freisinnigen mit gleichem Recht den Spieß umkehren und nachweisen, daß früher die Agrarier für die Nachlasssteuer eingetreten sind. Weiden Parteien gilt eben das Prinzip nichts, der Profit alles! —

Konservative Gehe gegen die Sozialpolitik.

Die „Kreuz-Ztg.“, das führende konservative Organ, hält den Sturm der Raskewitz, Hammer und Konsorten gegen die Sozialpolitik offenbar für noch nicht eindrucksvoll genug. Sie setzt den konservativen Vorstoß gegen den Arbeiterschutz durch einen Leitartikel fort, in dem es heißt:

„Es war an der Zeit, daß sich einmal eine ernst mahnende Stimme dieser einseitigen Sozialpolitik gegenüber erhebe. Dies geschah am Sonnabend im Abgeordnetenhaus, wo bei Beratung des Etats für die Handels- und Gewerbeverwaltung der bekannte konservativste Vertreter gewerblicher Mittelstandsinteressen, Abg. Pallewicz forderte, daß der fortgeschrittenen Belastung der Arbeitgeber durch sozialpolitische Bestimmungen ein Halt geboten werden müsse. ... Weizsäcker ist, daß der „Vorwärts“ diese verdienstliche Warnung mit Schimpfereien und Drohungen begleitet. Er schreibt, die „Dreiklassenmänner“ suchten die sozialpolitische Reichsgesetzgebung zu durchkreuzen und bei ihrem Einflusse bedente ihr Vorgehen die bedenklichste Gefährdung des Arbeiterschutzes. Schon allein um diesen unheilvollen Einfluß der Junker und Schlotbarone“ auf die Regierung zu brechen, gebe es kein dringenderes Erfordernis als die Einführung des gleichen Wahlrechts für Preußen. Aus diesen Worten sieht man, welche bedeutenden Wert für die Sozialdemokratie das sozialpolitische Experimentieren hat. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung in ihrer die Arbeiterwohlfahrt fördernden Wirkung sucht die sozialdemokratische Partei stets möglichst herabzusetzen; aber sie erkennt sehr gut, welche unschätzbare Bedeutung der sozialpolitischen Gesetzgebung in manchen Stunden für die sozialdemokratische Agitation innewohnt. Das hat man denn auch in

weiten Kreisen der Bevölkerung erkannt, und deshalb sind wir davon überzeugt, daß die erste Wahlung der konservativen Abgeordnetenhausfraktion im Lande lebhaften Widerhall finden wird.“

Die Arbeiter werden sich nach dem Vorbild der notleidenden Agrarier doppelt zu rühren haben, um die reaktionären Bremsversuche unwirksam zu machen!

Verden-Hoya.

Die Nationalliberalen haben den Wahlkreis Verden-Hoya verloren. Bei der gestrigen Stichwahl im Reichstagswahlkreis 6 Hannover erhielt von Dannenberg (Welfe) 13 575, Dr. Heiligenstadt (natl.) 10 119 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Der Wahlausfall bedeutet eine jämmerliche Niederlage des Nationalliberalismus. Bei der letzten allgemeinen Reichstagswahl im Jahr 1907 wurde der nationalliberale Kandidat Held schon im ersten Wahlgange gewählt mit 13 851 gegen 6915 welfische und 3491 sozialdemokratische Stimmen. Ebenso wurde 1903 Held, wenn auch erst in der Stichwahl, mit 11 163 gegen 7108 Stimmen gewählt.

Erfolg der preussischen Polenpolitik.

Die preussische Polenpolitik hat trotz der Hunderte von Millionen, die sie im letzten Jahrzehnt gekostet hat, lediglich den Erfolg erzielt, die Polen aufs äußerste zu erbittern, nicht aber ihnen irgend welches Terrain abzugewinnen. Soweit in einzelnen östlichen Gegenden eine Verminderung der polnischen sprechenden Bevölkerung in ihrem Verhältnis zur deutschen Bevölkerung erfolgt ist, erklärt sich diese Abnahme lediglich aus dem Wegzug polnischer Arbeiter nach dem Westen in die rheinisch-westfälischen Industriegebiete, in denen ganze polnische Ortshäfen entstanden sind.

Nach einer Aufstellung des Direktors des Statistischen Amtes in Posen, Dr. Franke wurden im preussischen State 1890 insgesamt 2 922 475, im Jahre 1900 3 305 740 und 1905 3 646 446 Polen, Masuren und Kasuben gezählt. Hiervon entfielen auf die vier östlichen Grenzprovinzen 1890 96,56 Proz., 1900 93,28 Proz. und 1905 90,48 Proz. Diese rasch abnehmenden Prozentätze des preussischen Lebens bedeuten ein schnelles Wachstum der polnischen Bevölkerung in den westlichen Landesanteilen, in welche die Polen in immer größerer Zahl abgewandert sind. Die Polen haben sich in der Zeit von 1890 bis 1905, absolut genommen, fast in allen Teilen Preußens stark vermehrt, besonders erheblich ist ihre Zunahme jedoch in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnberg, Münster, Potsdam, sowie in Berlin gewesen. Im Bezirk Düsseldorf ist die Zahl der Polen von 4672 auf 45 023, in Arnberg von 20 131 auf 97 703, im Münsterlande von 5490 auf 40 723, in Potsdam von rund 9000 auf 30 000 und in Berlin von 12 000 auf 24 000 gestiegen.

Katholische Arbeiter gegen das Zentrum.

In dem rheinischen Wahlkreis Düren-Jülich hat das Zentrum an Stelle des gestorbenen Grafen Hoppfeld den Fürsten Salm-Dyck-Reifferscheid als Reichstagskandidaten aufgestellt. Viel weiß die Öffentlichkeit nicht über diesen Herrenhändler; aber was sie weiß, das genügt volllaus, um den Herrn als einen patriarchalisch-agrarischen Antisozialpolitiker schlimmster Art zu kennzeichnen. Es sei nur daran erinnert, daß vor einiger Zeit auf einem Gute des Fürsten die Landarbeiter streikten, weil sie als Familienväter nicht mehr für 1,50 M. täglich im Sommer und 1,30 M. im Winter arbeiten wollten.

Am verflorenen Sonntag haben die katholischen Arbeiter sich mit der fürstlichen Kandidatur befaßt. Im Konventsaal in Düren drängte sich eine tausendköpfige Menge katholischer Arbeiter, bisheriger treuer Zentrumshänger. Das bage Bewußtsein, vom Zentrum betrogen und verkauft zu werden, kam in dieser Versammlung zu elementarem Ausbruch. Nicht von unbekanntem Zeuten war die Versammlung einberufen, sondern von Männern, die jahrelang Vertrauensmänner in der Zentrumspartei oder in den Zentrumsgewerkschaften bekleidet haben. Von der katholischen Arbeiterchaft waren sie zu der Versammlung gezwungen worden. Die Wahlkomitees der beiden Kreise, aus denen sich der Reichstagswahlkreis Düren-Jülich zusammensetzt, hatten, ohne die Wähler irgendwie zu fragen, autoritativ den Fürsten aufgestellt, darauf vertrauend, daß der Kreis einer der bombensichereren des Zentrums ist.

Der die Versammlung eröffnende christliche Gewerkschaftsleiter Ruschewich teilte mit, die Arbeiter hätten sich an das Wahlkomitee des Zentrums gewandt, damit man bei der Kandidatenaufstellung die im Wahlkreise zahlreich vertretene Arbeiterchaft berücksichtige; aber man habe sie nicht beachtet, sondern einen Fürsten aufgestellt, der allen die Arbeiter interessierenden Fragen fremd gegenüberstehe, der auf seinem Schloß, bei der Bewirtschaftung seiner Güter und beim Jagdsport groß geworden sei. Ein ohrenbetäubender Beifall erscholl, als der Redner mit erhobener Stimme erklärte: „Die Arbeiter brauchen und wollen keinen fürstlichen Vertreter!“

Als erster Diskussionsredner trat ein christlicher Gewerkschaftssekretär für die offizielle Kandidatur ein. Zwar sei, meinte er, vieles in der Zentrumspolitik zu beurteilen; besonders könne er sich mit dem letzten Vorgehen des Zentrums in der Steuerfrage nicht einverstanden erklären; aber die Aufstellung eines auf dem Boden des Zentrums stehenden Gegenkandidaten sei ausfichtlos. Der Fürst Salm sei ein Mann, der alle Stände vertreten wolle. Hohngeächter der Versammlung war die Antwort. Anderen Rednern, die die fürstliche Kandidatur zu retten suchten, erging es nicht viel besser. Selbst nicht das rote Gespenst, das gerissene Demagogen an die Wand malten, wollte versengen. Redner gegen die „arbeiterfeindliche Sozialdemokratie“, die man ehemals bejubelt hatte, wurden diesmal mit eifrigem Schweigen aufgenommen. Die Freunde des Fürsten schickten zahlreiche gewiegte und in allen Kreisen erfahrene Redner ins Feld; die Gegenseite verfügte über nur wenige, ungeübte Sprecher. Und dennoch errangen diese fast allgemeine Zustimmung. Mit Nachdruck wurde immer wieder gefordert: „Hinweg mit dem Fürsten!“

Auch höchste Sieg die Empörung, als die Arbeiter erfuhren, mit welchen Protiken man beim Zentrumswahlkomitee die Aufschaltung der Arbeiter betrieben hat. Von der Unterschlagung von Briefen war da die Rede, und man erzählte, daß die Dürener Zentrumspresse die Aufnahme der Anzeige für die Versammlung verweigert hat. Redner, die das Zentrum verteidigen wollten, wurden nun niedergeschrien. Schließlich, nachdem die nicht sehr zahlreichen Anhänger des Fürsten den Saal verlassen hatten, wurde das Komitee beauftragt, Schritte zur Aufstellung eines den Arbeitern genehmen Kandidaten zu tun.

Nationalliberaler Parteitag.

In der letzten Sitzung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei wurde der geschäftsführende Ausschuß beauftragt, die Vorbereitungen für den diesjährigen allgemeinen Parteitag der Partei zu treffen. Dieser soll im letzten Drittel des Septembers in Eisenach stattfinden, und damit zugleich die 50-jährige Erinnerungsfest für den Nationalverein verbunden werden, zu dem am 14. August 1859 der Grundstein in Eisenach gelegt wurde. —

Die Balkanreise.

Die serbische Note.

Der „Welt Parisien“ teilt mit, daß Serbien Montag nachmittags die Zirkularnote an die Mächte und speziell an Oesterreich abgehandelt hat. In dieser Note erneuert die serbische Regierung die Versicherung ihrer friedfertigen Absichten und verzichtet auf alle territorialen Ansprüche. In dem Text heißt es weiter, daß die Vorschläge des Grafen Torgach über die Erneuerung des Handelsvertrages günstig aufgenommen werden.

In Petersburg wird die Note als erfreuliches Symptom angesehen und in einem Interview soll Jowitski erklärt haben, er werde einen Krieg nicht zulassen. Diese günstige Beurteilung der serbischen Note nimmt umsoweniger Wunder, als ihr Inhalt ja von der russischen Regierung der serbischen diktiert worden ist. Um so skeptischer wird man aber diesen immer aufs neue wiederholten Beteuerungen nach den schlechten Erfahrungen, die man mit der serbisch-russischen Wahrheitsliebe gemacht hat, gegenübersehen. Serbien handelt in allen Stücken nur als der gefügige Vasall Rußlands, dessen Friedensliebe nur die eine Würdigung aufzuweisen hat: die völlige Desorganisation der Armee, die in der geheimen Duma-Festsetzung sogar der russische Kriegsminister mit halben Worten zugestehen mußte.

In Wien ist man auch viel pessimistischer. Man bezweifelt die Meinung des Pariser Blattes und hält die Situation noch immer für gefährdend. Es ist dabei nicht zu verkennen, daß die lange Dauer der Krise und die unerträgliche Ungewißheit des schließlichen Ausgangs den Einfluß der österreichischen Kriegspartei mit dem Thronfolger, dem Urheber der Annexionspolitik an der Spitze, gestärkt hat. Die Anstimmungen haben Oesterreich bereits mehr als eine Dreimilliarden Kronen gekostet, und jeder weitere Tag erfordert 150 000 Kronen. Auf diese Ausgaben beruft sich die österreichische Regierung bei ihrem Verlangen, von Serbien endlich Klarheit zu erlangen. Ob und wann die serbische Nation diese Klarheit endlich bringen wird, muß abgewartet werden.

Die Durchführung des Kriegsmaterials.

Konstantinopel, 9. März. In amtlichen Kreisen wird erklärt, daß der gestrige Ministerrat keine endgültige Entscheidung wegen der serbischen Kriegsmaterialtransporte getroffen habe. Man glaubt, daß die Erlaubnis nicht erteilt werden wird, wenn nicht Serbien befriedigende Aufschlüsse über den Zweck der großen Käufe von Kriegsmaterial gibt.

Inrücken im Sandschal Kobibazar.

Konstantinopel, 9. März. Nach amtlichen auf der Pforte eingelaufenen Meldungen macht sich im Sandschal Kobibazar eine bedenkliche serbische Vandalenbewegung bemerkbar. Infolgedessen wurden die dortigen Militärkommandanten angewiesen, die umfassendsten Gegenmaßnahmen zu treffen.

Kattaro, 9. März. Aus Montenegro einlaufende Meldungen besagen, daß sich dort eine starke militärische Bewegung bemerkbar macht. Größere Militärabteilungen haben sich an die Grenze des Sandschals Kobibazar begeben. Es zirkulieren Gerüchte, daß Serbien und Montenegro einen Teil des Sandschals Kobibazar besetzen werden.

Vulgariische Rüstungen?

Konstantinopel, 8. März. Sabah meldet, daß Bulgarien gegenwärtig öffentlich und in noch größerem Umfange als früher seine militärischen Vorbereitungen fortsetze. Es habe abermals die Mobilmachung der achten Division angeordnet.

Die Konferenzfrage.

London, 9. März. Im Unterhaus richtete heute der irische Nationalist Dillon an den Staatssekretär Gresh die Frage, welche Schritte in der Richtung auf das Zustandekommen einer europäischen Konferenz gesehen seien, die sich mit der durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina geschaffenen Lage beschäftigen würde, und für welchen Zeitpunkt der Zusammentritt der Konferenz erwartet werden dürfe.

Der Staatssekretär erwiderte: Es gehen beständig Mitteilungen zwischen den Mächten hin und her zu dem Zweck, die allgemeine Verständigung zu fördern. Da Interessen anderer Mächte wesentlich berührt werden, kann ich gegenwärtig keine weiteren Aufschlüsse geben. Die Verhandlungen sind nicht weit genug fortgeschritten, daß ich sagen könnte, wann die Konferenz wahrscheinlich zusammentreten wird.

Frankreich.

Die zweite Serie der Ersatzwahlen.

Paris, 8. März. (Fig. Ver.)

Ungefähr mit derselben Wahrscheinlichkeit, womit sie die gestrige Rundgebung der Pariser Arbeiterschaft bei der Enthüllung des Denkmals Floquets als „einige Zwischenfälle“ hinstellt, kann die radikale Regierungspresse das Resultat der gestrigen Wahlen als einen Erfolg ihrer Patrone interpretieren. In der Tat hat die sozialistische Partei in der Stichwahl weder Crenteur in Marseille noch Renaudel in Toulon durchgebracht, und besonders dieses erstere das Herz der Regierungsdiskontinuität. Nun stand in beiden Wahlkreisen die Sache in Wirklichkeit so, daß ein sozialistischer Sieg nur dann möglich gewesen wäre, wenn die ganze radikale Wählerschaft den demokratischen Prinzipien und Traditionen den Vorrang vor den Masseninteressen und der Klassenangst gegeben hätte. Jaures und die „Humanité“ haben mit einem auf fallenden Optimismus darauf gerechnet und so fällt denn über ihre Siegesfreude über die gestrigen Erfolge ein Schatten, den nur diese ungerückte Einschätzung erklärt. Der Sieg Renaudels hätte ja allerdings den baldigen Sturz Clemenceaus zur ziemlich sicheren Folge gehabt, während jetzt die radikalen Kräfte vielleicht noch an die Retikularität des Regierungsjahres glauben werden. So wünschbar der Fall einer Regierung ist, die, wie sie erst gestern wieder gloriös gezeitigt hat, ihre Sache nur noch auf die Kraft der Polizistenfauste stellt, so ist für die sozialistische Politik die Hauptsache das Wachsen der sozialistischen Bewegung selbst und in diesem Sinne dürfen die Genossen der geeinigten Partei mit den Wahlergebnissen überaus zufrieden sein.

Sie haben ein Mandat aus eigener Kraft erhoben und in einem anderen Wahlkreise sind sie nur ein paar hundert Stimmen davon entfernt geblieben. Der vierte Wahlkreis von Lyon war Besitztum der Radikalsozialisten, nun ist Genosse Rognon, Bildhauer, dort gewählt. Er erhielt 4513 Stimmen — gegen 2658 im Jahre 1906 — die radikalen Stimmen aber fielen von 5774 auf 2270 Stimmen. Im ersten Wahlkreise von Amiens war 1906 ein Radikalsozialist mit 12 590 Stimmen gegen 6837 „liberale“, d. h. reaktionäre gewählt worden. Diesmal hat Genosse Decomte, Buchdrucker, 8396 Stimmen bekommen, die Reaktionäre gingen auf 5568, die Radikalen gar auf 3326 zurück! Erfreulich ist

auch das Anwachsen der sozialistischen Stimmen im Wahlkreis von Doullens (Departement Somme). Genosse Myrens, Gymnasialprofessor, steht mit 3222 Stimmen an zweiter Stelle, allerdings ohne viel Aussichten für den zweiten Wahlgang. 1906 hat aber die Partei in diesem Bezirk nur 605 Stimmen aufgebracht. Wie stark die Abkehr vom Radikalismus ist, zeigt die Stimmzahl von 2151, die der Herrbis Joseph, der eine Agitation im Sinne seiner Richtung betrieb, im ländlichen Departement Yonne aufbrachte.

Wie die Fortschritte des Sozialismus den Uebergang breiter Wählerschichten vom Radikalismus zur geeinigten Partei anzeigen — eine Tatsache, die auch das „Journal des Debats“ als das charakteristische Merkmal des gestrigen Wahltages anerkennt — so geben sich innerhalb der noch bei den Radikalen zurückbleibenden Wählerschaft direkt entgegengesetzte Tendenzen kund, die den alten Parteiverband schließlich sprengen müssen. In Toulon hat Renaudel gestern ein Mehr von 1700 Stimmen gegen die Hauptwahl aufgebracht. Es stammt von ultraradikalen Wählern, die der von Pelletan ausgegebenen Parole folgten, dem Aufruf des radikalen Parteivorstandes zum Trotz für den Sozialisten zu stimmen. Die große Mehrheit der radikalen Wähler aber stimmte lieber für den Kandidaten der sozialen Reaktion. Dem Siege des Pseudo-radikalen Betin aber ist die Stichwahlverlage des redlichen Radikalsozialisten Prof. Levy-Mann im Pas-de-Calais gegenüber, wo die demokratische Union, trotz der berühmten republikanischen Solidarität, dem Konserverativen, das heißt Antirepublikaner zum Siege verhalf. Die gestrigen Wahlen beweisen so, daß nicht nur der Bloch im combistischen Sinne ein leeres Wort geworden ist, sondern daß der fortschreitende Klassenkampf sogar dem Bloch des bürgerlichen Fortschritts ein Ende gemacht hat. An seiner Stelle steht jetzt der der Gesellschaftsrichtung und Clemenceau ist sein Prophet.

Italien.

Die Wahlen.

Rom, 9. März. Von 508 Wahlen waren bis mittag 477 Resultate bekannt. Es sind 214 Ministerielle wiedergewählt und 61 neugewählt, 40 von der konstitutionellen Opposition wiedergewählt, 9 neugewählt, 22 Radikale wiedergewählt, 9 neugewählt, 12 Republikaner wiedergewählt, 5 neugewählt, 8 Sozialisten wiedergewählt, 10 neugewählt, 4 Katholiken wiedergewählt, 11 neugewählt. In 60 Wahlkreisen kommt es zur Stichwahl.

Rußland.

Die Desorganisation der Armee als europäische Friedensbürgschaft.

Petersburg, 9. März. In der gestrigen geheimen Abend-sitzung der Reichsduma waren der Kriegsminister, der Marine- und der Finanzminister anwesend. Der Führer der Oktoberisten Gutschkow erstattete als Präses der Heereskommission Bericht über den Gesuchentwurf betreffend Bewilligung eines außerordentlichen Kredites für unauflösliche Bedürfnisse der baltischen Flotte. Gutschkow beantragte die Bewilligung von 7 485 000 Rubeln. Sawitsch (Monarchist) warf dem Minister vor, daß er die für die Kriegsbereitschaft der Flotte dringenden nötigen Forderungen nicht rechtzeitig eingebracht habe. Für die Arbeitsguppel stimmte Dulak gegen den Kredit, da seine Partei von der Kommission ausgeschlossen gewesen sei, ebenso stimmten die Sozialisten. Tschelmutow (Radikal) war für Bewilligung der Kredite, da die Forderungen des Ministers zum Schutze der baltischen Küste unabweisbar seien. Mehrere Redner der Rechten sprachen sich auch für die Vorlage aus, die darauf in allen drei Lesungen angenommen wurde.

Die Duma votierte sodann die Forderung des Kriegsministeriums von 40 Millionen Rubel für Kompletierung von Kriegsvorräten und Munition. Ueber die Vorlage referierte Gutschkow in längerer Rede, in der er unter anderem ausführte: Unser strategischer Mißerfolg war kein Zufall, sondern die Folge der inneren Mängel unserer militärischen Organisation. Wir erwarteten, daß diese Lehre, die Rußland beinahe an den Rand des Verderbens brachte, die Regierung zwingen werde, die Schaffung von Ordnung in der Landesverteidigung ihre erste Aufmerksamkeit zu schenken. Wir hofften, daß das Verantwortungsgefühl die Träger der Gewalt auf die gebührende Höhe heben werde. Wir sind in die Duma gekommen, bereit, schwere Opfer zu bringen und haben die Bewilligung der vom Kriegsministerium geforderten Kredite niemals verweigert. Dreimal ist in den letzten anderthalb Jahren ein Kriegsgewitter heraufgezogen: dreimal hätten wir zur Abwehr dieser Gefahr bereit sein müssen. In materieller Hinsicht sind zweifellos einige Verbesserungen eingetreten, jedoch von denjenigen Gebieten des Militärwesens, die unserer Kritik nicht unterliegen, kann letzteres nicht behauptet werden. Wir sehen dort keinen günstigen Ausblick.

Redner führte weiter aus, er sei überzeugt, daß die Vernunft und Mäßigkeit in der auswärtigen Politik Rußlands durch das Bewußtsein der strategischen Schwäche des Landes hervorgerufen sei. Wenn diese Politik unpopulär sei, so sei sie doch im gegenwärtigen Augenblicke richtig. Wenn Rußland die Geduld nicht schließlich reifen werde, so würden bei den Nachbarn die Gelfäße immer noch größer werden. Wir können uns, fuhr Redner fort, nicht in die Lage Persiens oder der Türkei begeben, die von der Gnade oder der Eiferlust ihrer Nachbarn leben. Wir stehen vor der qualenden Frage, ob der Zustand der Landesverteidigung dem erhabenen Führer der Armee bekannt ist, und ob die, auf denen die Verantwortung liegt, den sittlichen Mut haben, ihm ein wahres Bild von der Lage der Dinge zu geben. Man kann über die Duma und ihre diesem Zustand zu geben. Man kann über die Duma und ihre Rechte verschiedener Ansicht sein, in der Pflicht aber, unserem Monarchen die Wahrheit zu enthüllen, müssen wir uns vereinigen. Ich hoffe, daß unsere Stimme den Thron erreichen und dort jenes lange Gefühl hervorrufen wird, von dem wir allein die Wiedergeburt unserer Landesverteidigung und die Sicherheit unseres Vaterlandes erwarten können. (Stürmischer Beifall rechts und im Zentrum.)

Nach Gutschkow befürwortete im Namen der Radikalen General Bobuanski die Verringerung des Heeres und eine gründliche Reorganisation der gesamten Armee. Ferner verlangte er Befreiung der Truppen von Dienstleistungen in der inneren Politik. Kriegsminister Rodiger stellte angelehnt des waffenstarken Europas für die nächste Zeit weitere Heeresreformen in Aussicht.

Wolitschnikow (Sozialist) verweigerte im Namen der russischen Proletariats dem gegenwärtigen Regime jeden Respekt. Marlow II (Extremes Rechte) betonte, daß die Befreiung der Führerstellen im Heere Sache des Monarchen sei und dessen Handlungen nicht kritisiert werden dürften. Er protestierte dann gegen den Kriegsminister, der gewisse Mängel in der Armee kritisiert habe, wozu er nicht berechtigt sei. (1) Hierbei schlug der Redner laut auf das Volt und erhielt einen Ordnungsruf vom Präsidenden. Der Kriegsminister verwarf die dazugehörigen Persönlichkeiten an leitender Stelle im Heere kritisiert zu haben; er habe nur gesagt, ideale Zustände seien erst allmählich erreichbar.

Derlien.

Die Kämpfe am Tabris.

Tabris, 8. März. Gestern gingen die Reiter Gomad Khans zum Angriff über. Die Revolutionäre konnten nicht

schnell genug größere Streitkräfte zusammenziehen, und mußten daher sechs Straßen des Stadtviertels Chofanabad räumen. Die nachdringenden Reiter plünderten und steckten einige Häuser in Brand. Als die Revolutionäre nach einstündigem Kampf Verstärkungen erhielten, zwangen sie die Reiter zurück zu ziehen und machten einige Gefangene.

Aus der Partei.

Der Organisationsentwurf in den Organisationen.

Die Generalversammlung des Wahlkreises Dortmund-Hörde beschloß, beim nächsten deutschen Parteitage zu beantragen: Falls der regelmäßige Parteitag wie bisher im Monat September jeden Jahres stattfinden soll, den § 6 des Organisationsentwurfs dahin abzuändern, daß das Geschäftsjahr für alle Parteiorganisationen vom 1. April bis 31. März läuft. Ablehnend-falles ist der § 9 des Entwurfs dahin abzuändern, daß der Parteitag im November jeden Jahres stattfinden habe. Im § 6 ist dementsprechend die Verjährungsfrist der Kreisvereine an den Parteivorstand bis zum 15. August verlängert festzusetzen. Zum Parteitage wird der Wahlkreis drei Delegierte entsenden.

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Dortmund-Hörde hielt am letzten Sonntag seine Generalversammlung ab. Der Geschäftsbericht des Vorstandes umfaßte das letzte Halbjahr. Trotz der Krise, deren Wirkungen auch im Industriebezirk sich außerordentlich scharf bemerkbar machen, sind in der Organisation erfreuliche Fortschritte nach jeder Richtung hin zu konstatieren. Der Verein zählt nunmehr 61 Aktiven. Beim vorigen Geschäftsabschluss betrug die Mitgliederzahl 6707. Im letzten halben Jahre stieg die Zahl der männlichen Mitglieder um 519. Es sind also beim diesmaligen Geschäftsabschluss 7126 organisierte Genossen vorhanden. Hierzu kommen seit dem 1. Oktober die weiblichen Mitglieder, deren Zahl damals 1110 betrug und inzwischen auf 1401 gestiegen ist. Die Gesamtmitgliederzahl der Kreisorganisation stellt sich somit auf 8527. Ein Flugblatt gegen das persönliche Regiment wurde in 120 000 Exemplaren verbreitet. Die „Arbeiterzeitung“ hatte im Bereich des Wahlkreises im letzten halben Jahre einen Abonnentenzuwachs von 2500 zu verzeichnen. Unser Parteiorgan wurde um zwei Beilagen erweitert: um die Frauenbeilage „Die Genossin“ und die Jugendbeilage „Der junge Kamerad“. Bei den Kommunalwahlen, die letzten Herbst vornehmlich in den ländlichen Orten vorzunehmen waren, wurden in zwölf Orten sozialdemokratische Kandidaten gewählt. Die Partei brachte bei diesen Wahlen 2914 Stimmen auf, mehr als die verschiedenen gegnerischen Parteien insgesamt. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher des Wahlkreises beträgt nunmehr 69. — Gemäß den Beschlüssen des Hamburger Gewerkschaftskongresses und des Nürnberger Parteitages hat sich auch hier eine Jugendkommission gebildet, die ihre Tätigkeit zu Beginn des Jahres aufgenommen und überall die Vorarbeiten zu einer intensiven Agitation unter der arbeitenden Jugend getroffen hat. Es bestehen schon eine ganze Reihe Organisationen mit einem erfreulichen Mitgliederbestand. Es ist zu erwarten, daß die Jugendorganisation im Laufe des nächsten Jahres große Fortschritte zu verzeichnen haben wird. — Der Kassenbericht verzeichnet für das halbe Jahr eine Einnahme von 15 892,69 M.; darunter befindet sich ein Posten für 34 657 Beitragsmarken a 30 Pf. 10 397,16 M. In den Parteivorstand in Berlin wurden abgeführt 2101,10 M., an den Landesvertrauensmann 1608 M.

Aus den Beschlüssen ist mitzutellen, daß ein Antrag, die Parteifeier diesmal auf den folgenden Sonntag zu verlegen, mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Außerdem wurde ein Beschluß zum Organisationsstatut gefaßt, der an anderer Stelle verzeichnet ist.

Soziales.

Staatliche Arbeitslosenversicherung in Bayern.

Auf der vom Ministerium des Inneren einberufenen Konferenz, die im November v. J. in München tagte, wurde nach einer allgemeinen Erörterung der Arbeitslosenfrage ein Referent, der Nürnberger Rechtsanwalt Fleischmann, und zwei Korreferenten, der Zentrumsgewerkschafter Graf Pechalozza und der sozialdemokratische Abgeordnete Simon bestimmt und beauftragt, einer späteren Konferenz Vorschläge zu machen. Die Berichte sind jetzt an das Ministerium abgegangen. Fleischmann hat mit seinen „Normalvorlagen“ ein Nachwort geliefert, das ganz den reaktionären Geist der Nürnberger Stadtverwaltung atmet, an der er als Jurist angestellt ist. Er ist weiter nichts als eine verböberte Auflage des bekannten Berner Systems, das bekanntlich überall, wo es angewandt wurde, schlechte Erfahrungen gezeitigt hat. Die Arbeiter sollen sich selbst gegen Arbeitslosigkeit versichern und Beiträge an die von den Gemeinden zu errichtenden Arbeitslosenversicherungsstellen bezahlen; dabei werden die Nichtheimatberechtigten ausgeschlossen, die Unterstützung ist nur unter erschwerenden Bedingungen zu erlangen, sie wird erst nach einer Karenzzeit von zwei Jahren ausbezahlt. Arbeiter, die dadurch arbeitslos werden, daß sie eine Stelle selbst kündigen, bekommen nichts, bei der Zubereitung von Arbeit an die Arbeitslosen wird Streitarbeit nicht ausgeschlossen, nur braucht sie der Betreffende nicht anzunehmen usw. Die Verwaltungsstellen soll großmütig die Gemeinde tragen, daß sie oder der Staat aber sonst noch was leisten sollen, davon ist mit keinem Wort die Rede. Die Verwaltung ist so raffiniert zusammengesetzt, daß der Einfluß der Arbeiter ausgeschlossen ist.

Diesem freimütigen Nachwort kündigt Genosse Simon in seinem Bericht schon im voraus ein vollständiges Fiasko an; denn befrägt er die verschiedenen bisher angewendeten Systeme der Arbeitslosenversicherung und empfiehlt, in erster Linie das sogenannte Genter System zu wählen, das die Unterstützung in Form von Zuschüssen an die Gewerkschaften gewährt. Die Unorganisierten könne man dabei ebenfalls berücksichtigen, wenn man bestimmte Beiträge festsetze und jedem arbeitslosen Mitgliede denselben Zuschuß aus Staats- oder Gemeindegeldern gewähre, den die Gewerkschaften erhalten. Die Ausführung ist so gedacht, daß die Gemeinden einen bestimmten Fonds gründen, dem alljährlich ein bestimmter Betrag überwiesen wird. Aus diesem Fonds sollen die Gewerkschaften für jeden Arbeitslosen einen Zuschuß von 60 Pf. pro Tag erhalten, ebensoviel die Unorganisierten, die der oben vorgeschlagenen Arbeitslosenklasse beitreten. Die Gewerkschaften müßten den städtischen Zuschuß verauslagern und allmählich eine Liste mit den Namen der betreffenden Arbeitslosen, Angabe ihrer letzten Arbeitsstelle usw. dem Magistrat zur Prüfung einreichen, worauf der Zuschuß ausbezahlt wird. Aus Staatsmitteln müßte den Gemeinden mindestens ein Drittel der verauslagerten Summe ersetzt werden. Die Arbeitslosen müßten sich auf dem Arbeitsamt täglich zur Kontrolle melden und ihnen nachgewiesene, für sie passende Stellen annehmen. Die Verpflichtung, unter dem tariflichen oder ortsüblichen Lohn Arbeit anzunehmen, darf nicht auferlegt werden, da dies der Lohnbrüderlei Vorschub leisten würde. Die Gewerkschaften müßten ihre Statuten und Unterstützungsschemata dem Magistrat einreichen, sowie einem dazu angestellten magistratischen Beamten Einblick in die Bücher der Arbeitslosenliste gewähren. Gewerkschaften, die gegen die Satzungen verstoßen oder deren Beamte dazu beitragen, daß der gemeindliche Zuschuß an Unberechtigten bezahlt wird, werden auf ein Jahr vom Bezug des gemeindlichen Zuschusses ausgeschlossen. Wenn dieses System zunächst in den größeren Städten durchgeführt, daneben die städtischen Arbeitsämter besser ausgebaut und planmäßig für Winterarbeit gesorgt würde, bei denen in erster Linie Bau- und Erdarbeiter zu beschäftigen wären, so würde nach Simons Ansicht der Boden vorbereitet, auf dem sich später eine Staats- oder Reichs-Arbeitslosenversicherung aufbauen könne. Auf keinen Fall aber dürften die Vertreter der Kommunen bloß nach dem Staat rufen und, weil dieser zurzeit selbst nichts tut, jedes Eingreifen der Gemeinde verweigern.

Gewerkschaftliches.

Schwarze Liste.

In Berlin, Hamburg, Kiel sowie an der Unterweser und einigen bedeutenderen Binnenwasserstraßen besteht eine eigenartige Industrie, die geschulte Spezialarbeiter erfordert und dafür den — Unternehmern ungeheure Gewinne bringt. Es ist dies der Yacht- und Bootbau. Die meisten der jetzigen Bootswerkzeuger haben sich aus kleinen Anfängen in die Höhe gearbeitet. Ursprünglich meist reine Praktiker, gaben sie sich entweder dem theoretischen Studium des Bootbaues hin oder wußten sich die Mitarbeit gewiegter Konstrukteure zu sichern. Dadurch und durch die peinlich saubere und gewissenhafte Arbeit ihrer Angeestellten kamen sie in die Höhe. Da es sich um die Befriedigung eines Luxusbedürfnisses handelte, wurden natürlich Liebhaberpreise für die hergestellten Yachten und Boote gezahlt und ungeheure Gewinne aus den Vertrieben herausgeholt. Solange die Arbeiter unorganisiert waren, partizipierten sie daran nicht. Jetzt wo sie ihren Anteil verlangen kommen, rückt man ihnen ganz nach Art der großindustriellen Scharfmacher zu Leibe.

Vor uns liegt folgendes Schriftstück:

Verein der Flußschiffswerften Deutschlands.

Sprechender: Amt 2, Nr. 702 und 3223.

Hamburg, den 3. März 1900.

Eimsbütteler Straße 34.

P. P.

Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß die Flußschiffswerften Deutschlands sich im vorigen Jahre zu einem Verein zur Wahrung ihrer Interessen zusammengeschlossen haben. Obgleich wir noch nicht das Vergnügen haben, Sie als Mitglied dieses Zusammenschlusses rechnen zu dürfen, so glauben wir doch annehmen zu können, daß Sie unseren Bestrebungen freundlich gegenüberstehen und erlauben uns aus diesem Grunde heraus, Ihnen die ergebene Bitte vorzutragen, uns in dem uns aufgezwungenen Kampf mit den Werftarbeitern, welcher am 1. März ausgebrochen ist, zu unterstützen.

Zur geälligen Kenntnisnahme gestalten wir uns hinzuzufügen, daß wir den Tarif, welcher bis zum 1. März zwischen der Gruppe Berlin mit den Werftarbeitern bestand, gezwungen waren, zu kündigen. Die Arbeiter reichten uns hierauf Forderungen auf Erhöhung des Lohnes und Zeitverkürzung ein, ohne die auf ihren eigenen Antrag gestellten Verhandlungen abzuwarten. Es handelt sich deshalb hier um einen reinen Streik, der nicht allein die Interessen unserer Mitglieder schädigt, sondern auch diejenigen aller Flußschiffswerften. Wir glauben deshalb auf Ihre Unterstützung dringlichst rechnen zu dürfen, daß Sie die auf der beiliegenden Liste näher bezeichneten Arbeiter bis nach Beendigung dieses Streiks nicht einstellen. Wir sprechen Ihnen im voraus unsern verbindlichsten Dank für Ihre Unterstützung aus und halten uns zu Gegenleistungen jederzeit zur Verfügung.

Indem wir uns der angenehmen Hoffnung hingeben, daß Sie die Bestrebungen unseres Vereins prüfen und sich uns ebenfalls anschließen, stehen wir Ihnen mit Auskünften gerne zu Diensten.

Hochachtungsvoll

(Stempel.) Verein der Flußschiffswerften Deutschlands.

(gez.) Thiemann.

Die angehängte Liste enthält 29 Namen von Bootbauern und Tischlern der Werft von Engelbrecht in Reuthe, die neben Segeljachten hauptsächlich Luxusmotorjachten baut. 9 Bootsbauer und Tischler der Liste gehören zur Schiffswerft und Maschinenfabrik „Anker“ in Rummelsburg, deren Spezialität jene hübschen und eleganten hölzernen Fährboote sind, die jetzt zu Hunderten die Gewässer der Berliner Umgebung bevölkern. 9 Bootsbauer, Schiffsbauer, Tischler und Schlosser läßt die Bootswerft von Albert Buller in Spandau in Verrent erklären, und 5 Bootsbauer, Tischler und Eisenbahnarbeiter schließlich die Werft von Klaus u. Müller in Stralau, ein neueres Unternehmen.

Schaden für die Arbeiterchaft wird ja hoffentlich die Liste nicht anrichten. Die kleineren Werftbetriebe neueren Datums werden sich hüten, beim Eingang von Aufträgen so tüchtige Arbeiter, wie etwa die der Firma Engelbrecht, auf der Straße liegen zu lassen. Dies ganze Vorgehen aber auch dieser kleinen Vernegroße im Chorus der Scharfmacher ist so charakteristisch, daß wir es unseren Lesern nicht vorenthalten wollten.

Berlin und Umgegend.

Scharfmachertheorie.

Ueber „Neuere Lohnsätze“ sprach im Verein deutscher Kallwerke, der seine 18. Hauptversammlung im Architektensaal in Berlin abhielt, Dr. Tänzler vom Verein deutscher Arbeitgeberverbände. Er erwähnte die Anwesenheit, wenn möglich keine Lohnsätze abzuschließen, da hierdurch die Interessen der Arbeitgeber für immer gefährdet würden. Im übrigen sei die beste Taktik die, engen Zusammenschluß mit den Arbeitgeberverbänden zu suchen.

Achtung, Metallarbeiter!

Die Kesselschmiede bei der Firma Schwarzkopff in Wilmow bei Königs-Wusterhausen befinden sich noch im Streik. Da auch eine Anzahl Kollegen anderer Branchen seitens der Betriebsleitung wegen dieses Streiks ausgesperrt sind, so ist die Firma Schwarzkopff bis auf weiteres für jeden Metallarbeiter gesperrt.

Im Auftrage der beteiligten Organisationen:
Deutscher Metallarbeiter-Verein, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Metallarbeiter und Arbeiterinnen!

Die Differenzen bei Woffe, Wiener Str. 93, sind noch nicht erledigt. Die Arbeiterchaft dieser Firma steht noch im Streik. Deshalb ersuchen wir alle Kollegen und Kolleginnen, jedes Arbeitsangebot dieser Firma zurückzuweisen.

Die Firma Woffe ist bis auf weiteres gesperrt.
Deutscher Metallarbeiter-Verein, Ortsverwaltung Berlin.

Stellungnahme zur Kündigung des Schlossertarifs.

Am 1. Juli d. J. läuft der Schlossertarif ab, falls er beantragungsgemäß gekündigt wird. Sonst läuft er ein Jahr weiter. Mit dem Bauhaffertarif läuft auch der Tarif in den einzelnen Geldschrankfabriken ab. Da der Tarif spätestens am 31. März gekündigt werden müßte, so mußte jetzt zu der Frage Stellung genommen werden. Dem Zwecke diente eine allgemeine Versammlung der Schlosser Berlins und Umgegend, die zum Montag vom Deutschen Metallarbeiterverband einberufen worden war. Die Versammlung war äußerst zahlreich besucht. Sie füllte den großen Saal des Gewerkschaftshauses bis zum letzten Platz. Cohen hatte das Referat. Die Vertrauensmännerkonferenz habe sich, so führte er aus, auf folgende Resolution geeinigt:

Die Konferenz beschließt, der am 8. März stattfindenden Versammlung vorzuschlagen, den Schlossertarif für Berlin, der am 1. Juli abläuft, trotz verschiedener ihm anhaftender Mängel nicht zu kündigen. Sollte er aber von den Arbeitgebern gekündigt werden, dann behalten sich die Schlosser vor, eine Vorlage auszuarbeiten und den Unternehmern zu unterbreiten, durch welche die Mängel im jetzt bestehenden Tarif beseitigt werden.

Wenn wir von einer Kündigung Abstand nähmen, sagte Cohen, sei es ganz gemäß nicht deshalb, weil wir etwa meinen, daß der Tarif ideal wäre. Nein, die Gründe seien ganz andere. Wir hielten die gegenwärtige Tarif einfach nicht für angebracht, und in solche Kämpfe, sagen wir, unnötigerweise einzulassen. Wenn wir aber von der anderen Seite zum Kampfe gezwungen würden, dann wollten wir auch, daß aus den Verhandlungen etwas herauskomme. Redner schloß mit der Mahnung, ruhigen Mutes die Situation zu überdauern und zu würgen.

Es entspann sich eine lebhafteste Diskussion, in der einige Redner für Kündigung des Tarifs eintraten, während von anderer Seite angeregt wurde, die Angelegenheit erst in Werkstatthaltungen durchsprechen zu lassen und sie dann in einer anderen Versammlung zur Entscheidung zu bringen. Cohen suchte in längeren Ausführungen im Schlußwort nachzuweisen, daß es eine taktische Unklugheit wäre, wenn die Schlosser den Tarif kündigten. Der Antrag, in 14 Tagen eine neue Versammlung abzuhalten, wurde angenommen. Dieser Versammlung soll die obige Resolution zur Beschlusfassung darüber vorgelegt werden. Die Versammlung beschloß ferner, die Agitationskommission, wie sie jetzt ist, so lange beizubehalten, als die Tarifbewegung im Gange ist. — Schließlich stimmte die Versammlung dem zu, daß bei der Verbandsgeneralversammlung beantragt werde, sie möge beschließen, den Vorstand zu beauftragen, spätestens im Jahre 1910 eine Reichskonferenz für Kunst- und Bauhaffertarif einzuberufen.

Das Tarifverhältnis der Herrenmähneider.

Eine öffentliche Versammlung der Herrenmähneider fand am Montag im großen Saale der Arminshallen statt, während zu gleicher Zeit für die größten Geschäfte der Branche Werkstatthaltungen abgehalten wurden. Auf der Tagesordnung stand: Die gegenwärtige Situation in der Herrenmähneiderbranche, und welche Aufgaben erwachsen den Herrenmähneidern daraus? — Der Versammlung war am Sonntag eine Hausagitation vorausgegangen, und diese wird fortgesetzt, um alle noch Säumnigen oder Gleichgültigen für die eingeleitete Bewegung zu gewinnen. Es handelt sich, wie der Referent Runge ausführte, hier nicht um eine eigentliche Lohnbewegung, sondern um die allgemeine Durchführung des vor zwei Jahren mit dem Arbeitgeberverband vereinbarten Tarifvertrages. Es gilt, diejenigen Geschäfte, die damals, und die auch von der Bewegung im Frühjahr 1908 noch nicht erfüllt werden konnten, heranzuziehen. Daß auch diese Geschäfte beauftragt werden, die vereinbarten Lohnsätze anzuerkennen und unverzüglich zu zahlen, liegt sowohl im Interesse der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber, die denn auch ihrerseits darauf drängen, daß in dieser Richtung vorgegangen wird. Demgemäß ist bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern beschloßen worden, daß von beiden Seiten auf die betreffenden Geschäfte eingewirkt werden soll. Es kommt natürlich nun vor allem darauf an, daß die Schneider selbst den ersten Anstoß unternehmen. Ein Teil der Firmen, die für die Bewegung in Betracht kommen, zählt schon mit geringen Abweichungen die Tarife, so daß es sich hier in der Hauptsache nur um die formelle Anerkennung handelt. Andererseits gibt es eine ganze Reihe von Firmen, die sich darauf berufen, daß sie offene Kaufmannsgeschäfte seien, daß sie auch Vagrarbeit anfertigen ließen, und die deshalb in der Tariffrage anders behandelt sein möchten, als die reinen Mähneiderei. Hier sind u. a. die Firmen „Prince of Wales“, „Herpich Söhne“, Hermann Gerson, „Herzog“ sowie „Beel“ u. „Kloppenburg“ zu nennen. Man versucht, Anzüge, für die die Preise von 80—120 M. erzielt werden, zu Konfektionslöhnen herstellen zu lassen, worin ja nicht nur eine Schädigung der Schneider, sondern auch eine Täuschung gegenüber dem Publikum liegt, da die Arbeit selbstverständlich dann auch nicht so gut wie sonst ausgeführt werden kann. Es ist wiederholt mit den Arbeitgebervertretern über diese Angelegenheit verhandelt, und auch in einem Schiedsspruch gegenüber der Firma „Prince of Wales“ entschieden worden, daß Arbeiten, die die nach Tarif I B versehen sollen, auch diesem Tarif entsprechend bezahlt werden müssen. Eine andere Firma, Selig, Unter den Linden, pflegt in Annoncen Schneider für den I A-Tarif zu suchen, stellt auch nur solche ein, die nachweisen, daß sie zu diesem Tarif gearbeitet haben, will aber gleichwohl stets nur den I B-Tarif zahlen. Ferner kann man immer wieder beobachten, daß Firmen, die zum Tarifvertrag herangezogen werden, dazu übergehen, Reparatur in der Konfektion herstellen zu lassen. Dieser Umstand lehrt, daß die Herrenmähneider sich nicht nur um ihre eigene Branche kümmern müssen, sondern daß auch dafür gesorgt werden muß, die Schneider aufzuräumen, die jenen Ersatz für Reparatur herstellen sollen.

Die Firmen, an die nun Anträge auf die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gestellt sind, wurden ersucht, sich bis zum 13. März darüber zu äußern. Für die allgemeine Lage im Schneidergewerbe kommt dann für Berlin noch vor allem die Tarifbewegung in der Kostümbbranche in Betracht, außerdem sind im Reich in einer großen Anzahl von Städten Forderungen gestellt, die sich zum großen Teil auf die Herrenmähneiderei beziehen. Die allgemeine Lage ist ungefähr dieselbe wie vor zwei Jahren, nur daß jetzt zwischen den Organisationen Vorschriften vereinbart sind, um auf bestimmtem Wege eine Regelung herbeizuführen. Die Arbeitgeber haben aus der Bewegung von 1907 die Lehre gezogen, daß es besser ist, eine Einigung anzustreben, als einen Kampf heraufzubekommen. Es soll denn auch in nächster Zeit zwischen den Vorständen der beiderseitigen Organisationen verhandelt werden. Vor allem kommt es nun darauf an, daß die Schneider hier in der Reichshauptstadt auf dem Posten sind, um das in vollem Maße durchzuführen, was in den letzten zwei Jahren zu erreichen noch nicht gelungen ist. Die allgemeine Wirtschaftskrise kommt für diese Bewegung weit weniger als in anderen Gewerben in Betracht, denn im Schneiderberuf kehrt jedes Jahr die Saison wieder, wo die tüchtigen Arbeitskräfte notwendig gebraucht werden, und wenn es den Mähneidern bisher nicht gelangt ist, dem Tarifvertrag in allen Geschäften Anerkennung zu verschaffen, so liegt das vor allem an ihrer eigenen Nachlässigkeit.

Der Redner machte schließlich noch darauf aufmerksam, daß Beschwerden über tarifwidrige Bezahlung und Vergleichen, sofort im Bureau unter Vorlegung des Lohnbuches gemeldet werden müssen.

Deutsches Reich.

Die Sperre über die Waldorf-Astoria-Company.

Unter Hinweis auf die telegraphische Mitteilung über die Beilegung der über die Zweigniederlassung der Waldorf-Astoria-Company in G. S. Zigarettenfabrik Königsherg verhängten Sperre teilen wir noch folgendes mit: Die Sperre ist zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt worden. Die Inhaber der Waldorf-Astoria-Company gaben zu, daß ihr Filialleiter Herr Krüger widerrechtlich gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter verstoßen hat.

Die entlassenen Arbeiterinnen verzichten auf eine Wiedereinstellung.
Deutscher Tabakarbeiterverband. (Zahlstelle Berlin).

Ein Streik um längere Arbeitszeit.

Unter dieser Spitzmarke berichteten wir in Nr. 54 des „Vorwärts“, daß die im katholischen Arbeiterverein organisierten Arbeiter der Servais-Werke zu Ehrang eine längere Arbeitszeit verlangt hätten. Herr Arbeitersekretär Seinech in Trier schreibt uns dazu:

„Die Arbeiter der Servais-Werke zu Ehrang sind unorganisiert in den Streik eingetreten und haben mich als Arbeitersekretär zu Trier gebeten, die Versammlung, in welcher über die Fortsetzung oder Wiederaufnahme der Arbeit beschloßen werden sollte, zu leiten. Diesem Wunsche bin ich selbstverständlich nachgekommen. Als Versammlungsleiter kann ich daher den betreffenden Beschluß wirklich mitteilen. Derselbe lautet: „Die Versammlung beschließt, am Montag (1. März)

die Arbeit wieder aufzunehmen unter der Bedingung, daß die frühere Arbeitszeit (dieselbe war seit dem 8. Februar 1900 auf 8 Stunden herabgesetzt worden) beibehalten und über die Lohnfrage (zu gleicher Zeit war auch der Stundenlohn um 5 Proz. gekürzt worden) am Donnerstag, den 4. März, mit der Direktion verhandelt wird.“

Beide Bedingungen waren bereits vor der fraglichen Versammlung von der Direktion zugestanden worden.“

Dieser Beschluß spricht in der Tat nicht von 12 Stunden; aber eine Arbeitszeitverlängerung verlangt er offenbar. Wie lange dauerte die frühere Arbeitszeit?

Ausland.

Die Maschinenseher in Marseille

sind in den Streik eingetreten. Ihr Lohn beträgt bei siebenstündiger Arbeitszeit 8,50 Frank pro Tag; für Ueberstunden wurde 1,20 Frank bezahlt. Die Maschinenseher verlangen 10 Frank pro Tag und 2 Frank pro Ueberstunde. Ferner wünschen sie eine Regelung der Lehrlingsfrage. Die Unternehmer lehnten die Forderungen ab und so ist es zum Streik gekommen. Die Zeitungen haben ihre Erklärungen nicht einstellen brauchen; in einigen Druckereien wurden Setzerinnen eingestellt.

Versammlungen.

Der Jugendbund hatte am Sonntag wieder eine Versammlung für die arbeitende Jugend einberufen. Sie fand in der Brauerei Friedrichshain statt und war sehr stark besucht. „Wissenschaft und Darwinismus“ lautete das Thema, welches Genosse Baum behandelte. Er ging von der Tatsache aus, daß die Arbeiterjugend in der Volksschule von Darwin und seiner Lehre wenig zu hören bekommen habe und gab dann in großen Umrissen ein Bild von der Darwinischen Entwicklungslehre und der neuen Weltanschauung, welche sich aufbauend auf den Ergebnissen der modernen Naturwissenschaft. — Mit regem Interesse folgten die Zuhörer den lehrreichen Ausführungen und spendeten dem Vortragenden lebhaften Beifall.

Die Polizei hatte auch dieser Versammlung wieder besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Zwar trat die Schutzmannschaft nicht in so auffälliger Erscheinung wie bei der vorigen Jugendversammlung, aber sie muß irgendwo in Vereitschaft gelegen haben. Wozu hätten sich sonst zwei Polizeioffiziere vor dem Versammlungsort aufhalten brauchen. Die Götter mögen wissen, durch welche Klüntereien von Spießeln die Polizei zu der Ansicht gekommen sein mag, daß die Jugendversammlungen die preußische Ordnung mit irgendwelcher Gefahr bedrohen.

Eine Mitgliederversammlung der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker usw. vom Deutschen Metallarbeiterverband fand am Donnerstag bei zahlreicher Beteiligung in den Arminshallen statt und nahm zunächst den Bericht der Agitationskommission über das Jahr 1908 entgegen. Es war ein schweres Krisenjahr. Die Arbeitslosigkeit machte sich viel stärker geltend als 1907, und soweit noch Beschäftigung vorhanden war, reichte sie oft nicht für den vollen Arbeitstag aus, so daß die Arbeitszeit verkürzt werden mußte. Erfreulich ist es, daß trotz dieser äußerst ungünstigen Verhältnisse die Mitgliederzahl der Gruppe von 4100 auf über 4200 gestiegen ist. In fast allen Betrieben, wo es vordem möglich geworden war, den Arbeitsverdienst einigermaßen in die Höhe zu bringen, verfuhrten die Unternehmer Lohnkürzungen durchzuführen. Darüber kam es in einer außerordentlich großen Zahl von Fällen zu Differenzen, die jedoch größtenteils durch Verhandlungen zugunsten der Kollegenchaft beigelegt wurden. In einem Betriebe mußte zwei Tage gestreikt werden, um eine befriedigende Regelung zu erzielen. Schwere Bedenken muß es erregen, wie die Unternehmer die männliche Arbeitskraft durch die weibliche zu ersetzen suchen, um die Preise auf das Unerträglichste herabzudrücken. Junge Mädchen werden zu Arbeiten herangezogen, die die geübte Arbeitskraft eines Mannes erfordern und der Konstitution des weiblichen Körpers keineswegs entsprechen. Die Meister geben sich alle Mühe, Arbeiterinnen, die am Schraufstock stehen, zu immer größerer Arbeitsleistung anzuspornen, und sagen ihnen zu dem Zweck Lebenswirdigkeiten wie: „Sie arbeiten ja wie ein tüchtiger Mechaniker“ und dergleichen mehr. In der Regel weigern sich die Arbeiterinnen, um nicht zusammenzubrechen, bald, die schweren Männerarbeiten weiter zu verrichten. Treffend wurde von einem Mitgliede der Agitationskommission hervorgehoben, wie die herrschenden Klassen den Frauen das Wahlrecht vorenthalten, weil das zarte Gemüt des Weibes gar so sehr unter der Teilnahme an politischen Kämpfen leiden werde, während ihnen das Unternehmertum andererseits Arbeiten aufbürdet, die den weiblichen Organismus zugrunde richten müssen, nur um die Löhne so herabzudrücken, daß schließlich selbst die genügsamste Arbeiterin nicht mehr damit auskommen kann. Unter diesen Umständen ist es natürlich um so dringender notwendig, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterinnen sich weit stärker als bisher dem Verbands anschließen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde über die gegenwärtigen Streiks in der Mechanikerbranche berichtet, von denen besonders der in der Telefonfabrik von Woffe zu erwähnen ist. In welcher Weise die Polizei sich dort der Unternehmerinteressen annimmt, ist bereits in der Wochenschrift des „Vorwärts“ geschildert. Es ist der Firma trotz aller Anstrengungen und trotz der Polizeihilfe keineswegs gelungen, irgendwie brauchbaren Ersatz für ihre alten geübten Arbeitskräfte herbeizuschaffen, und darum ist zu erwarten, daß die vorstehenden Verhandlungen zu einem guten Ergebnis führen werden. — Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die Renwahl der Agitationskommission.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bei lebendigem Leibe verbrannt.

Sabze, 9. März. (B. S.) Die Ehefrau des Bergmanns Stahly füllte eine Petroleumlampe, als dieselbe plötzlich explodierte. Die Mutter und die sie umgebenden Kinder wurden im Ru von den Flammen ergriffen. Ein fünfjähriges Mädchen und ein siebenjähriger Knabe waren sofort tot, die Mutter, die ihrer Niederkunft entgegensteht, liegt hoffnungslos danieder.

Ein verhängnisvoller Leichenschmaus.

Sudapest, 9. März. (B. S.) In Tokaradac vereinigten sich nach einem Leichenbegängnis 40 Personen zum üblichen Leichenschmaus. Hierbei wurden zwei Kaiser Brantwein konsumiert, bis schließlich alle Teilnehmer tot oder bewußtlos dalagen. Als Hilfe herbeikam, waren 13 Personen bereits gestorben; vier Teilnehmer ringen mit dem Tode und auch die übrigen schweben noch in Lebensgefahr. Es wird angenommen, daß der Brantwein eine giftige Beimischung enthielt. Eine umfassende Untersuchung ist eingeleitet worden.

Annahme des französischen Einkommensteuergesetzes.

Paris, 9. März. (B. T. S.) Die Deputiertenkammer hat den Gesetzentwurf betreffend die Einkommensteuer mit 407 gegen 166 Stimmen angenommen.

Oster des Unwetters.

Brinkley (Arkansas), 9. März. (B. T. S.) Durch den gestrigen Tornado, der Brinkley verheerte, sind 30 Personen ums Leben gekommen.

Reichstag.

223. Sitzung vom Dienstag, den 9. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Entwurfs eines Weingesetzes.

Die ersten beiden Paragraphen werden debattelos angenommen. § 3 bestimmt, daß dem aus inländischen Trauben gewonnenen Traubenmost oder Wein Zucker, auch in reinem Wasser gelöst, zugefügt werden darf, um einem natürlichen Mangel an Zucker bezw. Alkohol oder einem Uebermaß an Säure insofern abzuhelfen, als es der Beschaffenheit des aus Trauben gleicher Art und Herkunft in guten Jahrgängen ohne Zusatz gewonnenen Erzeugnisses entspricht.

Abg. Paasche (natl.) beantragt hierzu, den letzten Absatz von „als es“ an sowie das Wort „insofern“ zu streichen. Weiter heißt es in § 3, daß der Zusatz von Zuckersäure ein Fünftel der gesamten Flüssigkeit nicht übersteigen darf. Hier beantragt Abg. Paasche zu setzen „ein Viertel“ statt „ein Fünftel“.

Die nächsten Absätze des § 3 bestimmen: „Die Zuckermenge darf nur in der Zeit vom Beginn der Weinlese bis zum 31. Dezember des Jahres vorgenommen werden; sie darf in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. Dezember bei ungeduldeten Weinen früherer Jahrgänge nachgeholt werden. Die Zuckermenge darf nur innerhalb der am Weinbau beteiligten Gebiete des Deutschen Reiches vorgenommen werden.“

Hierzu beantragen die Abgg. Hormann (fr. Sp.) und Müller-Herloh (fr. Sp.) statt „31. Dezember“ zu setzen „31. Januar“ des folgenden Jahres, wie es auch ursprünglich in der Regierungsvorlage lautete.

Abg. Dr. Dahlem (Z.) wendet sich gegen den Antrag Hormann. Abg. Freiberger (Z.) wendet sich gegen den Antrag Müller-Herloh. Ich die von der Kommission gewählte Fassung des Gesetzes für die beste. (Hört! hört! im Zentrum.) An dem § 3 habe ich unter allen Umständen fest; sollte er, weil die Regierung sonst das Gesetz scheitern lassen will, wieder fallen gelassen werden, so würde ich gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. Dr. Köpcke (L.): Den gestellten Abänderungsanträgen können sich meine politischen Freunde nicht anschließen; sie stellen keine Verbesserung dar, sondern eine Verschlechterung; speziell würde die Annahme des Antrages Paasche unsere Weine im Auslande geradezu diskreditieren. Den Antrag § 3b wollen auch meine Freunde aufrechterhalten wissen, das ist im Interesse der Reclität des Weinhandels notwendig. (Bravo! rechts.)

Abg. David (Soz.):

Wir haben und in der Kommission darauf geeinigt, daß bei der Zuckermenge nur 20 Proz. der gesamten Flüssigkeit Zusatz sein darf, und an dieser Bestimmung halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen; dann aber auch den Produzenten und den Händlern. Der Vermittler zwischen Produzent und Konsument erfüllt eben eine volkswirtschaftliche Funktion, und deshalb müssen auch seine Interessen im Auge behalten werden. Geschlecht das, so bedeutet das Gesetz einen Schutz des Weinhandels gegen die unsoziale Konkurrenz. Und dann werden manche Bedenken der realen Weinhandeler dagegen schwinden. Dies vorausgeschickt, muß ich aber doch Bedenken gegen die von der Kommission gewählte Fassung des § 3 äußern. Der Passus über die Zweckbestimmung des Zuckers in diesem Paragraphen wird zu den mannigfaltigen Prozessen Veranlassung geben. Selbst wenn jemand nur 10 Proz. oder 5 Proz. zusetzt, so kann ihm auf Grund dieser Bestimmung ein Prozeß anhängig werden, der seine ganze Existenz vernichtet. Bei einem solchen Prozeß auf Grund der Zweckbestimmung würde die Beweisführung durch Sachverständige geschehen. Beide Parteien würden Sachverständige anführen, welche die verschiedensten Urteile abgeben. Nehmen Sie daher den ersten Antrag Paasche an, welcher diese Zweckbestimmung streichen will. Dann ist wenigstens Rechtssicherheit geschaffen und klar gesagt: bis zu dieser Grenze darf gezudert

Kleines feuilleton.

Die Schauspieler und der Bühnenverein. In der soeben erschienenen Nummer der „Dokumente des Fortschritts“ (Verlag Georg Reimer, Berlin) gibt der Schauspieler F. Nolan eine eindringliche Schilderung der Zustände im Theaterwesen. Er läßt uns einen tiefen Blick in die Kulissen tun, läßt uns erkennen, welche Summe von Elend hinter dem so oft zum Lachen und Lächeln gezwungenen Künstler lauert, welche Sklave seines Direktors der Schauspieler bis dato war. Er schreibt u. a.: „Die meisten Paragraphen des Kontraktes lauten überhaupt: Das Mitglied ist verpflichtet... die Direktion ist berechtigt... das Mitglied verpflichtet... die Direktion behält sich das Recht vor... Nur in ganz wenigen Fällen „darf“ das Mitglied, den Satz: der Direktor ist verpflichtet... habe ich, trotzdem ich viele Kontrakte vieler Direktoren gelesen habe, noch nirgends gefunden. Nur in einem Punkte sieht dem Mitgliede ein unbestimmtes Recht zu, nämlich dann, wenn es dem Herrn Direktor pränumerando einen Monat Arbeit geleistet hat, und der Direktor postnumerando die Bezahlung verweigert. Dann „darf“ der Schauspieler weitere Prämienforderung verweigern.“

Wenn auch bisher die deutschen Schauspieler aus Mangel an Einheit und zielbewusster Führung sich die unglücklichen, dem sozialen Empfinden hochgradigsten Vertragsbestimmungen gefallen ließen, so darf man doch nicht glauben, daß sie deshalb damit zufrieden gewesen wären. Straft des vorhandenen Kapitals diffidieren die Direktoren die Vertragsbedingungen, aus denen klar und deutlich hervorgeht, daß niemand es wagen darf, an ihrer Ehrenhaftigkeit zu zweifeln, während sie von dem Schauspieler das Gegenteil anzunehmen geneigt sind. Wird z. B. ein Schauspieler krank und meldet dies seiner Direktion, so behält sich diese das Recht vor, die Krankheit so lange für Schwindel zu halten, bis ihr angestellter Vertrauensarzt das Gegenteil bescheinigt. Zeugnisse von Hausärzten haben der Direktion gegenüber keine Gültigkeit. Erklärt der Theaterarzt, er könne die Krankheit nicht konstatieren, so muß das Mitglied spielen. Die Bat über solche beschämende Bestimmungen kommt am besten zum Ausdruck durch die in Theaterkreisen kursierenden Garberobertwörter. Zum Beispiel: Wenn ein Schauspieler während der Vorstellung auf offener Szene stürzt, so macht er sich dadurch eines groben Vertragsbruches schuldig, und seine Erben sind verpflichtet, der Direktion den ererbten Schaden in Höhe der Einnahme eines ausverkauften Hauses zu ersetzen. Außerdem verfährt der Direktion die vereinbarte Konventionalsstrafe. Dagegen verleiht die Leiche im Besitz der Direktion, so lange es zugänglich ist, und hat nach wie vor ihre ganze Kraft zur Verfügung zu stellen für stumme Rollen, Komparierte und Statisten. Die Desinfektionslösungen sind von den Erben zu tragen. Das Geschickliche ist noch nicht einmal zu Ende, die innere Empörung, die nur den Witz, von Mund zu Mund erzählt, als Ventil hat, zeitigt dertbere Äußerungen, die sich nicht wiedergeben lassen.

Weiter! Die Direktion behält sich einseitigen Kündigungsrecht vor: nach 14 Tagen im Probemonat, zum Ablauf der ersten Spielzeit bei zweijährigen Kontrakten, zum Ablauf der ersten und dritten Spielzeit bei fünfjährigen Verträgen, während der Schauspieler unbedingt gebunden ist, ob ihm das Engagement gefällt

werden, bei Zuckermengen unterhalb dieser Grenze bleibt es dem sachverständigen Ermessen der Produzenten überlassen. Wenn die Traube angereicht ist und einen guten Wein gibt, so würde der Produzent riskieren, durch Zudern eine solche Verschlechterung der Qualität herbeizuführen, daß die Vermehrung der Quantität diesen Schaden nicht ausgleicht. (Sehr richtig! bei den National Liberalen.)

Der Antrag Hormann will die Zeit für die Zuckermenge vom 31. Dezember bis zum 31. Januar hinausschieben. Hieraus machen meine Freunde natürlich keine prinzipielle Angelegenheit. Für den späteren Termin führen die Herren von der Wofel an, daß sonst gerade die Produzenten der Mostweine gezwungen würden, zu zudern, bevor sich die Notwendigkeit dazu herausstellt, nur um die Frist nicht zu versäumen. Wir sind bereit, dieses Argument auf uns wirken zu lassen, aber keineswegs, um eine Ausnahmebestimmung für die Mostel zu machen, sondern wir wollen eine einheitliche Bestimmung für das ganze Reich. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Deklarationszwang im § 3b scheint ja noch einmal Erwörterungen hervorgerufen, wenn es wirklich richtig ist, daß die Regierung gelangt hat, sie wolle das Gesetz daran scheitern lassen. Im allgemeinen stehen wir auf dem Standpunkt einer möglichst weit getriebenen Deklaration. Hier handelt es sich zunächst darum, ob deutscher Weiswein, der mit ausländischem Weiswein vermischt ist, auch als solcher Veräußerung deklarieren werden soll. Jene eine Benachteiligung des Auslandes kann darin nicht gefunden werden, und in bezug auf die Ehrlichkeit und Wahrheit ist es ein Fortschritt. Weiter verlangt der § 3b, daß ein Gemisch von Weiswein und Rotwein nicht schlechweg als Rotwein, sondern nur unter einer die Mischung kennzeichnenden Bezeichnung in den Verkehr gebracht werden darf. Wenn man Most von Trauben hat, der als Weiswein gar nicht verwendbar ist und wenn man diesen nun durch Rotwein zudert, — denn Rotwein färbt sehr stark — und dies Produkt dann dem Publikum als „Rotwein“ vorgelegt, so ist das ein Betrug, eine Fälschung, eine Verleumdung solcher Tatsachen; denn es ist kein Rotwein, sondern rotgefärbter Weiswein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Rotwein wird auch als Krankenwein benutzt, und ein solches Produkt würde geradezu gesundheitschädlich sein. Deshalb verlangen wir diese Deklaration, und der Widerstand der Regierung ist in keiner Weise gerechtfertigt. (Lebhafte Zustimmung.)

Ihren Widerstand gegen die Kontrolle durch das ganze Reich hat die Regierung damit begründet, daß die Beamten nicht genügend beschäftigt sein würden. Ich verweise darauf, daß seit Jahren ein Gesetz aussteht, welches die

Nahrungsmittelkontrolle überhaupt

regeln will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Würden wir eine solche Nahrungsmittelkontrolle durch das ganze Reich bekommen, so würden alle Schwierigkeiten gegen die Aufsichtsbeamten im Weinbau schwinden. Wäre daher das an sich sehr wichtige Weingesetz ein Aufsporn sein, daß uns möglichst bald das noch viel wichtigere Gesetz vorgelegt wird, welches die Nahrungsmittelkontrolle überhaupt regelt. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hormann (fr. Sp.): Das Gesetz, wie es aus der Kommission hervorgegangen ist, ist so, daß Weinhandel und Weinbau damit auskommen können — aber eben auch nur auskommen können. Auf den vielen bedenklichen Klaukeln im Gesetze hat schon Kollege Dr. David hingewiesen. Solange keine Bestimmungen über die Kontrollausübung getroffen sind, werden die Kontrollvorschriften nur ein Anreiz zur Übertretung sein. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg bittet um Annahme des Antrages Hormann, als Endtermin der Zuckermenge statt des 31. Dezember den 31. Januar zu normieren und so den Bingen größere Bewegungsfreiheit zu geben.

Auf das eindrucksvolle möchte ich vor Annahme des § 3b warnen. (Hört! hört!) Das völlige Verbot des Verschneidens ausländischer Weine würde eine differenzierte Behandlung der ausländischen Weine gegenüber den inländischen bedeuten, die mit Geist und Buchstaben der Handelsverträge nicht vereinbar ist. (Sehr richtig! und Hört! hört! links.) Dem Beschluß der Kommission auf Umstellung von Sachverständigen für das ganze Reich schließen sich die verbündeten Regierungen an und werden dafür sorgen, daß beim Inkrafttreten dieses Gesetzes diese Sachverständigen bereits vorhanden sind.

oder nicht. In Krankheitsfällen entfällt sofort das Spielhonorar, meist die Hälfte der Gage betragend; nach kurzer Zeit, oft nach einer Woche, ist der Direktor berechtigt, den Vertrag für gelöst zu erklären. Wird aber ein Mitglied gar kontraktbrüchig, so ist eine einzige Strafe gar nicht mehr ausreichend, das Vergehen zu sühnen. Erstens verfährt die vereinbarte Konventionalsstrafe, meist in Höhe einer Jahresgage. Hat das Mitglied diese aber bezahlet, so ist es nicht etwa frei, sondern muß weitere seinen Verpflichtungen gegen die Direktion nachkommen und tut es das nicht, so treten die Bestimmungen in Kraft, nach denen es an keiner dem Bühnenverein angehörenden Bühne mehr auftreten darf für die Dauer von drei bis fünf Jahren. Tritt der Kontraktbrüchige an einer Nichtvereinbühne auf, so gelten diese Bestimmungen gar bis zu fünf Jahren nach Ablauf des gedrohenen Vertrages. Man sieht, daß das Geschickliche von den Verpflichtungen des toten Schauspielers auf ganz realen Boden gewachsen ist.

So stand es zu lesen in dem neuen Vertrage, den der Bühnenverein einstimmig angenommen hatte und den die deutschen Schauspieler in der Delegiertenversammlung vom Dezember 1908 ebenso einstimmig abgelehnt haben. Zum ersten Male waren die Delegierten einig, daß es unwürdig sei, einen solchen Vertrag zu sanktionieren.

Es soll in Zukunft von zwei Gleichberechtigten ein Vertrag geschlossen werden. Der eine zahlt und der andere leidet, und der Vertrag soll beiden Teilen gleicher Weise Rechte und Pflichten auferlegen.

Daß der Bühnenverein den Versuch macht, die sehr lebenskräftige Bühnengemeinschaft totzuschweigen, ist sein Privatvergnügen. Sie lebt und wirkt weiter. Daß der Bühnenverein aber den unwürdigen Versuch gemacht hat, die Pensionen der Schauspieler zu zerstören, daß er durch Schädigung der Invaliden, der Witwen und Waisen die Schauspieler niederzwingen will, hat ihn um den letzten Rest der Sympathie gebracht, und der Schauspieler darf stolz sagen, daß die gesamte Öffentlichkeit auf seiner Seite steht.

Humor und Satire.

Schweine.

Adolf Wagner stieg auf den Katheder. „Gott zum Gruß, Ihr Herrn!“ sprach er. „Jeder, den ich hier erblickt in diesem Kreise hohen Adels, liebt nach väterlicher Weise unsere deutsche Heimat. Ihr zu dienen, war von je die höchste Ehre Ihnen!“

Bravo! Bravo! Ichrie's von jeder Bank, Scharie's von recht und links und mittenman, Bravo, Wagner! Ei, wie Donnerhall Braust zum Redner dieser Freudenhall.

„Ergo“, fuhr Professor Wagner weiter (und der Jubel stimmt ihn sichtlich heiter), „Ergo, weil wir so die Heimat lieben, Glühend lieben und mit heißen Telegen, Wollen wir nicht bloß mit Worten prahlen, Nein, wir wollen alle kräftig zahlen!“

Hui und Hui! so kräftig's von jeder Bank, Brätk's von rechts und links und mittenman

Staatssekretär des Antwärtigen v. Schön warnt ebenfalls einbringlich vor Annahme des § 3b.

Abg. Dr. Blantenhorn (natl.) bedauert lebhaft die ablehnende Regierungserklärung, da gerade der § 3b für den deutschen Weinbau von allergrößter Wichtigkeit sei. Scheint aber trotzdem das Gesetz nicht an der Ablehnung dieser Bestimmung seitens der Regierungen scheitern lassen zu wollen. (Manche Einzelheiten bleiben unverändert, da Redner vom Blase aus spricht.)

Abg. Stauffer (wirtsch. Sp.) wendet sich gegen den Antrag Hormann, die Frist für die Zuckermenge bis zum 31. Januar auszu dehnen. Weiter spricht der Redner für Aufrechterhaltung des § 3b.

Abg. Ranmann (fr. Sp.): Der Gesetzentwurf ist entzanden aus dem Wunsch, die Qualität des Weines zu schützen. Wie man menschlichen Schwächen Rechnung trägt, trägt man auch der Schwäche des Weines Rechnung und gestattet die Zuckermenge für sauren Wein. Aber der Grundgedanke des Gesetzes würde verschwinden, wenn man die Zweckbestimmung bei der Erlaubnis der Zuckermenge im § 3 streichen würde, wie es der erste Antrag Paasche will. Ich bitte daher, diesen Antrag abzulehnen. Weiter beantragt Herr Paasche, die Zuckermenge bis zu einem Viertel statt bis zu einem Fünftel zu gestalten. Je weiter man hierbei geht, desto mehr entfernt man sich vom Wein. Deshalb habe ich mich geäußert, daß mein Parteigenosse Hormann nicht nur selbst dieser Bestimmung zustimmt, sondern auch hoffte, daß seine Parteigenossen ihm zustimmen werden. Ich kann diesem Antrag Paasche nicht zustimmen, und ebensoviele dem Antrag Hormann, der die Frist zur Zuckermenge bis zum 31. Januar hinausschieben will.

Abg. Gräfe (Antik.) tritt gegen alle Abänderungsanträge für die Vorschläge der Kommission ein und bezeichnet es als unerhört, daß die Regierung das Gesetz scheitern lassen will, wenn man verlangt, daß ein fremder Wein nicht als deutscher bezeichnet werde.

Abg. Regierungsrat Febr. v. Stein: Der § 3b ist überflüssig, da die notwendigen Bestimmungen, welche die Reclität des Handels garantieren sollen, schon in § 3a enthalten sind.

Hierauf verlegt sich das Haus. Präsident Graf Stolberg schlägt vor, morgen sitzungsfrei zu lassen, da die Budgetkommission den Tag für ihre Arbeiten zu haben wünscht.

Abg. Dahlem (Z.) widerspricht diesem Vorschlage. Abg. Ledebour (Soz.): Auch ich bitte, morgen die Sitzung nicht ausfallen zu lassen. In der Budgetkommission wird überflüssig viel geredet. (Große Heiterkeit.) Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß alle möglichen Dinge dort vorgebracht werden, die uns Plenum gehören. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Die Budgetkommission kann auf andere Weise dafür sorgen, daß sie fertig wird als dadurch, daß sie alle Abgeordneten, auch die, die keiner Kommission angehören, einen Tag zu feiern zwingt.

Die Abgg. Erzberger (Z.), Bassermann (natl.), Febr. v. Gerling (Z.) schließen sich dem Vorschlag des Präsidenten an. Es wird mit großer Mehrheit beschlossen, daß morgen sitzungsfrei sein soll.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 2 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Weingesetzes, Gesetz zur Beseitigung der Doppelbesteuerung.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung, Dienstag, den 9. März, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Febr. v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Novelle zum Gesetz, betreffend die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten.

Die Kommission (Berichterstatter Abg. Schröder-Kassel (natl.)) hat die Unterscheidung zwischen verheirateten und unverheirateten Beamten fallen lassen, ferner beschlossen, daß die Orte, die nach den bisherigen Kommissionsbeschlüssen deklariert bleiben, in die Ortsklasse einzureihen sind, die ihrer bisherigen Stellung in der Servislistenerteilung entspricht, und endlich festgelegt, daß die nächste Revision des Ortsklassenverzeichnis es

Jeder Adelsge wurde blau, Brätkle rasend wie die Heimatfau. Rämlich — sagte Wagner — opfertwillig Ist die wahre Liebe. Man soll billig Nicht bloß jene Leute zahlen lassen, Welche, wie man sagt, die Heimat hassen. Nein, man soll in adeligen Kreisen Der Gefühle Wahrheit auch beweisen.

halt Dein Maul, Des Adels Liebe rostet, Wenn's nichts trägt, im Gegenteil was kostet. Alter Wagner, ich bin kein Professor, Aber dieses weiß ich wirklich besser. (Peter Schlemm im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— Neue Dramen. Mara Siebigs neues Drama „Das letzte Glück“ wird demnächst im Frankfurter Stadttheater aufgeführt; Heijermans „Seltsame Jagd“ wird in München die erste deutsche Aufführung erleben.

— Zwei Violinkonzerte Haydns neu aufgefunden! Im vorigen Jahre wurde die musikalische Welt durch die Mitteilung überrascht, daß ein noch nicht veröffentlichtes Violinkonzert von Mozart wieder aufgefunden sei. Jetzt teilt der Verlag von Breitkopf u. Härtel in Leipzig mit, daß er in seinen Manuskripten zwei Violinkonzerte aufgefunden habe, die seit 140 Jahren dort unbekannterweise gelagert hätten. Joh. Gott. Jan. Breitkopf, der Sohn des Begründers der Firma, hatte Ende der fünfziger Jahre des 18. Jahrhunderts eine Kontraktstelle für Verlagschriftliche Aufführungsmaterials eingerichtet, und in dem Kiste dieses Lagers fanden sich die Stimmen zu beiden Konzerten, die beide bisher als verlohren galten. Die Konzerte stammen aus den Jahren 1766 bis 1768. Die langsame Sätze der Konzerte sollen zu den besten Adagios gehören, die Haydn geschrieben hat.

— Eine „deutsche Gesellschaft für Soziologie“ (Gesellschaftswissenschaft) wurde am Sonntag in Berlin gegründet. Dem Vorstand gehören u. a. die Professoren Hertner, Simmel, Lönies an. Im Ausschuss befinden sich auch die Genossen Eduard Vernstein und David.

— Leo Tolstoi soll nach einer an deutsche Zeitungen gelangten Mitteilung an einem Werk arbeiten, deren Stoff der letzten russischen Revolution entnommen ist. Die Aufstände in Pskow, Sebastopol, Kronstadt und Swerborg, die Revolutionen in Sibirien und Taisand, der Januartaug in Petersburg und die großen Streiks sollen darin zur Darstellung gelangen.

— Altgermanisches Rähzeug wurde fast völlig erhalten in einem germanischen Grabe aus der Zeit vor Christi von Hel Westorf, der Direktorin des Museums Schiedwiger Kreitzlmer in Kiel, gefunden. Es war, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, einer Frau mitgegeben und ruhte in einem Steinfaß. Es fanden sich da eine Schere, die nach unseren heutigen Begriffen recht grob und plump gearbeitet ist, ferner ein aus Horn gefertigtes Messerchen mit einer Schneide aus Eisen, ein Pfriem und mehrere Dornen, die die Nadel erlegten. Auch ein „Gendelfstein“ lag bei, ein Stein, der zum Malen der Röhre bestimmt war. Die Flächen des aufgefundenen Steinens sind noch spiegelglatt.

folgen solle mit Wirkung vom 1. April 1911. Das Staatsministerium wird ermächtigt, in der Zwischenzeit bei bevorstehendem Bedürfnis in besonderen Ausnahmefällen die Einreichung einzelner Orte oder Ortsteile in eine andere Ortsklasse anzudeuten.

Abg. Frhr. v. Maltzahn (L.): Das Kompromiß befriedigt uns zwar durchaus nicht, aber es ist als Provisorium annehmbar. Dadurch, daß nur ein Provisorium geschaffen wird, ist die Möglichkeit gegeben, später die Beschlüsse im Reich mit denen in Preußen in Übereinstimmung zu bringen. Die Befreiung der Differenzierung von verheirateten und unverheirateten Beamten begrüßen wir.

Abg. Schmedding (Z.): Die übergroße Mehrheit meiner Freunde wird für das Kompromiß stimmen, da es immerhin eine Reihe von Verbesserungen gegenüber den früheren Kommissionsbeschlüssen enthält. Ein Teil meiner Freunde hält die Herabsetzung des Wohnungsgeldzuschusses um nur 33 1/2 Proz. statt um 50 Proz. für zu gering und wird daher gegen die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Abg. Hausmann (N.L.) begrüßt es, daß die Kommission einen gangbaren Weg für die Zwischenzeit bis zur endgültigen Regelung der Frage des Wohnungsgeldzuschusses gefunden habe.

Abg. Brühl (F.L.): Auch meine Freunde stimmen den Kommissionsbeschlüssen zu, wenn auch teilweise mit sehr schwerem Herzen. Ganz unverständlich für den gesunden Menschenverstand ist die Differenzierung der Berliner Vororte. Von der Verringerung der Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses von 50 Proz. auf 33 1/2 Proz. werden besonders die Beamten betroffen, die bei der Beförderung nicht bedacht worden sind. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Voßling (F.L.): Wir begrüßen es mit Freuden, daß sich alle Parteien auf den Antrag der Kommission vereinigt haben und daß die Frage des Wohnungsgeldzuschusses nicht zum Spielball der Parteien gemacht wird. Die Unterbeamten sind durch das Kompromiß in jeder Weise benachteiligt, während nach der Regierungsvorlage ein Teil der Unterbeamten überhaupt keine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses bekam. Die Differenzierung der Junggeheilen wird hoffentlich für immer begraben sein.

Abg. Peltzahn (F.L.) begrüßt das Zustandekommen eines einheitlichen Beschlusses der Kommission ebenfalls mit Vergnügen.

Abg. Ströbel (Soz.):

Ich habe in der Kommission gegen den Kompromißantrag gestimmt, um dadurch der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß er den berechtigten Wünschen namentlich der unteren und mittleren Beamten nicht genügend Rechnung trägt. Wir werden heute dafür stimmen, aber nicht ohne daß ich vorher dem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck gegeben habe, daß diese Wünsche der unteren und mittleren Beamten so wenig berücksichtigt worden sind. Es war ein Fehler, daß das Wohnungsgeldzuschußgesetz nicht in Verbindung mit der Beamtenbeförderung beraten wurde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wurde bei der Beratung der Beamtenbeförderung immer auf die zu erwartende Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses, namentlich für die unteren Beamten, hingewiesen. Ich habe schon damals der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß man den Ausgleich zwischen den unteren und mittleren Beamten dadurch herbeiführen werde, daß man die mittleren Beamten statt um 50 nur um 33 1/2 Proz. und die unteren Beamten nicht über 33 1/2 Proz. erhöhen werde. Diese Befürchtung ist leider eingetroffen. Der Zuschuß beträgt nun 60 M. im Durchschnitt weniger als nach der Regierungsvorlage. Das wurde nötig durch die Reklassifizierung der früher defizitären Orte. Gerade bei den Unterbeamten wäre eine stärkere Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses absolut notwendig gewesen. Er beträgt jetzt nach der Erhöhung um 33 1/2 Proz. 150—180 M., im Durchschnitt 200 M. Das ist viel zu wenig. Wenn man auch darauf hingewiesen hat, daß die unteren Beamten bei der Beförderung um 20 Proz. aufgebessert sind, die mittleren nur um 15 Proz., die höheren Beamten um 7 1/2 Proz., so hätte man statt dieser schönen Prozentzahlen lieber die konkreten Zahlen anführen sollen. Dann hätte sich ergeben, daß eine Aufbesserung um 7 1/2 Proz. bei den höheren Beamten in der Tat mehr als das Doppelte des Beitragtes ausmacht, den eine Prozententgehung bei den Unterbeamten bedeutet. Im Durchschnitt wird der Zuschuß für die Unterbeamten um 77 M. erhöht, bei den mittleren Beamten aber um 183 M. usw. und in Klasse I um 328 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Selbst wenn man die Prozententgehung vom Jahre 1906 hinzurechnet, so ergibt sich, daß bei den unteren Beamten der Zuschuß nur um 150 M. gegenüber 328 M. in Klasse I aufgebessert ist. Wenn man also davon spricht, daß seit 1906 der Wohnungsgeldzuschuß der Unterbeamten um 100 Proz. aufgebessert ist, so beweist das nur, wie gänzlich unzulänglich der Wohnungsgeldzuschuß vor dem Jahre 1906 war. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts dieser Tatsachen waren die Angriffe des Herrn v. Pappenheim bei der dritten Lesung der Beförderungsvorlage gänzlich unberechtigt, der mit Unwissenheit oder Willkür vorwarf, weil ich nicht von der 100prozentigen Erhöhung für die Unterbeamten gesprochen hätte. Diese Art der persönlichen Angriffe scheint ja zu den Gepflogenheiten des Herrn v. Pappenheim zu gehören, denn auch meinem Freunde Leinert gegenüber hat er dieselben Ausdrücke gebraucht. Es hat sich also gezeigt, daß Herr v. Pappenheim der Erziehung angehört, die die Gerechtigkeit ist. Dadurch ist ja auch die Leg Pappenheim nötig geworden, durch welche alle Witzchenrufe wie „Wengel“, „Friedrich“, usw., die den schönen Kammerherrn beweisen, in Zukunft aus dem amtlichen Stenogramm herausbleiben sollen. Wir werden uns mit Geduld und Nachdruck dem Erziehungswert widmen. (Zuruf rechts: Herr Hoffmann! — Abg. Hoffmann (Soz.): Gehen Sie mit gutem Beispiel voran! Heiterkeit.) Wir brauchen wohl manchmal kräftige Ausdrücke zur Kennzeichnung des Standpunktes einer Gruppe, aber persönliche Ungezogenheiten ohne Provokation begehren wir nicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Spannung zwischen den einzelnen Klassen des Wohnungsgeldzuschusses ist noch viel zu hoch. Es ist durchaus unfolgsam, wenn man den obersten Beamten zwar eine anständige Wohnung gibt, aber den unteren Beamten höchstens ermöglicht, eine Zweigimnervohnung zu mieten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Mittel für eine Erhöhung des Zuschusses an untere und mittlere Beamte durch Sparmaßnahmen an geeigneteren Stellen sehr wohl aufzubringen wären, haben wir Ihnen wiederholt nachgewiesen. Ich erinnere an die Gehälter der Geistlichen, an die 300 000 M. für den Geheimfonds der Polizei usw. Nun, die Sache ist ja noch nicht endgültig gelöst. Ich hoffe, daß man sich im Jahre 1911 nicht nur mit einer Neuordnung der Ortsklassen begnügen, sondern das ganze System des Wohnungsgeldzuschusses in einer Weise umgestalten wird, daß die Forderungen der unteren und mittleren Beamten besser befriedigt werden als durch dieses Kompromiß. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen.

In der Abstimmung werden die Kompromißanträge angenommen.

Ebenso wird das Mantelgesetz in der Fassung der Kommission angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Herabsetzung der Beamten zur Gemeindefinanzsteuer.

Die Kommission hat im § 1 das Kommunalsteuerprivileg der Geistlichen, Elementarlehrer und der bisher bevorzugten unteren Kirchendiener, soweit sie nach dem 31. März 1900 in das Amtverhältnis eintreten, beseitigt.

Abg. v. d. Grevchen (F.) befürwortet einen Antrag der Konservativen, den Geistlichen das bisherige Kommunalsteuerprivileg zu belassen.

Abg. Dr. Feißig (Z.) tritt für einen Antrag des Zentrums auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein.

Ministerialdirektor v. Chapuis tritt für das Steuerprivileg der Geistlichen ein.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzhoff bittet gleichfalls dringend, die Regierungsvorlage auch hinsichtlich der Lehrer wiederherzustellen.

Abg. Gies (natl.) erklärt, daß seine Freunde trotz wichtiger Bedenken für die Aufhebung des Steuerprivilegs der Lehrer und Geistlichen stimmen würden, da aus den Kreisen dieser Beamten vielfach Wünsche auf Gleichstellung mit den übrigen Beamten laut geworden wären.

Abg. Rietzen (F.L.) tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein. Abg. Waldstein (F.L.): Uns befriedigen die Kommissionsbeschlüsse sehr wenig. Wir halten eine Gleichstellung aller Beamten, auch der Lehrer in bezug auf ihre Rechte und Pflichten für geboten.

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen. Abg. Gies (Soz.) stellt zur Geschäftsordnung fest, daß ihm durch den Schlußantrag die Möglichkeit genommen sei, die Stellung seiner Freunde zu den Kommissionsbeschlüssen darzulegen.

In der Abstimmung wird der Antrag Feißig auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen abgelehnt, der konservativere Antrag, das Steuerprivileg der Geistlichen aufrecht zu erhalten, wird mit den Stimmen der Konservativen, des Zentrums und der Polen angenommen.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr. (Außerdem Beratung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Erweiterung des Stadtkreisbesitzes und erste Beratung des Stempelsteuergesetzes.)

Schluß 5 Uhr.

Die Parteipresse zum Entwurf des Organisationsstatuts.

I.

„Dresdener Volkszeitung“:

„Eine durchgreifende Aenderung trifft der § 7: Teilnahme am Parteitag betreffend... Wenn auch die Höchstzahl von sechs Delegierten für Kreise über 18 000 Mitglieder nicht als übertrieben angesehen werden kann, so ist vielleicht doch zu empfehlen, um ein allzu großes Anwachsen des Parteitages, worunter zweifellos die Verhandlungsmöglichkeiten leiden, zu verhindern, eine geringere Zahl als Höchstzahl anzunehmen. Mit dem Prinzip der verhältnismäßigen Vertretung sind wir aber durch-aus einverstanden... Und sowie die Partei zu einer festen, zusammengefaßten Organisation wurde, war sie die notwendige Folge.“

Der Vorschlag, daß unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein soll, ist sehr unbestimmt gehalten und dürfte wohl eine präzisere Fassung am Platze sein, wenn man ihn nicht gänzlich fallen lassen will. Schon unter dem bisherigen Zustand war immer eine ganz stattliche Frauendelegation auf dem Parteitag zu finden. Und es ist wohl anzunehmen, daß die Genossinnen in den meisten Fällen, in denen 3 oder mehr Delegierte zu wählen sind, eine Frau mitbringen, wenn eine nennenswerte Mitgliedschaft von Genossinnen vorhanden ist.

An der Zulassung der Reichstagsabgeordneten als vollberechtigte Teilnehmer am Parteitag ist nichts geändert worden, obgleich schon seit jeher einzelne Stimmen laut wurden, die einer Aenderung dahin, daß dieses Recht verlorener oder wenigstens nur eine Vertretung zugelassen werden soll, das Wort redeten. Wir sehen nicht auf diesem Standpunkt, meinen vielmehr, daß die Reichstagsabgeordneten doch in hohem Maße die Vertrauensleute der Partei sind. Es dürfte wohl auch nicht stimmen, wie ein Parteiblatt schrieb, daß der Zufall einen Genossen zum Reichstagsabgeordneten mache. Ein Genosse muß doch in der Regel — Ausnahmen bestätigen sie nur — eine intensive und langjährige Parteitätigkeit hinter sich haben, ehe er zu diesem Ehrenposten berufen wird. Ein vollständiger Ausschluß vom Parteitag würde naturnotwendigerweise die Konsequenz nach sich ziehen, daß auch von den einzelnen Landesparteitagen usw., auf denen jetzt nicht nur die Reichstagsabgeordneten des in Frage kommenden Bezirkes, sondern auch die eventuellen Landtagsabgeordneten zugelassen sind, ausgeschlossen werden müßten. Die Folge würde in den meisten Fällen ihre Delegation durch den von ihnen im Reichstage vertretenen Kreis sein und diese Mandate würden dann den übrigen Genossen entzogen. Eine Vertretung der Fraktion hätte aber ziemlich Schwierigkeiten, da doch nun einmal verschiedene Ansichten über gewisse Fragen vorhanden sind. Am besten bleibt es also bei dem bisherigen Modus.

Die Ausschlußgründe sind durch die Bestimmung erweitert, daß zur Partei nicht gehören kann, wer wiederholt in bestimmter Weise die Parteinteressen schädigt. Ein etwas auslegungsfähiger Parteikritiker soll, der hier und da leicht zu unbedachtigen Folgen führen könnte. Unserer Meinung nach wäre es richtiger und bestimmter, zu sagen: „Wer sich beharrlich den Beschlüssen des Parteitages und der Parteioptionen nicht fügt.“

„Leipziger Volkszeitung“:

Die wichtigste Aenderung ist in den Bestimmungen über die Zusammensetzung des Parteitages enthalten; hier wird eine Art Proportionalvertretung eingeführt... Aus der Fassung dieser Bestimmung scheint hervorzugehen, daß die volle Zahl der Delegierten zu wählen und ein Bezirkt unzulässig ist... Die neue Bestimmung entspricht ohne Frage der Gerechtigkeit. Die großen Wahlkreise, die die Hauptträger der Parteibewegung bilden, die die größten Geldsummen aufbringen und die Hauptlast der Agitation zu tragen haben, sie kommen hiermit endlich zu einer ihrer Stärke entsprechenden Vertretung auf dem Parteitage, ohne daß die kleineren Wahlkreise des ihnen zustehenden Einflusses beraubt werden. So erfreulich diese Aenderung anmutet, so bedauerlich ist, daß die zweite Bestimmung über die Zusammensetzung des Parteitages beibehalten ist; wonach die gesamte Reichstagsfraktion nach wie vor zur Teilnahme an den Parteitagen ohne weiteres berechtigt ist. Diese Bestimmung ist ein alter Hops aus einer Zeit, wo sie noch Sinn und Verstand hatte, aus der Zeit des Ausnahmezustandes und vorher, wo die Bedeutung der Fraktion bei der losen Form und der relativen Schwäche der Organisation natürlich viel größer für die Partei war als jetzt. Heute liegt auch nicht der mindeste Anlaß mehr vor, der Reichstagsfraktion eine Extramur zu braten. Bei ihrer numerischen Stärke, die bei den kommenden Wahlen hoffentlich noch ganz gewaltig steigen wird, wäre ihr durch eine volle Vertretung auf den Parteitagen ein nicht zu rechtfertigender Einfluß eingeräumt. Wir halten überhaupt dafür, daß die parlamentarische Vertretung der Partei nichts mit ihrer Organisation zu tun hat, daß sie keine durch das Statut anerkannte Sonderstellung einnimmt. An anderer Stelle des Entwurfs ist ein veraltetes Vorrecht der Fraktion glücklich beseitigt worden. Bisher mußte bekanntlich ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden, wenn die Mehrheit der Reichstagsfraktion es verlangte. Dieses Vorrecht will der Entwurf beseitigen. Warum aber auf halbem Wege stehen bleiben? Man beseitigt auch das letzte Vorrecht der Fraktion und erlennt damit auch formell an, was wir tatsächlich alle Tage anerkennen, daß der zufällige Besiz eines Reichstagsmandats seinem glücklichen Inhaber noch keine vermehrten Rechte in einer demokratischen Bewegung einräumt.

Was die Gliederung der Partei angeht, so scheint uns die Bestimmung in § 4 zu weit zu gehen. Nach ihr müssen Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, diesen eine Vertretung im Vorstand gewähren. Die Unabhängigkeit der Genossinnen von dem häufig nur paternalistischen „Wohltun“ der Genossen, die hier durchgesetzt werden soll, ist sicherlich zu begrüßen, aber in ihrer vollen Bedeutung bedingungslos scheint uns jene Bestimmung nicht recht passend, auch nicht immer durchführbar. Ein wenn auch noch so niedrig angelegter Prozentsatz der organisierten Frauen im Vergleich zu dem der Männer scheint uns hier vorzuziehen zu sein. Daß wir die Erweiterung des Parteivorstandes durch ein weibliches Mitglied freudig begrüßen und als notwendig anerkennen, verzieht sich von selbst.

Eine präzisere Fassung oder zum mindesten einer aufschneidenden Interpretation bedarf nach den Erfahrungen des Nürnberger Parteitages fraglos der § 3 des Entwurfs, der den Landesorganisationen die „selbständige Führung der Parteigeschäfte“ zuweist, sowie § 7, der den Parteitag als die „oberste Vertretung der Partei“ anerkennt. Durch die Erklärung der 66 ist bekanntlich die organisatorische Einheit der Partei — bisher nur auf dem Papier — zerfallen. Wenn man es nicht zu einem wirklichen Bruch kommen lassen will, ist der Parteitag genötigt, hier anzupacken, was ist. Da einmal in Nürnberg die Frage aufgeworfen ist, so muß in Leipzig die Antwort folgen. Eine aus Laßigkeit oder Absicht unvertopft gelassene Laide konnte sich später schwer rächen.

Ebenso bedarf nach den Erfahrungen, die wir mit den bayerischen Genossen gemacht haben, die Bestimmung des § 5 des Entwurfs einer Ergänzung, wonach mindestens 20 Proz. der erhobenen Mitgliederbeiträge an die Zentralkasse abzuliefern sind. Die bayerische Landesorganisation hat bekanntlich in ihrem Statut eine, wie Genosse Gerlich in Nürnberg sagte, abschließende Bestimmung, wonach der Parteitag zur Hälfte abgelegt wird in einem eigentlichen Parteibeitrag und einen lokalen Zuschlag. Die 20 Proz., die nach Berlin abzuliefern sind, beziehen sich nun bloß auf den eigentlichen Parteibeitrag, wodurch die Leistungen an die Gesamtpartei, wie ebenfalls Genosse Gerlich schon in Mannheim ausführte, „zwar in legalisierter Form, aber in schroffem Gegensatz zu dem Sinn und Geist des Organisationsstatuts und entgegen allen Parteitraditionen auf das äußerste Minimum herabgedrückt“ werden. Wie stark durch dieses illoyale Vorgehen die Parteikasse geschädigt wird, geht daraus hervor, daß beispielsweise 1906 ganz Bayern nur die Hälfte von dem abgibt, was München und Nürnberg allein hatten abliefern müssen. Bei der Berichterstaltung über den Nürnberger Parteitag erklärte nun der Referent Schmitt in München föhrl, daß die bayerischen Genossen gar nicht daran dächten, von ihren „nach reichlicher Ueberlegung aufgestellten Grundätzen“ abzuweichen. Auch hier wird der Leipziger Parteitag zu entscheiden haben, ob sich die Gesamtpartei mit dieser Art „selbständiger Führung der Parteigeschäfte“ durch die Landesorganisationen einverstanden erklären will.

„Volksstimme“ (Chemnitz):

Der Beitrag wird auf mindestens 30 Pfennig für männliche, 20 Pfennig für weibliche Mitglieder festgesetzt. Diese Schadloshaltung ist sehr erfreulich, um endlich in höchstem Maße ungenügendem Zustand beseitigen zu helfen, daß unsere ärmsten Erzgebirgskreise nach dem Beschluß der Landesorganisationen einen Beitrag von 10 Pf. wöchentlich zu zahlen verpflichtet sind, während Berlin und andere leistungsfähige Großstädte sich mit wesentlich geringeren Beiträgen der Partei gegenüber abfinden. Das Ausschlußverfahren ist wesentlich vereinfacht worden, indem an Stelle der Gesamtpartei in erster Instanz die Landesorganisation gesetzt ist. Rein realistisch ist zu bemerken, daß es an einer Bestimmung über diejenigen fehlt, die nach Beginn eines Ausschlussverfahrens aus der Partei austreten, um später ohne Schwierigkeiten vielleicht an anderen Orten wieder Mitglied zu werden. Viel Wert haben juristische Fragen über die Mitgliedschaft im Parteistatut nicht. Für die Delegiertenwahl zum Parteitag wird ein Proportionalwahlverfahren vorgeschlagen, das die Macht der mittelstarken Großstadtkreise, die sie bisher kraft ihrer größeren Geldmittel besaßen, naturgemäß festlegt. Ob die Grenzen richtig abgefaßt sind, bedarf der Prüfung. Die zurückgebliebenen Bezirke sollten ihre agitatorischen Interessen auf dem Parteitag in weitestem Maße vertreten können. Wünschenswert bleibt für die Beschäftigung des Parteitages eine Bestimmung, daß im Unvermögensfalle die Kreise die Landesorganisation die Delegationskosten trägt. Unbedingt zu fordern ist im Anschluß an den Proporz zum Parteitag die Anordnung, daß auch die Delegierten durch Umrwahl und bei mehr als einem nach dem Proportionalwahlverfahren bestimmt werden. Den organisierten Frauen ist mit vollem Recht weit entgegengekommen worden. Ihre Rechte sind groß, aber ihre agitatorischen Aufgaben entsprechen ihnen.

Einen alten Wunsch läßt das Statut unerfüllt: Der „Parteisitz“ bleibt Zentralorgan, wird nicht den Berliner Genossen als ihr Blatt ausgehängt. Es ist ganz unverständlich, was in einer Zeit, in der fast alle Parteiblätter Eigentum der Parteigenossen geworden sind, ein Zentralorgan soll. Alle Parteiblätter können verpflichtet werden, Veröffentlichungen des Parteivorstandes an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen, und alle unterstehen der Aufsicht des Parteivorstandes, der darüber wacht, daß ihre prinzipielle und tatsächliche Haltung der Partei nicht schädigt. Was soll da noch die Sonderstellung des „Centralis“, die seiner Bedeutung nicht entspricht und schon schwere Schäden in der Partei verursacht hat, die sich vielleicht in Zukunft wiederholen könnten?

„Sächsisches Volksblatt“ (Zwickau):

Wegen die Höhe der Beiträge wird kaum etwas einzuwenden sein. Vielleicht wird mancher Genosse die Höhe der Beitragsleistung der weiblichen Mitglieder beanstanden, weil nun einmal die weiblichen Mitglieder sich zuweist aus Ehefrauen rekrutieren. Allein es ist dabei nicht aufgezogen zu lassen, daß die „Gleichheit“ an die weiblichen Mitglieder dafür unentgeltlich geliefert werden soll.

Einem schon längst ausgesprochenen Bedürfnis kommt der § 7 entgegen, der vom Parteitag handelt. Er räumt damit auf, daß Wahlkreise, die in finanzieller und anderer Beziehung sozusagen das Rückgrat der Partei bilden, durch Wahlkreise majorisiert werden können, in denen die Parteioptionen noch auf sehr schwachen Füßen ruht... Die Aenderung ist nur zu begrüßen. Auch die vorgeschlagene Staffelform erscheint uns angemessen...

Nicht befreundeten können wir uns dagegen damit, daß nach wie vor sämtliche Mitglieder der Reichstagsfraktion allein schon auf Grund dieser Eigenschaft berechtigt sein sollen, an den Parteitagen teilzunehmen... Zwar hat Kollmar bereits auf dem Parteitage in Jena sich lebhaft dagegen gewandt, dieses Recht der Reichstagsfraktion irgendwie zu beschränken, damit sich die Abgeordneten gegen etwaige Angriffe aus der Mitte des Parteitages verteidigen könnten; allein diese Begründung wirkte schon damals auf uns nicht gerade überzeugend. Eine Delegation aus der Mitte der Fraktion würde denselben Zweck erfüllen, ganz abgesehen auch davon, daß es doch jedem Reichstagsabgeordneten unbenommen ist, falls er etwa Angriffe auf seine Person zu gewärtigen hat, sich in irgend einem Bezirke um ein Parteitagmandat zu bewerben. Der Zustand, wie er jetzt besteht, legt der Partei große Opfer auf, die eine weit bessere Verwendung zu anderen Zwecken finden könnten...

Parlamentarisches.

In der Finanzkommission des Reichstags wurde am Dienstag die Generaldiskussion über die

Tabaksteuerreform

fortgesetzt. Nachdem Ministerialdirektor Rahn das Vandalensteuersystem gegen alle Angriffe in der vorigen Sitzung verteidigt hat, wird dieses von Schmidt-Altenburg gründlich gerügt und als völlig unannehmbar bezeichnet. In gleicher Weise wird es von Hermann bekämpft.

Darauf ergreift der neueste Tabakfachverständige der Regierung, Dr. Bihner, das Wort. In längerer, fließender Rede entrollt der Herr von den segensreichen Wirkungen der Vandalensteuer — wie Sittart später richtig bemerkte — „ein so wunderbares Gemälde“, daß es schier als ein gegen das allgemeine Wohl des gesamten deutschen Volkes gerichteter Verbrechen erscheinen muß. Gegner dieses Systems zu sein. Alle Bedenken, wie Mängel des Konsums, Lohnrückgang, Arbeitslosigkeit, Gefährdung in Verwundung der Kleinfabrikation, beseitigte er spielend unter Hinweis auf die Erfahrungen, die man angeblich in Amerika mit der Einführung des Systems gemacht hat. Die von Rollenbuhr in der vorigen Sitzung und von Schmidt heute bestrittenen Erfahrungen, die man 1878/79 mit der Einführung der Tabaksteuer in Deutschland

gemacht hat, existieren für Herrn Ligner nicht. Im Gegenteil: die Folgen jener Steuererhöhung sind nach ihm nur segensreiche, die Tabakindustrie fördernde gewesen! Das von ihm entworfenen „wunderbare Gemälde“ führte dazu, daß das Zentrum, wie Sittart erklärte, alle die von Müller-Jalda in der vorigen Sitzung gegen die Vorlage geltend gemachten Bedenken nun, dreimal unterstrichen, aufrecht erhält! Da Schmidt-Altenburg der Regierung ein Mehr von 80 Millionen aus dem Tabak angeboten hat, kommt das Zentrum auf seinen früheren Vorschlag zurück, dann lieber die Zundersteuer in der bisherigen Höhe beizubehalten, die Tabaksteuer aber ganz in der Verrentung verschwinden zu lassen.

Gegen die Vandalensteuer erklärte sich auch der National-Liberale Dr. Gouge, und nur Kretsch bekämpfte sich als Freund dieses Systems, ist aber auch bereit, für eine andere Form zu stimmen, wenn nur die von der Regierung geforderte Summe herausbringt.

Der Reichshaussekretär nimmt seinen Sachverständigen Ligner gegen Sittart in Schutz und erklärt abermals sehr energisch, daß die dem Tabak zugeordnete Summe herausgeholt werden müsse! Dadurch, daß man etwa jetzt die Vorlage ablehne, werde der Tabakindustrie keine Ruhe geschaffen. Eine Vorlage werde immer der anderen folgen, bis der Tabak mehr bringe als bisher! Die von Schmidt angebotenen 80 Millionen seien nicht genügend. Der Tabak könne und müsse mehr ergeben.

Genosse Kadon antwortet darauf, daß das energische Auftreten des Staatssekretärs den Besitzenden gegenüber angebracht gewesen wäre als den armen Zigarrenarbeitern gegenüber. Merkwürdig sei ferner, daß man sich mit der Forderung indirekter Steuern so auf das Ausland berufe, was bei den direkten weniger stark betont worden sei! Die Drohung, daß die Tabakindustrie keine Ruhe bekommen werde, sei schon von mehreren Ministern ausgesprochen, die jetzt längst a. D. seien. Aus eigener praktischer Erfahrung mit den triftigsten Gründen die Vorlage bekämpfend als verderbenbringend für die mittleren und kleinen Betriebe, ganz besonders aber für Tausende von Arbeitern, die dadurch direkt dem Hunger überliefert werden, schließt er mit der Aufforderung, sofort Klarheit zu schaffen und die beantragte Subkommission sowohl wie die gesamte Vorlage glattweg abzulehnen.

Der Schatzsekretär Sydow bestreitet die Möglichkeit der Behauptung Kadons, daß das Deutsche Reich seit den letzten 20 Jahren seine Aufgabe darin gesehen habe, alle Lasten den armen Leuten aufzubürden, was schon durch die Sozialpolitik, die dem Reich doch auch Geld koste und nur den Arbeitern zugute komme, zur Genüge widerlegt werde. Auch im Vandalensteuerrecht komme die Gerechtigkeit nicht zu kurz, denn der reiche Mäurer solle für seine teure Zigarre eine höhere Steuer bezahlen als der arme für seine billige.

Darauf folgte Vertagung. Die Debatte soll am Mittwoch fortgesetzt und nach der wahrscheinlichen Ablehnung der Vorlage soll dann mit der Beratung der Biersteuer begonnen werden.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle

verhandelte am Dienstag über die

Einführung von Handelsinspektoren

im Handelsgewerbe. Sowohl von unseren Parteigenossen wie auch von dem Abg. Schad (wirtsch. Gg.) wird die Einführung der Handelsinspektoren verlangt. Unsere Genossen beantragen ferner, daß auch das Transportgewerbe unter die Aufsicht der Gewerbeinspektoren gestellt wird. Von den Regierungsvertretern wird erklärt, daß die Anträge unannehmbar sind. Näher begründet wird der ablehnende Standpunkt der Regierung nicht.

Genosse Hoch weist darauf hin, wie unhaltbar der Zustand ist, daß Schutzbestimmungen, die im Handelsgesetzbuch und der Gewerbeordnung enthalten sind, keine Uebersetzung zur Seite sieht. Trotz der verschiedenen Organisation der Handlungsgehilfen sind alle einzig in der Forderung, nicht der Polizei, sondern besonderen Inspektoren die Uebersetzung der Schutzvorschriften zu übertragen. Vorläufig haben sich die Handlungsgehilfen damit begnügt, Kommissionen zu bilden, die Denunziationen gegen die Prinzipale einreichen müssen, um die Beachtung der Gesetze zu erzwingen. Da der Vertreter der sächsischen Regierung diese Selbsthilfe für empfehlenswert hält, so wendet Hoch ein, daß diese Einrichtungen nicht angemessen sind und die Harmonie, die die Herren zwischen Unternehmern und Angestellten herbeiführen wollen, darüber sehr in die Wänke geht. Besser wird die Kontrolle natürlich sein, wenn sie den Handelsinspektoren übertragen wird.

Ein Antrag Hise (Z.) will die Gewerbeinspektion auf das Handelsgewerbe zunächst nur fakultativ ausdehnen; es sollen zu dieser Inspektion zunächst Beamte herangezogen werden, die mit dem Handelsgewerbe vertraut sind. Gegen die Anträge erklärt sich Abg. Wahn (natl.): Man könne nur an die Leiter der Verbände die Aufforderung richten, ergiebiger auf ihre Mitglieder zu wirken, daß nicht so unverständliche Forderungen von den jungen Leuten gestellt würden. — Abg. Schad (wirtsch. Gg.) schildert sehr eingehend die Ergebnisse einer Umfrage über die Nichterhaltung der Schutzvorschriften im Handelsgewerbe und gibt Erläuterungen der Polizeibehörde bekannt, die dahin lauten, daß von jener Seite die Uebersetzung nicht wirksam durchgeführt werden kann. — Abg. Hennig (L.) lehnt den Antrag Schad und den Antrag unserer Parteigenossen ab, er wird vorläufig für den Antrag Hise stimmen, der mehr eine Anregung gibt. Die gleiche Erklärung gibt Abg. Merkel (natl.) ab.

Genosse Stadthagen erinnert die Konservativen daran, daß die Bestimmung von Gewerbeinspektoren als von der Polizei losgelösten Beamten im Jahre 1889 von unseren Genossen, dann aber auch von den Konservativen verlangt wurde und zwar mit einer Begründung, die heute auch für das Handelsgewerbe zutrifft. Zum Beweis zitiert Redner eine Rede des Konservativen Wagner-Kestlin vom Jahre 1889, in der dargetan wird, daß die Polizei nicht die Behörde ist, die eine sachgemäße Kontrolle des Arbeiterschutzes durchführen kann. Der Reichstag hat auch in letzter Zeit wiederholt mit großer Majorität die Forderung nach Handelsinspektoren unterstützt; oder sollte Graf Solodowsky recht haben, daß solchen Anträgen nicht immer die Absicht einer praktischen Durchführung imnewohnt?

Bei der Abstimmung wird der Antrag Schad von dem Zentrum, den Nationalliberalen und Konservativen abgelehnt, desgleichen der Antrag unserer Parteigenossen, für den nur unsere Genossen stimmen. Der Antrag Hise wird einstimmig angenommen.

Zur Beratung gelangen auf

Außezeit

abzielende Anträge. Ein Antrag Schad (zu § 139c) fordert für die Angestellten offener Verkaufsstellen eine 12 stündige Außezeit und für weibliche Angestellte eine 14 stündige Außezeit. Für männliche Gehilfen und Lehrlinge unter 18 Jahren soll eine Außezeit von 13 Stunden festgesetzt werden. Unsere Genossen beantragen eine 14 stündige Außezeit allgemein und auch für Kontor und Schreibstuben. Abg. Hise (Z.) erklärt sich gegen beide Anträge. Für das Nahrungsmittelgewerbe ist die Durchföhrung der Außezeit ganz unmöglich. Genosse Hoch begründet den Antrag damit, daß den Angestellten eine größere Außezeit gegeben werden muß, um ihnen eine Fortbildung zu ermöglichen. Ein Antrag Behrens (wirtsch. Vereinig.) will die Außezeit auch den Arbeiterinnen gewähren, die in Franzbinderien, die mit einem Ladengeschäft verbunden sind, beschäftigt werden, während unsere Genossen die Ausdehnung der Vorschriften auf alle vom Unternehmer beschäftigten Personen verlangen.

Die Abstimmung über die Anträge wird erst in der nächsten Sitzung am Donnerstag erfolgen.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

(31. Sitzung vom 9. März.)

Die am Sonnabend beschlossene Resolution Liebermann, die Regierung solle feststellen, wie stark eine Ruffkapelle normalerweise

sein müsse, wurde von der Regierung nicht beantwortet, obgleich von einem Kommissionsmitglied ausdrücklich nochmals darauf hingewiesen und eine Antwort verlangt wurde! Mit Rücksicht darauf beantragt Erzberger, 700 Ruffkapellen zu streichen, welcher Antrag, nachdem der Kriegsminister sich dagegen gemeldet hatte, abgelehnt wurde. Dagegen wurde eine Resolution Liebert angenommen, welche verlangt, die Militärverwaltung solle bei der Festlegung der nächsten Friedenspräsenzstärke erwägen, ob und eventuell wie weit die Zahl der Ruffkapellen bei den einzelnen Regimentern herabgesetzt werden könne.

Die Mannschaften in Berlin, Potsdam, Charlottenburg und Burg Hohenzollern erhalten für jeden Tag 1 Pf. Garnisonszulage, gewissermaßen als Gegenleistung für den strengeren Dienst. Hierfür sind 85 145 M. angelegt. Insgesamt umfaßt der Titel Zulagen die ungeheuer hohe Summe von 4 914 871 M. Verschiedene Ausstellungen des Korreferenten Erzberger werden von anderer Seite zurückgewiesen und die Position bewilligt.

Für

Tischgeld

sind 807 379 M. in den Etat eingestellt. Die Differenz in der Höhe der gewährten Unterstützung ist sehr erheblich: ein Infanterieregiment ist mit 1900 M., ein Artillerieregiment mit 3200 M. eingestellt. Es wird nach kurzer Debatte eine Resolution angenommen, die den Wunsch nach einer anderen Regelung der Tischgelder ausdrückt. Dagegen stimmen Zentrum und Sozialdemokraten, welche eine ausgiebige Behandlung beim Titel Offiziersgehälter wünschten.

Der Posten für Kapitulationshandel wird von 850 000 auf 727 000 M. herabgesetzt. — Beim Titel „sachliche Ausgaben“ verlangt Erzberger zu wissen, wie hoch die den Regimentern zur Selbstverwaltung überlassenen Fonds sind. Von den hier in Frage kommenden Titeln, welche zusammen 5 586 000 M. betragen, beantragt Erzberger 400 000 M. abzustreichen. Die Anträge werden vom Reich abgelehnt und nur 20 000 M. abgesetzt.

Für das Halten und Abräumen von Kriegshunden bei den Jägerbataillonen sind 3000 M. eingestellt, wozu einstimmig die Hälfte getrichen wird, weil die mit den Hunden gemachten Versuche sich nicht bewährten und einige Bataillone die Hunde bereits wieder abgeschafft haben, während andere die Versuche fortsetzen wollen.

Beim Titel „Kostlos für Mannschaften des Wehrdienstes“ befragt sich Abg. Stücklen über die den Mannschaften am Tage der

Kontrollversammlungen

zutell werdende Behandlung und verlangt eine Änderung der Bestimmung, wonach die Mannschaften am genannten Tage dem Militärgelehr unterstehe. Abg. Gotheim beantragt eine Resolution: „den Reichsanwalt zu ersuchen, einen Bescheidener vorzulegen, wonach bei geringen Vergehen auf Geldstrafe erkannt werden kann.“ Koste wendet sich gegen diese Resolution, weil sie eine Abschwächung der bereits vor einem Jahre angenommenen darstelle, in welcher eine viel weitergehende Reform des Militärstrafgesetzes verlangt werde. Die Resolution wird mit knapper Mehrheit angenommen.

Beim Titel „Brot und Futterverpflegung“ werden von den eingestellten 67 981 570 M. 300 000 M. abgestrichen. Desgleichen werden von der für Ergänzung der Proviantvorräte usw. eingestellten Forderung von 7 948 500 M. 748 000 M. abgesetzt.

Nächste Sitzung: Mittwoch (Fortsetzung der heutigen Beratung).

Aus Industrie und Handel.

Ergebnisse der Banken.

Kunmehr liegen die Bilanzergebnisse der nachfolgend aufgeführten Großbanken vor. Die Zahlen geben einen Maßstab von der Bedeutung, die diese Finanzinstitute im Wirtschaftsleben einnehmen, sie lassen ferner erkennen, daß die Krise des Ertrags dieser Erwerbsunternehmen kaum beeinflusst hat. In der anschließenden Tabelle geben wir eine Uebersicht, die das investierte Kapital, sowie die Gewinnergebnisse der beiden letzten Jahre umfaßt:

Namen	Aktienkapital in Mill. M.		Reserven in Mill. M.		Reingewinn in Mill. M.		Gehalt in % des Aktienkapitals	Gehalt in % des Reingewinns
	1907/1908	1907/1908	1907/1908	1908	1907/1908	1908		
Deutsche Bank	200	200	100,00	101,88	30,3	30,7	15,2	15,8
Dresdener Bank	180	180	51,50	51,50	19,5	19,3	10,8	10,7
Diskonto-Gesellschaft	170	170	57,59	57,59	10,0	20,1	11,1	11,2
Darmstädter Bank	154	154	39,50	39,25	9,8	10,6	6,4	6,9
Sächsische Bankverein	145	145	34,16	34,16	14,6	13,9	10,7	9,8
Beit. Hamb. u. Sächs. Komm.-u. Disz. G.	100	110	30,00	34,50	11,7	11,5	11,7	10,4
Comm.-u. Disz. G.	88	88	12,00	12,70	5,4	5,4	6,4	5,1
Rationalbank	80	80	12,82	12,82	6,9	6,2	8,2	7,8
Summa	1114	1124	323,17	335,35	117,7	117,7	—	—

Mit Ausnahme der Dresdener Bank, die hier das letzte Jahr $\frac{1}{2}$ Proz. mehr ausschüttet, ist die Dividende für 1908 genau in der Höhe der vorjährigen festgelegt. Das gilt im wesentlichen auch für andere Banken. Folgende Zusammenstellung illustriert das:

Bank	Dividende in Proz.	
	1907	1908
Württemberg. Vereinsbank, vorm. Pfälz. u. Co.	7	7
Privatbank Gotha	7	7
Königsberger Vereinsbank	7	7
Deutsche Ueberseeische Bank	9	9
Vereinsbank Nürnberg	10	11
Rheinische Bank, Essen	6	6
Mülhauser Bank	6 $\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{2}$
Deutsche Effektenbank, Frankfurt	4 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$
Magdeburger Privatbank	7	7
Siegener Bank für Handel und Gewerbe	7	7
Genossenschaftsbank	8,05	8,05
Niederdeutsche Bank, Dortmund	7	7
Dresdener Bankverein	6	5
Lehrer Bank	10	10
Barmer Bankverein	7 $\frac{1}{2}$	7 $\frac{1}{2}$
Bergisch-Märkische Bank	8 $\frac{1}{2}$	8 $\frac{1}{2}$

Es sind fast gar keine Veränderungen eingetreten. Bei den Großbanken interessiert noch der Ausweis der rechnermäßigen Reingewinne. Deren Summe ist um $\frac{1}{3}$ Million Mark gestiegen, bei Vergrößerung des Aktienkapitals um 10 Millionen Mark. Die Reserven machen nur 30 Proz. des Aktienkapitals aus. Der erzielte Reingewinn der acht Banken entspricht dem Jahresverdienst von 117 700 Personen, wenn man als Durchschnittseinkommen 1000 M. annimmt. Von sechs Banken — es sind die oben aufgeführten mit Ausnahme der Deutschen Bank und der Darmstädter — liegen auch Angaben über die an den Vorstand und Aufsichtsrat gezahlten Gewinnanteile vor. Danach wurden hierfür abgezogen für 1907: 9,91 Millionen Mark und für 1908: 10,53 Millionen Mark. Diese Gewinnanteile allein machen so viel aus, als 10 000 Familienväter für eine ganze Jahresleistung an Lohn erhalten. Daß die glücklichen Empfänger überzeugt sind, in der besten Gesellschaftsordnung zu leben, finden wir erklärlich — viele andere Menschen werden die gegenteilige Auffassung haben.

Die Krise. Eine weitere Einschränkung der Produktion — bis 5 Proz. — eintreten zu lassen, beschloß das Internationale Spiegelglasinstitut.

Preisrückgang. Der Gesamtantrieb der Spiritus-Zentrale hat eine Preisrückgang um 5 R. beschloßen, von der nur der Preis für vollständig denaturierten Branntwein ausgenommen ist.

Die chemische Industrie. Unter den Industriezweigen, die sich eine Weltstellung erworben, zählt als einer der ersten die chemische Industrie. An der Berliner Börse werden nicht weniger als 31 Werte derselben gehandelt, die ein Nominalkapital von 293 Millionen Mark mit einem Kurswert von 692 Millionen Mark oder einem Durchschnittswert von 200 Proz. repräsentieren. Dabei sind wichtige Werte, wie die der Zement-, Kali- und Sprengstoffindustrie nicht einmal mitgerechnet. Die Höhe der im letzten Jahre gezahlten Dividenden betrug 64 Millionen Mark. Dividendenlosigkeit ist bei den Unternehmungen der chemischen Industrie so gut wie unbekannt. Zurzeit bestehen etwa 7500 Betriebe mit 175 000 Arbeitern. Drei Fünftel der Produktion, im Werte von 600 Millionen Mark, kommen für den heimischen Konsum in Betracht; mit zwei Fünfteln ist diese Industrie auf den Export angewiesen. — Diese Angaben zeigen, welche kolossale Werte in der chemischen Industrie investiert sind und daß mit einem Nominalkapital von 293 Millionen Mark das Vierfache an Umsatz erzielt wird. Zweitens ergibt sich, daß die Dividende für eine Handvoll Aktionäre etwa 5 Proz. des Umsatzes ausmacht. Auf die Arbeiter verteilt, hätte die Erhöhung des Lohnes durch die Dividende über 800 M. ausgemacht. Wenn die chemische Industrie schon nicht den Arbeiter die werden läßt, dem Aktionär bringt sie die Gefahr der Pettiteiligkeit, ohne daß die Chemie mit diesem Fett etwas Rechtes anfangen könnte.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenrechtlerische Wahrheitsliebe.

Im Anschluß an eine Registrierung der über die Suffragettes verhängten Verurteilungen bemerkte Fräulein Dr. Anita Augspurg in Nr. 3 der von ihr geleiteten „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“: „Wertwürdig genug äußert hierzu der „Vorwärts“ sein Bedauern darüber, daß diese namhaften Opfer nicht einer großen und würdigen Sache gebracht worden seien!“

Wertwürdig genug gibt Fräulein Dr. Augspurg die betreffende Äußerung des „Vorwärts“ nicht korrekt wieder. Sie lautet nämlich wörtlich: „Zu bedauern bleibt, daß diese nicht unbedeutlichen persönlichen Opfer nicht für ein großes, der gesamten englischen Frauenschaft zugute kommendes Ziel eingesetzt werden.“

Fräulein Dr. Augspurg konnte die wortgetreue Äußerung des „Vorwärts“ nicht brauchen, weil sie ihr nicht in den Kram paßte. Von ihren Leserinnen ahnen die allermeisten nämlich gar nicht, was die „Vorwärts“-Leserinnen längst wissen, daß der Kampf der Suffragettes nicht der politischen Befreiung aller Frauen, sondern einem beschränkten Damen-Wahlrecht gilt und daß diese in ihrem inneren Kern reaktionäre Maßregel nur die Macht der herrschenden Klasse in England vermehren würde. Auch über die bedenkliche Tatsache, daß ein erheblicher Teil der Suffragettes das von ihnen vertreten, an 17 verschiedenen Eigentums- oder Beschlusqualifikationen gebundene Wahlrecht eingehendernahmen als einen Woll gegen die Demokratisierung des Stimmrechts betrachtete, schweig sie die „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“ ebenso wie die übrige deutsche frauenrechtlerische Presse bisher völlig aus. . . .

Unsere radikalsten Frauenrechtlerinnen mit Fräulein Dr. Augspurg an der Spitze behaupten, voll und ganz und unentwegt auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts zu stehen. Wenn sie es trotzdem fertig bringen, die Suffragettes kritisch zu verherrlichen, so ist das gelinde gesagt: inauskunft! Der „Vorwärts“ aber ist ein konsequenter Vertreter des allgemeinen Wahlrechts.

Eine Frauenkonferenz für Niederösterreich hat Sonntag, den 28. Februar, in Wien tagend, 30 Delegierte waren anwesend, davon waren 20 auch Delegierte des gleichzeitig tagenden Landesparteitags der niederösterreichischen Sozialdemokratie. Die Konferenz beriet über den Ausbau der politischen Frauenorganisation in Niederösterreich. Vor einem Jahre hat der Landesparteitag auf Antrag der Genossinnen beschlossen, freie politische Frauenorganisationen zu gründen, die die sozialistische Agitation unter den Frauen zu leiten haben. Innerhalb eines Jahres sind in acht Orten solche Organisationen gegründet worden, die zusammen fast 1000 Mitglieder haben. Außerdem hat der Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen in Wien 1200 Mitglieder, so daß in Niederösterreich 2900 proletarische Frauen politisch organisiert sind. Auch die Verbreitung der „Arbeiterinnenzeitung“ hat in Niederösterreich ganz erfreuliche Erfolge aufzuweisen. Jahrelang wurden in Niederösterreich nur 300 bis 400 Exemplare gelesen, gegenwärtig 3000 ohne Wien. Die Konferenz hatte den Genossinnen eine Richtschnur für planmäßiges Arbeiten zu geben, um die Mitglieder wirklich mit sozialistischen Gesetzen zu erfüllen und um neue Orte in die Organisation einzuführen. Auch über das Frauenwahlrecht wurde gesprochen und die Notwendigkeit betont, durch unablässige Agitation das Verständnis der Frauen für das Frauenwahlrecht zu vertiefen und sie auf einen Kampf um politische Rechte vorzubereiten. Eine Genossin wurde zur Landesvertrauensperson gewählt, die sich vorwiegend mit der Frauenagitation zu befassen hat. Dem Landesparteitag wurde über den Verlauf der Konferenz berichtet. Der Landessekretär hatte schon in seinem Bericht der Freude über die Fortschritte in der Arbeiterinnenbewegung Ausdruck gegeben und hatte mit Begeisterung auf die große Zahl der weiblichen Delegierten hingewiesen. Es wurde auch eine Genossin in die Landesvertretung gewählt, und zwar Genossin Schlesiener. In drei Landesvertretungen sind jetzt schon die Genossinnen vertreten, und selbstverständlich auch in der Reichsvertretung. Diese Landesfrauenkonferenz war die dritte, die seit Oktober 1908 stattgefunden hat. Schon im April wird die Landesfrauenkonferenz für Mähren stattfinden, was vor wenigen Tagen von der mährischen Landesparteivertretung auf Antrag der Genossinnen beschlossen wurde.

Gerichts-Zeitung.

Stadtverordneter Fühndrich unter Anklage.

Unter der Anklage des Betruges hatte sich der frühere langjährige Stadtverordnete Stephan Fühndrich gestern vor der Strafkammer zu verantworten. Er hat sein Mandat niedergelegt, als die Angelegenheit, um die es sich hier handelt, der Staatsanwaltschaft übergeben worden war. Der Angeklagte Fühndrich war seit Anfang der neunziger Jahre Mitglied der städtischen Grundeigentumsdeputation. Zu seinen Obliegenheiten gehörte auch die Erledigung der Vorarbeiten bei der Verpachtung städtischer Grundstücke. Im Mai 1907 waren in Rummelsburg drei städtische Wassergrundstücke zu vermieten, darunter eine Parzelle 63, die bis dahin an einen gewissen Hanne vermielt gewesen war. Dieser ging in Konkurs. Es hatte der Schiffwerftbesitzer Friesede, der in der Hanneschen Anlage eine größere Geldsumme investiert hatte, ein sehr lebhaftes Interesse daran, daß nunmehr ihm die Parzelle 63 zur Pacht überlassen würde. Außer ihm reflektierten noch zwei andere Personen auf diese Parzelle, nämlich der frühere Pächter Hanne und der Rentier Otto Rindow. Letzterer hatte nachherweise auf eine der drei in Frage stehenden Parzellen reflektiert und für die Parzelle ein Gebot von 1800 M. abgegeben. Als Herr Friesede seinerseits zu dem Angeklagten kam, um mit ihm Rücksprache über die Verpachtung zu nehmen, machte er ein Gebot von 1500 M. und erhielt vom Angeklagten die Antwort, daß auch ein anderes Gebot mit einer höheren Summe vorliege. Bei wiederholten weiteren Verhandlungen hatte der Angeklagte, der inzwischen aus den Akten erfahren hatte, daß ein Gebot des Herrn Rindow von 1800 M. vorlag, Herrn Friesede zugeredet, sein Gebot doch zu erhöhen. Dieser erklärte aber, daß er unmöglich bis auf 1800 M. gehen könne, nun verlangte der Angeklagte, daß

Friesede 300 M. zu irgendwelchen wohltätigen Zwecken zahlen solle und erklärte sich bereit, alsdann zu verziehen, den anderen Reflektanten zur Abstandsnahme von seiner Offerte zu bewegen. Herr Friesede gab die 300 M. her und der Angeklagte setzte sich nun mit Herrn Münchow in Verbindung. Da dieser inzwischen erkannt hatte, daß die Parzelle 3 für seine Zwecke gar nicht sehr geeignet war, gelang es dem Angeklagten, ihn zu bewegen, von seiner Offerte Abstand zu nehmen und eine ganz andere, viel teurere Parzelle zu pachten, die bisher nur 2000 M. gebracht hatte und nun zu 2850 M. verpachtet wurde. Der Angeklagte glaubte, auf diese Weise die kollidierenden Interessen der Reflektanten in Einklang gebracht und auch das Interesse des Magistrats gewahrt zu haben. Herr Friesede bekam den Zuschlag zu 1500 M. Da ihm für seine Zwecke die Parzelle zu groß war, wollte Herr Friesede einen Teil an Herrn Hanne abvermieten und bei der Fixierung des Mietspreises kam es gelegentlich zur Sprache, daß Herr Friesede außer der Pacht von jährlich 1500 M. ja noch 300 M. an Herrn Händrich habe zahlen müssen. Anscheinend ist dem durch Herrn Hanne dem Magistrat Mitteilung hierüber gemacht worden und so ist der Stein ins Rollen gekommen.

Der Angeklagte hatte anfänglich bei seinen ersten Vernehmungen überhaupt bestritten, die ihm ohne Quittung gezahlten 300 M. empfangen zu haben. Später hat er erklärt, daß ihm diese Summe nicht etwa — wie von der Staatsanwaltschaft behauptet wurde — zur Zahlung an die Armentasse oder zur Zahlung an Münchow als Abstandssumme, sondern zu seiner eigenen diskretionären Verfügung überlassen worden sei. Er habe die Summe dem freisinnigen Wahlmann zugesührt. — Der Zeuge Friesede erklärte, daß er sich in keiner Weise geschädigt fühle, auch nicht etwa Strafanzeige erstattet habe. Er wisse nicht mehr genau, was ihm der Angeklagte gesagt, als er 300 M. von ihm verlangte; jedenfalls sei es ihm selbst sehr gleichgültig gewesen, zu welchem Zweck die 300 M. verwendet wurden, denn ihm sei es lediglich darauf angekommen, den Zuschlag gerade für diese Parzelle zu erhalten. — Der Zeuge Hanne hat den Eindruck gehabt, die Ansicht des Herrn Friesede sei dahin gegangen, daß die 300 M. als Abstandszahlung an Herrn Münchow hätten gezahlt werden müssen. — Staatsanwalt Dr. Ales hält den Angeklagten des Betruges für überführt, denn er habe Herrn Friesede vorgespiegelt, daß der andere Reflektant nur gegen Zahlung von 300 M. Abstandsgehalt von seiner Offerte zurücktreten würde. Eine Amtsuntersuchung liege nach seiner Meinung nicht vor, da er die Geldsumme gleich von Anfang an nicht als amtliches Geld empfangen, sondern die Absicht verfolgt habe, bei dieser Gelegenheit privatim etwas herauszuschlagen. Da es sich hier um einen Stadtverordneten handelte, dem man besonders Vertrauen entgegenbringe, so sei eine empfindliche Strafe — 3 Monate Gefängnis — angebracht. — Daß der Angeklagte das Geld wirklich zu Wahlzwecken verwendet hat, ist von keiner Seite angezweifelt worden. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer plädierte auf Nichtschuldig. Die Tatbestandsmerkmale des Betruges oder der Amtsuntersuchung liegen nicht vor, vor allem aber sei ein eigenmächtiges Geldmotiv bei einem Manne ausgeschlossen, der jährlich mehr als das zehnfache zu Wahlzwecken aus Eigenem geopfert. Ob der Angeklagte nach allen Reglements korrekt gehandelt, könne dahin gestellt bleiben. — Das Gericht war der Meinung, daß weder Betrug noch Amtsuntersuchung vorliege, der Angeklagte sich aber des Vergehens im Amte im Sinne des § 331 St.-G.-B. schuldig gemacht habe, da er als Beamter für eine in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlung, ein Geschenk gefordert und angenommen habe. Seine Motive mögen nicht unedle gewesen und auf politischen Fanatismus zurückzuführen sein; jedenfalls sei die Handlungsweise des Angeklagten nicht schön und enthalte einen Vertrauensbruch. Das Gericht verurteilte deshalb den Angeklagten zu 150 M. Geldstrafe, evtl. 10 Tagen Gefängnis.

Das Reichsgericht würde durch eine Revision unseres Wissens zum ersten Male in die Lage kommen, die vom Landgericht und früher vom Oberverwaltungsgericht bejahte Frage nachzuprüfen, ob ein Stadtverordneter Beamter ist, sofern er einer auf Grund der Städteordnung gebildeten Deputation angehört.

Schutz vor Schulten.

Ein Zusammenstoß mit Schulten hat den Ruffischer Orestad auf die Anklagebank gebracht. Nach der Anklageschrift soll er sich schuldig gemacht haben einer Hebertragung der Straßenspolizeiverordnung, des ruhenden Lärms, der Beamtenbeleidigung und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt. — Das Schöffengericht hat am 7. November vorigen Jahres den Angeklagten freigesprochen. Aus den Urteilsgründen ist folgender Tatbestand ersichtlich:

Am 31. Juli v. J. hielt in der Linienstraße, unweit der Rosenhofer Straße, ein mit Neßlaffen beladener Wagen. Der Führer dieses Wagens, der Angeklagte, befand sich mit anderen Aufsehern in einem Schanklokal, von wo aus er den Wagen im Auge behalten konnte. Nach ganz kurzer Zeit — die Aufseher fingen gerade an das erste Glas Bier zu trinken — kam der Schuttmann Melbau in das Lokal und forderte den Angeklagten auf, herauszukommen. Der Angeklagte ging sofort mit. Der Schuttmann zeigte dem Angeklagten eine kleine wunde Stelle am Körper des Pferdes und sagte, das Pferd habe sich wundgelaufen, es sei eine Tierquälerei, mit dem Pferde weiterzufahren. Der Angeklagte erwiderte: Die unbedeutende Wunde rühre von einem Hupfidel her. Weiter soll er zu dem Schuttmann gesagt haben: „Das ist doch keine Tierquälerei, Sie sind mir viel zu dumm.“ Das Schöffengericht hielt nicht für festgestellt, daß der Angeklagte diese Äußerung gebraucht und den Schuttmann Melbau damit gemeint habe. Das Gericht hielt es für möglich, daß jemand aus der Menge, welche sich angeammelt hatte, das Wort „dumm“ gesagt haben werde. Weiter heißt es in der Urteilsbegründung des Schöffengerichts: Keiner der Zeugen habe betunden können, daß der Angeklagte ruhenden Lärm verursacht habe. Ebenso wenig sei erwiesen, daß er sein Fuhrwerk ohne Aufsicht und in verkehrshindernder Weise auf der Straße habe stehen lassen. Denn der Angeklagte habe sich erst wenige Minuten im Schanklokal befunden, von wo er sein Fuhrwerk im Auge behalten konnte, als ihn der Schuttmann Melbau heransholte. Als Melbau hierauf den Angeklagten aufgeschrien hatte, habe er von ihm verlangt, mit zur Wache zu kommen. Es habe nicht aufgeklärt werden können, ob sich der Angeklagte geweigert habe, dieser Aufforderung Folge zu leisten und dem Schuttmann sofort an die Gurgel gesprungen sei, oder ob der Angeklagte bereit gewesen sei, mit nach der Wache zu gehen, aber nur das völlig berechtigte Verlangen an den Schuttmann gestellt habe, sein Fuhrwerk mit vor die Wache führen zu dürfen, und ob ihn Melbau nun am Kragen gepackt und dann der Angeklagte, um diesen rechtswidrigen Angriff abzuwehren, den Beamten an der Uniform gepackt habe. Das Verlangen des Melbau, der Angeklagte solle mit zur Wache kommen, sei völlig ungerichtlich. Melbau habe sich das Nationale des Angeklagten sowie die am Wagen angebrachte Firma aufgeschrieben. Das hätte ihm genügen müssen. Aus welchem Grunde er dennoch den Angeklagten mit zur Wache nehmen wollte, das habe Melbau selbst nicht angeben vermocht. Als Melbau das Verlangen an den Angeklagten gestellt habe, mit zur Wache zu kommen, habe er sich zweifellos nicht mehr in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes befunden. Melbau sei bei weitem über die Grenzen seiner Amtsfunktion hinausgegangen. Denn der Schuttmann sei dazu da, die Ruhe und Ordnung auf den Straßen aufrechtzuerhalten, nicht aber sie zu fördern. Das würde aber eintreten, wenn man das Verlangen Melbaus billigen würde, denn wenn der Beamte befehligt wäre, jeden Aufseher, trotzdem er dessen Nationale und die Firma des Arbeitgebers bereits festgelegt hat, mit nach der Wache zu nehmen und dort längere Zeit festzuhalten, so würde er gerade

veranlassen, daß das Fuhrwerk längere Zeit unbeaufsichtigt auf der Straße stehe, was doch der Schuttmann verhindern sollte. — Ferner ist vor dem Schöffengericht festgestellt worden, daß der Angeklagte, der durch mehrere Schulten nach der Wache gebracht wurde, das Gurd, in dem sich die Wache befindet, unversehrt betreten hat. Als er die Wache wieder verließ, blutete er stark an einer Kopfverwundung und wurde von zwei Schulten nach der Anklagebank gebracht. Außer der Kopfverwundung fanden sich laut ärztlichem Attest noch verschiedene Blutunterlaufene Stellen und Hautabwühlungen am Körper des Angeklagten. Wie er zu den Verletzungen gekommen ist, konnte nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Nach Angabe der Schulten soll sich der Angeklagte die Verletzungen durch — Einfallen auf der Treppe zum Dachstuhl zugezogen haben. Nach ärztlichem Gutachten rührt die Kopfverwundung von einem Schläge mit einem stumpfen Instrument her. Auf Grund dieser Feststellungen ist das Schöffengericht zur Freisprechung des Angeklagten gekommen.

Anders urteilte dagegen gestern die von der Staatsanwaltschaft angerufene Berufungsinstanz (6. Strafkammer des Landgerichts I). Mehrere Zeugen, die in der ersten Instanz ganz bestimmte Angaben zur Entlastung des Angeklagten gemacht hatten, konnten sich der wesentlichsten Vorgänge jetzt nicht mehr erinnern oder doch nichts sicheres mehr sagen. Das ist begreiflich, denn seit der Schöffengerichtsverhandlung sind bereits vier Monate ins Land gegangen. Zeit genug, um Vorgänge, die jemand im Juli vorigen Jahres gesehen hat, aus dem Gedächtnis teilweise entschwinden zu lassen. Auffallenderweise hat sich aber in dem Gedächtnis eines Zeugen die entgegengesetzte Entwicklung vollzogen. Dieser Zeuge ist der Schuttmann Melbau. Wie sich aus dem angeführten Schöffengerichtsurteil ergibt, hat selbst Melbau in erster Instanz in verschiedenen wesentlichen Punkten nichts zur Entlastung des Angeklagten anführen können. Inzwischen aber hat er sein Gedächtnis sorgfältig geprüft. Als er jetzt vor den Berufungsinstanz trat, breitete er einen großen beschriebenen Bogen Papier vor sich aus und benutzte ihn fleißig zur Unterstützung seines Gedächtnisses. Jetzt mußte der Zeuge Melbau in jedem einzelnen Punkt ganz genau und ohne Zögern gerade das angeben, was zur Rechtfertigung seines Verhaltens und zur Belastung des Angeklagten dienlich. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, suchte durch Fragen die Widersprüche zwischen den früheren und den jetzigen Aussagen Melbaus festzustellen. Auf solche Fragen gab der Zeuge öfter ganz unklare und ausweichende Antworten. Ja, einmal verteidigte er auf eine zweifelhafte zur Sache gehörige Frage die Antwort überhaupt und mußte erst durch den Vorsitzenden auf seine Pflicht, zu antworten, hingewiesen werden.

Durch diese Verwicklungen in den Zeugenaussagen bot die Verhandlung in zweiter Instanz allerdings ein anderes Bild, als die Beweishebung in erster Instanz. Der Verteidiger kam noch eingehender Würdigung der Zeugenaussagen zu dem Schluß, daß er der heutigen Zeugenaussage des Schuttmanns Melbau wegen mancherlei Unwahrscheinlichkeiten keinen Glauben beimessen könne und deshalb auch in dieser Instanz die Freisprechung des Angeklagten beantragen müsse.

Das Gericht mag jedoch dem Schuttmann Melbau vollen Glauben bei, erachte dessen Aussagen auch durch einzelne andere Zeugen als in manchen Punkten bestätigt und verurteilte den Angeklagten wegen Hebertragung in drei Fällen zu 15 M. Geldstrafe sowie wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beleidigung des Schuttmanns Melbau zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen!

Der Fall ist einer der vielen, die beweisen, daß die Zulassung der Berufung zugunsten der Staatsanwaltschaft selbst für die Fälle, in denen neue Momente nicht beigebracht werden können, der Ermittlung der Wahrheit und der Förderung des Rechts wenig dienlich ist. Das Berufungsurteil hat die Beantwortung der Frage, wie kam es, daß der Angeklagte in schwer verletztem Zustande die Wache verließ? nicht die Würdigung zuteil werden lassen, die einem Richter leichter wäre, wenn er als Richter einmal unter ähnlichen Umständen erreicht wäre. Rühm aus allen Teilen der Bevölkerung gewählte Richter hätten auch in zweiter Instanz eine Freisprechung für gerechtfertigt erachtet.

Zwischen aus einer Armenkommission

wurde zur Sprache gebracht im Zusammenhang mit einer privaten Beleidigungssache, die vor dem Landgericht I (Strafkammer 9) am Dienstag verhandelt wurde. Die Affäre, über die da entschieden werden sollte, hatte sich in der Armenkommission 125c (Teil vom Büchervielfel) abgespielt. Der zu dieser Kommission gehörende Herr Schumacher, Schuttmann a. D. und jetzt Zigarrenhändler, fühlte sich beleidigt durch den früheren Schankwirt und jetzigen Kolonialwarenhandeler Schreiber, der als Bezirksvorsteher gleichfalls zur Armenkommission gehört. Anfang Januar beschäftigte das Amtsgericht Berlin-Mitte sich mit dieser Sache. Der klagende Schumacher wurde damals abgewiesen, aber gegen die Freisprechung Schreibers legte er Berufung ein. Genugtuung erwartete er nun vom Landgericht — Genugtuung dafür, daß Schreiber dem Armenkommissionsvorsteher Heinrich gescholten hatte, Schumacher habe in einer Kommissionsitzung den Herrn Vorsteher einen abgebrühten Menschen genannt.

Wieso hier Herr Schumacher sich beleidigt fühlen konnte, wird für einen schlachten Laienverstand nicht sofort klar sein. Der Gericht gab er selber zu, daß er in der fraglichen Sitzung in einer sehr erregten Debatte den Ruf: „Sie sind ein ganz abgebrühter Mensch!“ ausgestoßen hatte. Er behauptete aber, das habe nicht dem Vorsteher, sondern einem anderen Mitglied der Kommission gegolten. Und darum schlepte er Schreiber zweimal hintereinander vor Gericht! Schreiber hatte jene Äußerung, die er als gegen den Vorsteher gerichtet aufgefaßt hatte, nicht aus Malschuld diesem hinterbracht, sondern sie ihm am nächsten Tage nur auf dessen ausdrückliche Frage mitgeteilt. Eigentlich ist ja die ganze Geschichte höchst gleichgültig. Sie wird auch nicht dadurch interessanter, daß die Schimpferei später zu dem Antrag führte, Schumacher aus der Kommission auszuschließen. Der zuständige Armenkreis und die Armenoberektion wurden damit bemüht, aber zum Ausschluß kam es nicht. Beachtung verdient nur der Verlauf jener stürmischen Kommissionsitzung und der äußere Anlaß des Krachens. Vor dem Landgericht wurde von den streitenden Parteien dafür gefordert, daß das alles in ausführlicher Breite erörtert wurde.

Die Kommission hatte darüber zu entscheiden gehabt, ob eine arme Frau dauernd unterstützt werden sollte. Ein schriftliches Gutachten des Armenarztes sprach sich dahin aus, die bereits 67jährige Frau leide an Wicht und sei erwerbsunfähig. Herr Schumacher bemängelte das Gutachten und behauptete, die Frau sei noch erwerbsfähig. In der nächsten Sitzung, zu der auch der Arzt geladen wurde, hatte Schreiber über die Sache zu referieren. Als er Schumachers abfällige Äußerungen über das Gutachten des Arztes erwähnte, sprang Herr Schumacher erregt auf, und es kam nun zu einer turbulenten Szene. Wir wollen hier nur mitteilen, was die beschworenen Zeugenaussagen ergeben haben. Die Herren seien alle sehr erregt gewesen, Worte seien hin und her geflogen, es sei viel durcheinander geschimpft worden, der eine habe geschrien: „Das ist eine Unverschämtheit!“, ein anderer habe geantwortet: „Sie frocher Mensch!“, und schließlich sei das Wort gefallen: „Sie sind ein ganz abgebrühter Mensch!“ In der Gerichtsverhandlung kam nicht zur Sprache, daß irgend einer der Herren, die einander in dieser Weise mit Schimpfwörtern traktiert hatten, deshalb zum Richter gelaufen sei. Nur der ganz nebensächliche Umstand, daß man hinterher darüber uneinig war, wem der Titel „abgebrühter Mensch“ zugeteilt worden sei, hatte zu der vorliegenden Beleidigungssache geführt. Sie endete, wie vor dem Amtsgericht, so auch hier mit Freisprechung Schreibers, dem der Wahrheitsbeweis gelungen sei und Wahrnehmung berechtigter Interessen zugebilligt werden müsse.

Sehr peinlich sah die Affäre dem Vertreter der Armenoberektion zu sein, dem Bürgerdeputierten Ehrenbaum. Der Herr war als Zeuge geladen, beistellte sich aber an dem Einigungsversuch der Vorstehenden. Den Angeklagten Schreiber, der hartnäckig immer wieder ablehnte, beschwor Herr Ehrenbaum mit den Worten: „Sie

wollen so gern die Kosten tragen.“ Wen das Armenoberektionsmitglied mit „wir“ meinte, blieb unklar.

Lacht betteln sie gehen, wenn sie hungrig sind!

Wie die polnischen Blätter übereinstimmend melden, hat auf Betreiben des Landrats v. Tilly des Kreises Posen-West die Sinnerische Fabrik in Luban eine große Anzahl polnisch sprechender Arbeiter entlassen und an deren Stelle deutsche Ansiedler der nahegelegenen Arbeiterrentengutskolonie Jablono eingestellt. — Wie in einer kürzlich stattgefundenen Gerichtsverhandlung der als Zeuge vernommene Pastor Schay zeugensichtlich belandete, ist der Fabrikbesitzer Sinner, ein eifriger Förderer der genannten Rentengutskolonie, und hat in den Vorjahren während der winterlichen Arbeitslosigkeit dem Pastor Schay größere Geldbeträge zur Unterstützung der arbeitslosen Kolonisten überwiesen. Diese waren so beträchtlich, daß Pastor Schay mit seinen Anverwandten bei einigen der Kolonisten auf Widerstand stieß und diese die Annahme der Unterstützungen verweigerten. — Die polnisch sprechenden Arbeiter dagegen können ruhig Hungers sterben. Die Hauptsache bleibt, daß die mit vielen Opfern begründete, der Evangelisation des Ostens dienende Ansiedlungskolonie nicht zugrunde geht.

Vermischtes.

Neue Lawinenstürze.

Nach den starken Schneefällen der letzten Tage kommen jetzt aus den Alpen Nachrichten über Lawinenkatastrophen. Auch gestern haben in Kärnten und den italienischen Alpen zwei niedergebende Lawinen großes Unheil angerichtet. Ein Telegramm aus Graz meldet: In Lugga im Lesachtal in Kärnten zerstörte gestern eine Lawine zwei Häuser, drei Mühlen und drei Scheunen. Acht Personen wurden getötet, darunter ein Oberlehrer mit seiner Familie.

Ein Telegramm aus Innsbruck meldet: Im Joldotal wurden durch eine Lawine 18 Personen getötet. Die Leichen konnten geborgen werden. In den Dolomitenalpen an der tirolisch-italienischen Grenze erreicht der Neuschnee in manchen Orten eine Höhe bis zu 2 Metern. In Nordtirol herrscht seit zwei Tagen Tauwetter, das die Lawinengefahr vergrößert.

Bei Belvedere wurden, wie aus Venedig berichtet wird, sechs Personen durch einen Lawinensturz getötet. In der Ortschaft Corticella wurde durch eine Lawine das Kirchendach eingeschlagen und eine Person getötet.

Von Gesteinsmassen erschlagen. Dortmund: Meldung zufolge ereignete sich auf der Reche Gesehenau gestern durch hereinbrechende Gesteinsmassen ein schwerer Unglücksfall. Zwei Arbeiter wurden erschlagen.

Ueber ein Eisenbahnunglück wird amtlich aus Stolz gemeldet: Am 9. d. M. morgens 5 Uhr 49 Minuten entgleiten auf Bahnhof Schönau infolge Zusammenstoßes mit einem Rangierzug zwei Wagen aus dem gemischten Zuge 670, welcher das auf Halt stehende Einbahrsignal überfahren hatte. Verletzt wurden die Reisenden: Besitzer Andreas Wollenschläger aus Bantahl, Karl Hartmann aus Orieieny, Karl Stepe aus Abbau-Kummelsburg, Hermann Wilsch aus Grinden bei Reimwasser, ferner der Hilfsheizer Kapke und der Schaffner Heßlich. Der Materialschaden ist bedeutend. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten. Das Hauptgleis ist seit 11 Uhr 40 Minuten vormittags wieder frei.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, zweiter Eingang, vier Treppen, ~~...~~ wochentags abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Gestern 7 Uhr Sonntagabend beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Aufruf ist ein Besuch und eine Zahl als Versicherung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erzeit. Bei zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage verstreichen. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Genosse Richter. Wenn der Name Ihnen nicht genannt wird, wären weitere Schritte erfolglos. Lassen Sie die Sache an sich beruhigen. Keineswegs kann daraus ein Zugeständnis entnommen werden. — **Nerven.** Der Antrag wäre bei dem Magistrat, Abteilung für Versicherung, im städtischen Park, mündlich oder schriftlich zu stellen. Er erhebt nicht völlig ausföhrlich. Sollte eine Wiederholung der Operation nicht vielleicht vorzuziehen sein? Befragen Sie darüber einen Arzt. — **R. W. 62.** Sie sind freierpflichtig. Gewerbesteuerfreiheit besteht, wenn es der Jahresermehmung 1500 M. noch betriebs- und Anlagekapital 3000 M. überschreitet. — **W. G. 10.** Eine Klage gegen Ihren Verkäufer auf Herausgabe, eventuell Schadenersatz wäre nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Zuständig ist das Amtsgericht. — **W. Z. 79.** 1. Ja. 2. Das hängt von den Vorschriften der Polizei ab; es kann die Mitteilung bereits vor dem Umzug erfolgen. 3. Nein. 4. Wenden Sie sich an den Direktor einer unterer städtischen Handwerkerzunft. — **W. J. 87.** liegt kein Testament vor, so erbt der Witwer oder die Witwe die Hälfte und ferner als vora us die Haushaltungsgegenstände und die Nachgelassene. — **J. S. 100.** Wenden Sie sich an Genossen Simonowich, Engelster 15. — **Z. 40.** 1. Nur an das Erbeil der unterstehenden Person. 2. Auf Antrag wird Ihnen ein Teil gelassen. — **W. S. 2.** Teilen Sie der Juma mit, daß das unbestellte Bild zu ihrer Verfügung steht. — **W. 88.** Nein.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr nicht genügend, Geschäft schleppend, Preise beständig. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise angemessen. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise behauptet.

Witterungsüberblick vom 9. März 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur		Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur	
				heute	gest.					heute	gest.
Sonnebe	762 D		3	bedekt	1	Sonnebe	774 SWS		3	bedekt	-1
Damburg	760 D		5	bedekt	1	Petersburg	775 SO		2	mäßig	-9
Berlin	761 DSD		2	mäßig	1	Seibitz	748 S		2	mäßig	6
Frankfurt a. M.	757 SD		1	bedekt	1	Aberdeen	764 D		5	bedekt	8
München	758 SWS		2	bedekt	0	Paris	753 SD		2	bedekt	-1
Wien	759 SWS		1	bedekt	1						

Wetterprognose für Mittwoch, den 10. März 1909. **Blick** heiter, nachts etwas trüber, am Mittag ziemlich mild bei mäßigen östlichen Winden; keine oder unbedeutliche Niederschläge. **Berliner Wetterbureau.**

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 8. 3.		seit 7. 3.		Wasserstand	am 8. 3.		seit 7. 3.	
	8. 3.	7. 3.	cm	mm		8. 3.	7. 3.	cm	mm
Wemel, Mühl	161 ¹	-	-	-	Saale, Brandsh	84	-	84	-
Wegel, Zusterburg	79 ¹	-	-	-	Saale, Spandau ¹	75	+10	75	+10
Wegel, Thon	68 ¹	-	-	-	Stahmsen ¹	121	+4	121	+4
Oder, Krollen	122 ¹	-	-	-	Spree, Spremberg ¹	96	-	96	-
• Profien	135	+1	-	-	Brestow	94	-	94	-
• Frankfurt	188 ¹	-	-	-	Weser, Wänden	-70	+3	-70	+3
• Barthe, Schrimm	62 ¹	+4	-	-	• Wilsber	-8	-	-8	-
• Sandberg	54 ¹	+8	-	-	Rhein, Wagnersdamm	290	-	290	-
• Rebe, Bordenham	15 ¹	+11	-	-	• Knaß	-	-	-	-
• Elbe, Lüttrich	-58	+2	-	-	• Köln	60	0	60	0
• Dresden	-180 ¹	+10	-	-	• Reiar, Heilbronn	37	+6	37	+6
• Barch	60 ¹	-	-	-	• Rain, Wertheim	116	-	116	-
• Magdeburg	60 ¹	0	-	-	• Mosel, Trier	38	+3	38	+3

1) + bedeutet Sturz, - Fall. 2) Unterpegel. 3) Eisstand. 4) Grundbeil. 5) Schwaches Treiben. 6) Mäßiges Treiben. 7) Aufsteigendes Treiben.

Heute Mittwoch: Zahlabend in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend!

Am heutigen Zahlabend gelangen die Protestbogen, auf welchen Unterschriften gegen die drohende Erhöhung der Tabaksteuer gesammelt werden sollen, zur Ausgabe. Wir bitten die Genossen Groß-Berlins, denen es möglich ist, bei Arbeitskollegen, Freunden und Bekannten Unterschriften zu sammeln, für Einzeichnung in die Protestlisten eifrig tätig zu sein. Die Bogen sind dann an die Kreisleitungen zurückzuliefern.

Gemäß früheren Beschlüssen soll zugunsten der im Handels- und Transportgewerbe Beschäftigten ein Flugblatt über die Sonntagsarbeit verbreitet werden und zwar nur in den sechs Berliner Kreisen.

Das Flugblatt wird heute an die Kreise versandt und bitten wir, dafür Sorge zu tragen, daß die Verbreitung noch in dieser Woche stattfindet. Die Fragebogen des Magistrats, auf welche das Flugblatt Bezug nimmt, sind seit gestern ausgegeben.

Da nur offene Verkaufsstellen, Läden oder Keller in Frage kommen, so wird sich dies leicht ermöglichen lassen, umso mehr als eine Abholung oder Einlieferung von Unterschriften diesmal fortfällt.

Auf die gewohnte Arbeitsfreudigkeit der Genossen rechnen wir auch diesmal.

Mit Parteigrüß!

Der Aktionsausschuß.

Vierter Wahlkreis. Am Sonntag, den 14. März, findet in Kellers Festsaal, Kappensstr. 29, ein Kammermusikabend, verbunden mit Gesang und Rezitationen, statt. Das Arrangement verspricht einen gemächlichen Abend. Billets à 60 Pf., einschließlich Garderobe, sind zu haben bei den Bezirksführern sowie im Bureau des Wahlvereins, Stralauer Platz 1/2.

Billet zur Matinee am ersten Osterfeiertage kostet 30 Pf., nicht 60 Pf., wie irrtümlicherweise im Mitteilungsblatt steht. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Zum heutigen in sämtlichen Bezirken stattfindenden Zahlabend werden die Genossen ersucht, zwecks Neuordnung der Hauptnummer ihre Mitgliedsbücher mitzubringen. Der Vorstand.

Erster. Heute, Mittwoch, findet die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Stellungnahme zur Matinee. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Mit-Gliedern. Heute, Mittwoch, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Genossen Joch, Köpenicker Str. 43, ein Zahlabend statt. Der Vorstand.

Friedrichsdorf-Petershagen. Donnerstag abend 8 Uhr Zahlabend im Lokale von Max Gierke, Friedrichsdorf.

Hohen-Neudorf. Der Zahlabend findet im Lokal von P. Schmitz, Ruchwaldstr. 45, statt. Die Sammelisten sind mitzubringen und abzurechnen. Der Vorstand.

Bernau. Morgen, Donnerstag, Zahlabend in den bekannten Lokalen. Des weiteren weisen wir darauf hin, daß die Bibliothek jetzt Montags von 8 bis 9 Uhr abends für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder geöffnet ist.

Berliner Nachrichten.

Warnung!

Auf einer mit dem Stempel der Berliner Gewerkschaftskommission versehenen Liste suchte gestern ein Mann im Hause Viehbrichstr. 9 in Nixdorf für bedürftige Arbeitslose Geldbeiträge einzusammeln. Die Berliner Gewerkschaftskommission ersucht und mitzuteilen, daß es sich hier um einen Schwindler handelt. Da derselbe auch anderswo sein Treiben fortsetzen dürfte, so sei hiermit vor ihm gewarnt.

Schulkinder speisung und Privatwohltätigkeit.

Die Veranstaltungen zur Schulkinder speisung, die vom Magistrat für das bevorstehende Etatsjahr geplant werden, sind von der Stadtverordnetenversammlung am vorigen Donnerstag nicht sofort gutgeheißen worden. Die Vorlage des Magistrats wird geprüft werden in einem Ausschuss, dessen Einsetzung beschlossen wurde. Der Magistrat will einseitig es in der Hauptsache noch bei dem bisherigen Zustand belassen, daß der Verein für Kinderwohltätigkeit die Speisung bedürftiger Schulkinder ausführt und hierfür von der Stadt Bezahlung erhält. Der Verein besitzt seit langem die erforderlichen Einrichtungen und hat daher durchzuführen vermocht, daß der Magistrat sich ihm fügte. Ob es dem Magistrat so sehr schwer geworden ist, sich zu fügen, das wollen wir ununterjocht lassen. Daneben wünscht aber die Magistratsvorlage, daß in einer Gemeindefschule die Probe gemacht werde, ob eine Speisung im Schulhause selber möglich ist. Hoffentlich werden diese Versuche nicht so arrangiert, daß sie unfehlbar — mißlingen müssen. Im Verein für Kinderwohltätigkeit scheint man allerdings schon jetzt der Meinung zu sein, daß die Sache so enden werde. In der Generalversammlung des Vereins, die vor einigen Tagen stattfand, wurde auch der den Stadtverordneten vom Magistrat vorgelegte Plan erörtert, und es wurde — noch ehe die Stadtverordnetenversammlung ihn angenommen hat — in vollen Tönen der Sieg der Privatwohltätigkeit gefeiert. Der Vereinvorsitzende Herr Abraham bezeichnete es als bedenklich, die Speisung bedürftiger Kinder in enge Verbindung mit der Schule zu bringen. Es könne da leicht, meinte er, in weiten Kreisen der Bevölkerung die Meinung entstehen, daß die Schule geradezu die Verpflichtung habe, neben feinem Unterricht auch noch freie Speisung zu gewähren. Dadurch werde das Verantwortlichkeitsgefühl der Eltern herabgemindert, ja, es müsse das zu einer vollständigen Umwälzung der Anschauungen über die Pflichten der Eltern gegen ihre Kinder führen. Das sind dieselben Redensarten, wie wir sie vom Berliner Kreisrat so oft in Stadtverordnetenversammlungen gehört haben. Herr Abraham und seine Leute bliesen früher nicht so sehr in dieses Horn. Sie haben sich nunmehr als gelehrige Schüler der Wortführer des unentwegten Stadtfreiwills bewährt und sprechen gläubig nach, was von jener Seite über die angelegliche Gefahr, durch solche Veranstaltungen die „Wegehrlichkeit“ des Volkes zu verlieren, geschwätzt worden ist. Herr Abraham äußerte die Befürchtung, wenn die Stadt durch Vermittlung der Schule den Kindern die Nahrung liefere, so würden viele Eltern dadurch veranlaßt werden, auch noch die Kleidung der Kinder von der Stadt zu fordern. Das erinnert an jene berühmte Aeußerung des schiffreifeinnigen Stadtverordneten Jacobi, der einmal vor seinen

wohlhabenden Wählern dieses Zukunftsbild ausmalte und zornig klagte, dann bleibe der Arbeiterbevölkerung, die für alles das nicht einmal „danke“ sage, schließlich nur noch die Erzeugung der Kinder. Zu dem Plan, zunächst probeweise in einer Schule eine Speisung der Kinder vorzunehmen und den Versuch ein Jahr lang durchzuführen, machte Herr Abraham die Bemerkung, er hoffe befehlungsgeachtet, daß die Tätigkeit des Vereins nicht aufhören werde und daß noch auf lange Zeit hinaus die Ansicht sich behaupten werde, die Schulkinder speisung sei der Privatwohltätigkeit zu überlassen. Der Leiter des Vereins für Kinderwohltätigkeit glaubt offenbar, die freisinnigen Pappenheimer zu kennen und ihrer sicher zu sein.

Die Brommbrücke. An der Stelle der alten Eisenbahnbrücke, die im Zuge der Eisenbahntrasse über die Spreche hinüber führte und wenigstens für den Fußgängerverkehr eine Verbindung zwischen Köpenicker Straße und Mühlenstraße bildete, ist eine neue Brücke errichtet worden, die nun auch dem Wagenverkehr dienen wird. Die Brücke, die noch während der Bauausführung die neue Bezeichnung „Brommbrücke“ erhielt, geht jetzt ihrer Vollendung entgegen und wird hoffentlich noch in diesem Jahre dem Verkehr übergeben werden können. Die schmalen Zugänge, die von der Köpenicker Straße wie von der Mühlenstraße zur Brücke hinleiteten, mußten in eine breite, sich der Fahrbrücke anpassende Zufahrtstraße umgewandelt werden. Auf der Seite der Mühlenstraße stellten sich der Verbreiterung des Brückenüberganges keine erheblichen Schwierigkeiten entgegen; dort ist bereits vor einigen Jahren in der Baufluchtlinie der künftigen Zufahrtstraße, die übrigens im voraus den Namen „Brommstraße“ erhielt, ein neues Wohnhaus errichtet worden. Länger dauerten die Vorarbeiten zur Verbreiterung des Brückenüberganges an der Köpenicker Straße, weil hier mit dem Militärstützpunkt wegen Vergabe eines Teiles der alten Pionierkaserne verhandelt werden mußte. Der erforderliche Streifen des Kasernengrundstückes wurde schließlich (auf Grund eines von dem Gemeindebehörden im Jahre 1907 gefaßten Beschlusses) ausgetauscht gegen ein Stück des Plänterwaldes, das als Pionierübungsgelände gebraucht wurde. Der in die künftige Zufahrtstraße hineinragende Teil des Kasernengebäudes ist bereits vor längerer Zeit geräumt worden und soll nun endlich fallen. In der neuen Baufluchtlinie ist eine neue Siedelwand aufgeführt worden, die den zu befeitigenden Teil des Gebäudes abtrennt. Der Abbruch dieses Gebäudeteiles ist von der Stadtbauverwaltung öffentlich ausgeschrieben worden und wird demnächst erfolgen.

Fernsprechtelegramme in den Berliner Vororten. Die Uebermittlung von Telegrammen durch den Fernsprecher ist im Publikum immer noch so wenig bekannt, daß die Postverwaltung erst vor wenigen Tagen darauf hinweisen ließ. Es werden auf Antrag sowohl ankommende Telegramme an die Teilnehmer zugesprochen, als auch Telegramme durch den Fernsprecher aufgegeben kann. Besondere Einrichtungen bestehen für die Nachbar- und Vorort-Verlins. Hier ist das Verfahren nicht nur für den Verkehr der Fernsprechteilnehmer mit ihrer eigenen Vermittlungsstelle, sondern auch für den unmittelbaren Verkehr mit dem Haupttelegraphenamt in Berlin zulässig. Die Teilnehmer in den Nachbar- und Vororten können also ihre Telegramme zur Weiterbeförderung gleich unmittelbar beim Haupttelegraphenamt in Berlin am Fernsprecher aufgeben und sich die für sie eingehenden Telegramme von da aus zusprechen lassen. Die Anträge sind an das Haupttelegraphenamt in Berlin oder an die Vermittlungsanstalt des Orts zu richten. Die Beförderung der Telegramme wird dadurch wesentlich beschleunigt. Die Gebühren sind dieselben wie für Berlin selbst. Die zugesprochenen Telegramme werden den Empfängern außerdem in einem verschlossenen Umschlag durch die Post überandt, wobei die Aufpreisgebühr zur Einziehung gelangt. Für abgehende Telegramme beträgt die Aufnahmegebühr 1 Pfennig für das Wort, mindestens 20 Pfennig. Die Gebühren werden monatlich von den Teilnehmern eingezogen.

Die Erkrankungen im Rudolf-Virchow-Krankenhaus, über die wir berichtet haben, geben zu keinerlei Beunruhigung Anlaß. Alle Wärter und Pflegerinnen, die von dem Unwohlsein befallen wurden, sind dienstfähig geblieben. Die eingehenden bakteriologischen Untersuchungen haben ein negatives Ergebnis gehabt, so daß sich der Verdacht verliert, daß die Erkrankungen nicht vom Fleisch her rühren, sondern von den Mordeln, die dem Frischfleisch zugeführt waren. Die Mordeln selbst sind zwar durchaus vorchriftsmäßig behandelt worden, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß ihnen einzelne von ihnen schwer zu unterscheidende und bekannteren gesundheitsschädliche Mordeln versehenlich von den Sammlern beigegeben waren. Die Untersuchungen darüber sind noch nicht abgeschlossen. Bei dieser Gelegenheit wird mitgeteilt, daß vor einiger Zeit eine eingehende Besichtigung des Virchow-Krankenhauses, ohne daß eine vorüberige Anstalt erfolgt war, durch Vertreter des Ministeriums für Medizinalangelegenheiten vorgenommen wurde. Die Besichtigung hat am 10. Dezember stattgefunden. An ihr nahmen vom Ministerium teil der Geheim Obermedizinalrat Dr. Dietrich und der Geheim Oberregierungsrat Frhr. v. Redlig und Reukirch, ferner vom Polizeipräsidium der Geheim Medizinalrat Dr. Rehmer. Die Besichtigung dauerte 3 1/2 Stunden. Es wurden neben verschiedenen Krankeinstationen besonders die Küche mit Fleischkeller, das Metzgerasino, das Schwesterheim nebst den Räumen für den Schwesternunterricht und die staatliche Prüfung befragt. In dem darüber erstatteten Bericht wird bezeugt, daß sämtliche Kranken- und Wirtschaftsräume Ordnung und Sauberkeit zeigten. Die Revisoren ließen sich in der Küche das große Fleischhakenmesser auseinandernehmen und in allen Einzelheiten vorzeigen; sie fanden es sauber, obwohl es eben gebraucht war. Auch dem Fleischkeller sagen sie die peinlichste Sauberkeit und Trockenheit nach. Sie heben hervor, daß an der Spitze des Verpflegungsbetriebes jetzt ein Magazinsverwalter steht, der jahrelang bei Borchardt und Adlon angestellt gewesen ist; unter ihm stehe eine Oberköchin dem eigentlichen Küchenbetriebe vor, in dem drei weitere Köchinnen, 28 Hausmädchen und 7 Hausdiener beschäftigt seien. Die Fleischkammer werde durch einen Oberschlächter und eine Anzahl Gefellen besorgt. Die Inspektoren kosteten das Essen, sowohl der Kranken wie der Schwestern, und fanden es schmackhaft und auch in den Pabillons ausreichend warm.

Der Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Caspel und Genossen von der Fraktion der Linken haben der Stadtverordnetenversammlung folgenden dringlichen Antrag unterbreitet: Die Versammlung ersucht den Magistrat um Auskunft, ob die Nachricht von der Erkrankung mehrerer Wärter und Wärterinnen im Rudolf-Virchow-Krankenhaus infolge des Genusses von Speisen auf Wahrheit beruht, und welche Schritte der Magistrat, falls sich diese Nachricht bestätigen sollte, zu unternehmen beabsichtigt, um in Zukunft derartige Uebelstände zu beseitigen.

Ein Unfall, der noch der Aufklärung bedarf, ereignete sich am 20. Februar (Sonntag) etwa gegen 9 Uhr abends in der Badstraße. Der Schloffer H. hatte einen Schuhmann, dessen Verhalten

ihm nicht korrekt erschienen war, um Rennung seiner Nummer ersucht. Der Schuhmann beeilte sich, den Spieß umzudrehen und den neugierigen Frager zu fixieren. Auf dem Wege zur Polizeiwache geriet H. vor dem Hause Badstraße 62-63 an einen vorüberfahrenden Straßenbahnwagen und erlitt dabei einen doppelten Schenkelbruch. Zeugen des Unfalles werden gebeten, ihre Adresse abzugeben in der „Vorwärts“-Expedition, Stettiner Str. 10, parterre, bei Trapp. Es soll eine Entschädigungsklage angestrengt werden.

Die Straßenhändler setzen sich gegen die neue, von den Hausbesitzern in Szene gesetzte Beerdigung ihrer Existenz zur Wehre. Zu diesem Zwecke findet am Donnerstag, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus in der Schulstraße 29 eine Versprechung sämtlicher Straßenhändler statt mit der Tagesordnung: Der Vernichtungskampf der Hausbesitzer gegen die Straßenhändler und wie stellen wir uns dazu?

Eine Brandstiftung verurteilte in der vorletzten Nacht allgemeine Aufregung unter den Hausbewohnern des Hauses Teilsstr. 46. Dort bewohnt im zweiten Stockwerk eine Opernsängerin namens Wabe eine größere Wohnung. Straßenpostanten und Hausbesitzer bemerkten um 3 Uhr Feuerchein und Rauch aus der Wohnung dringen. Sofort wurde die Feuerwehr alarmiert. Diese war unter Brandinspektor Julius schnell zur Stelle. Da trotz des Feuerlärms die Wohnung nicht geöffnet wurde, drang die Wehr mit Gewalt in die brennende Wohnung ein. Den Feuerwehrlern bot sich nun ein Anblick, wie er zum Glück nicht häufig in Berlin vorlauft. In vier verschiedenen, getrennt von einander liegenden Räumen, sowohl nach der Straße, als auch nach dem Hofe hinaus waren Möbel, Betten, Kleider, Holz, Kohlen usw. zusammengetragen und dann angezündet. Anfänglich hinderte unburdbringlicher Rauch die Ueberblick. Als dann Luft gemacht worden war, konnte man die nette Feuerung übersehen. Durch kräftiges Wassergeben konnten dann die Flammen auf die Wohnung der Frau Opernsängerin Wabe beschränkt werden. Diese wurde nicht angetroffen, auch sonst niemand in der Wohnung gesehen, der Auskunft erteilen konnte. Die Benachrichtigte Polizei nahm sofort Recherchen vor, die aber bis gestern früh noch kein greifbares Ergebnis hatten. Die Wohnungseinrichtung ist mit mehreren Tausend Mark bei einer hiesigen Versicherungsgesellschaft versichert. Daß die Brandstiftung noch rechtzeitig entdeckt worden ist, ist den Hausbewohnern zuzuschreiben, die gleich Alarm schlugen, als Qualm im Hause bemerkt wurde.

Wegen eines Dachstuhlbrandes wurde die 4. Kompanie nach der Invalidenstr. 156 alarmiert. Hier gelang es dem schnellen Einschreiten und energischen Löschen der Wehr, den Brand in kurzer Zeit auf den Dachstuhl zu beschränken. Die Entstehung dieses Brandes konnte nicht aufgeklärt werden. Schaldecken und Balken u. a. brannten in der Jägerstr. 11 und Lumpen usw. in der Godeviedstr. 4. Mit Erfolg wurde ein Sauerstoffapparat bei einem Kranken in der Winterfeldstr. 13 benutzt. Außerdem mußten noch mehrere kleine Brände an verschiedenen Stellen gelöscht werden.

Im Bürgerlichen Schauspiellhaus gelangt am Freitag, 12. März, abends 8 1/2 Uhr, die Novität: „Schlagwetter“, Bergwerksdrama von Jul. Hirsch, zum erstenmal zur Aufführung.

„Auf den Trümmern Messias“ lautet der neue Vortrag, der am Montag zum ersten Male in der „Urania“ in der Lindenstraße gehalten wurde. Kurz nach Bekanntwerden des schrecklichen Unglücks hat sich der Direktor der Urania, Herr Dr. P. Schwahn, nach den Unglücksstätten begeben und es ist ihm dank beschleunigter Entgegenkommen gelungen, an Ort und Stelle zu kommen und tagelang Beobachtungen zu machen. An der Hand zahlreicher Lichtbilder schildert Dr. Schwahn seine Erlebnisse und Einbrüche aus der Ruinenstadt. Unsere Leser sind ja unterrichtet über das Wüten der Naturkräfte und deren Folgen in Südtalca. Das Herr Schwahn hier aber im Bilde festgehalten, übertrifft alle Vorstellungen, die wir uns bisher über die Wirkung dieses Lebens machen konnten. Herr Schwahn hat sich einer wenn auch traurigen und schweren, so doch nicht unbedeutenden Aufgabe unterzogen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung. Zu Beginn der letzten Sitzung gab es umfangreiche Debatten über die unzureichende Schneesabfuhr in den Straßen Schönebergs. Ein Dringlichkeitsantrag der liberalen Fraktion richtete die Aufforderung an den Magistrat, für die schleunige Fortschaffung der Schneemassen in Schöneberg Sorge zu tragen. Stadtv. Wendmann (lib. Vereinig.) führte aus, daß bisher so gut wie gar nichts geschehen sei. Man müsse sich fragen, wie derartige Verhältnisse acht Tage lang bestehen können. Stadtv. Samberg (lib. Frakt.) hält die geübte Sparsamkeit für nicht am Platze, da genügend Arbeitslose vorhanden sind. Stadtv. Kubig (Unabh. Vereinig.) sprang dem Magistrat bei und erklärte, daß die Arbeiter für 3 R. ja gar nicht arbeiten wollen.

Stadtv. Küter (Soz.) wies die Versammlung darauf hin, daß es besser gewesen wäre, die Herren hätten sich bereits vor acht Tagen der sozialdemokratischen Kritik angeschlossen. Damals habe niemand von bürgerlicher Seite eingegriffen, während man heute nicht laut genug lärren kann. Die Zustände auf den Straßen seien unhaltbar. Man könne es den Rubeleuten schließlich nicht verdenken, wenn sie die Stadt für Unfälle verantwortlich machen. Vom Magistrat ist die Devisse ausgegeben, möglichst wenig Leute einzustellen. Man hätte gehofft, daß ein Regen den Schnee wieder beseitigen wird. Arbeitslose hätten sich auf jeden Fall genügend gefunden, selbst für den Zimmerlohn von 30 Pf. pro Stunde.

Stadtv. Bergmann sucht den Zustand mit den eingetretenen Naturereignissen zu entschuldigen. Vom Magistrat sei angeordnet worden, 250 Mann einzustellen, und das sei dem Verhältnis unserer Nachbarkorte entsprechend gewesen. Um die Straßen für den Verkehr freizumachen, sei so wenig wie möglich Geld aufzuwenden. Redner kommt dann mit allerhand Ausflüchten, die von der Versammlung mit schallender Heiterkeit aufgenommen wurden. Seiner Meinung nach habe es auch an dem nötigen Handwerkszeug gefehlt.

Den Vordredner noch zu übertreffen suchte ein weiterer Vertreter des Magistrats, der Stadtv. Walger. Er meinte, das Grob der Arbeitslosen freut sich, für 3 R. den Tag arbeiten zu können. Aber es gibt viel Arbeitslose, die für 3 R. nicht arbeiten wollen, sondern lieber die Unterstützungen der Gewerkschaften nehmen. Um nun aber der Sache noch die Krone aufzusetzen, berichtete der Herr mit großem Ernst, daß die Arbeitslosen, die in einem Fall nach dem Krankenhaus zum Schneeschippen beordert wurden, sogar verlangten, daß ihnen vor Beginn mit der Arbeit erst die Schippenstiele aufgewärmt werden müßten.

Unsere Genossen Täumig, Obst und Kollendubur gingen mit den beiden Magistratsvertretern scharf ins Gericht. Sie wiesen nach, daß von einer Einstellung in dem geschätzten Umfang gar nicht die Rede sein kann. Viele Arbeitslose haben sich geradezu beschwert, daß sie nicht einmal beim Schneeschippen Verwendung gefunden haben. Man solle auch den Arbeitern nach-

tahlen, wie schwer es ihnen wird, für 3 W. den ganzen Tag im Schnee zu arbeiten. Die Stadt könne ohne weiteres dafür einen höheren Lohn zahlen. Die Privatunternehmer bekommen auch keine Arbeitskräfte für 30 Pf. die Stunde. Der Magistrat scheint eben in solchen Fällen nicht Herr der Situation werden zu können.

Nachdem auch noch einige bürgerliche Redner den Ausführungen der beiden Magistratsvertreter entgegengetreten waren, wird der gestellte Dringlichkeitsantrag angenommen. Zugelassen wurde auch ein weiterer Antrag, wonach der Polizeipräsident ersucht werden sollte, bei großen Schneefällen genehmigen zu wollen, den Schnee in geeigneter Weise auf den Bürgersteig aufzuschichten, damit der Fahrdamm für den Verkehr frei wird. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, für die Ausbesserarbeiten bei der Schneebeseitigung 4 M. pro Tag zu zahlen, wird bis zur Beratung des Budgets zurückgestellt.

Die Versammlung ging dann zur Etatsberatung über. Ohne wesentliche Debatte genehmigt wird der Etat der Mittelschule (Einnahmen 24566 M., Ausgaben 85871 M.).

Beim Etat der Gemeindefschulen hatte die Liberale Fraktion beantragt:

„Der Magistrat wird um eine Vorlage ersucht zwecks Lieferung unentgeltlicher Lernmittel für Schüler und Schülerinnen der Oberstufe auf deren Antrag beim Rektor.“

Die sozialdemokratische Fraktion dagegen beantragt: „Der Magistrat wird um eine Vorlage ersucht zwecks Lieferung unentgeltlicher Lehr- und Lernmittel für alle Schüler und Schülerinnen der Gemeindefschulen.“

Stadtv. Magnan (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Er weist darauf hin, daß der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion alljährlich zu den Etatsberatungen gestellt worden ist und er wäre im vergangenen Jahre beinahe zur Bewilligung gelangt. Den jetzigen liberalen Antrag hält die sozialdemokratische Fraktion nicht für genügend. Die Gewährung der freien Lehr- und Lernmittel ist die logische Folge des Schulmangels, genau so wie die Schulgeldbefreiung. Die letztere eingetretene ist, so wird früher oder später auch die Gewährung unentgeltlicher Lehr- und Lernmittel überall durchgeführt werden. Die Behauptungen, daß bei unentgeltlicher Lieferung die Bücher nicht mit der nötigen Sorgfalt behandelt werden, sind längst widerlegt. Denn überall, wo die Unentgeltlichkeit eingeführt ist, und die Zahl dieser Gemeinden erhöht sich alljährlich, erklären die Pädagogen, daß diese Einführung einen unerschöpfbar guten Einfluß auf den Ordnungssinn der Kinder ausübt. Redner bittet, dem sozialdemokratischen Antrag zuzustimmen, da der liberale Antrag den Stempel einer Armenunterstützung trägt.

Stadtv. Jöbel (lib. Frakt.) begründet den Antrag seiner Fraktion, mit dem wenigstens erst etwas erreicht werde. Er gibt namens seiner Fraktion die Erklärung ab, daß sie gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmen werden, weil sie hoffen, daß dadurch ihr Antrag die Mehrheit der Versammlung finden wird.

Stadtv. Lütke (lib. Vereinig.) ist gegen beide Anträge. Der in der Lage ist, die Bücher zu bezahlen, der muß das tun.

Nachdem die Stadtv. Küster und Kollendörfer (Soz.) nochmals für den Antrag eingetreten, wird der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und zweier Liberalen abgelehnt. Weiter wird dann auch der liberale Antrag mit 29 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Der Magistrat wird sodann ersucht, jährlich viermal eine Uebersicht über die Frequenz der Schulen zu geben.

Weiter wird beschlossen, an zuständiger Stelle dahin zu wirken, daß die Lernmittel in den Gemeindefschulen Groß-Berlins einheitlich gestaltet werden.

Der Etat der Gemeindefschulen schließt somit ab: Einnahmen 25670 M., Ausgaben 1400830 M.

Bei den Bauestats wird ein Antrag angenommen, wonach der Magistrat verpflichtet wird, alljährlich im Juni Vorlagen über etwaige Notstandsarbeiten im Winter der Versammlung zu unterbreiten.

Beim Krankenhausetat bringt Stadtv. Küster (Soz.) eine Reihe von Beschwerden vor, die von Patienten erhoben worden sind. Namentlich ist vielfach eine gewisse Bevorgung in der Behandlung und Beschäftigung einzelner Kranken geübt worden. Die einzelnen Beschwerdeführer hat man dann kurzerhand entlassen. Auch das Koalitionsrecht der Angestellten wird im Krankenhaus nicht gewahrt. Der Dienstvertrag der Angestellten entspricht keineswegs menschenwürdigen Grundsätzen.

Der Magistratsvertreter sucht sich damit zu entschuldigen, daß die Beschwerden nicht an die Verwaltung gelangt seien.

Der Magistrat beantragt sodann, die Verpflegungssätze um 50 Pf. zu erhöhen, für Einheimische also 3 M., für Auswärtige 3,50 M. pro Tag.

Stadtv. Magnan (Soz.) wendet sich gegen diese Erhöhung, wenn auch zugegeben werden muß, daß die Kosten nicht gedeckt werden. Im Interesse der Hygiene ist die Erhöhung jedoch unangebracht, noch dazu in der jetzigen Zeit. Die Krankenkassen werden dadurch höher belastet und das kann dazu führen, daß dieselben die volle Zahlung der Kur- und Verpflegungskosten werden ablehnen müssen. Schließlich würde doch nur die Armenverwaltung die höhere Belastung zu tragen haben.

Auch Stadtv. Küster (Soz.) ersucht, die geplante Erhöhung nicht zu genehmigen. Die Schneeburger Ordnenkassen würde dadurch allein 25000 M. mehr ausgeben haben.

Stadtrat Dr. Wagner erklärt, daß der Magistrat mit schwerem Herzen an die Erhöhung herangegangen sei. Augenblicklich habe die Stadt für jeden einzelnen Kranken 5,28 M. zuzahlen.

Die Abstimmung ergibt die Zustimmung zu der vorgeschlagenen Erhöhung. Dagegen stimmen nur die Sozialdemokraten und ein Liberaler.

Der Krankenhausetat schließt ab: Einnahmen 318103 M., Ausgaben 823133 M.

Rixdorf.

Der Magistrat scheint sich bei der Konzeptionssteuer noch einmal überlegt zu haben, ob er die kleinen Geschäftsteile durch diese ungerechte Steuer bis zum Ankerstein reißen soll. In der am Montag stattgehabten Sitzung des Stadtausschusses wurde bereits erklärt, der Magistrat habe beschlossen, diese Steuerordnung dahin abzuändern, daß von den Geschäftsinhabern die keine Gast- oder Schankwirtschaft, aber doch konzeptionspflichtige Geschäfte betreiben, nur ein Viertel der vorgesehenen Steuererlöse erhoben werden solle. Offenbar ist dem Magistrat nach einiger Ueberlegung die in Aussicht gestellte Besteuerung der kleinen Geschäftsteile selbst zu ungeheuerlich erschienen. Auch bei der jetzt geplanten Höhe wird also ein kleines Geschäft, in dem nebenbei der Kleinhandel mit Spirituosen betrieben wird, und das mehr als 1500 M. jährlich abwirft, bei der Neueinrichtung neben allen anderen Abgaben mit 125 M. Konzeptionssteuer belastet werden. Angehends der Tatsache, daß der Magistrat durch die Ablehnung der Wertzuwachssteuer die zahlungsfähigen Spekulanzen glücklich verschont hat, bleibt diese Steuer immer noch eine Ungeheuerlichkeit.

Tempelhof.

„Die herrschende Arbeitslosigkeit und was bedenken Staat und Kommune dagegen zu tun?“ lautet das Thema einer gutbesuchten Volksversammlung, in welcher Stadtverordneter Genosse Grogger Rixdorf referierte. Treffend zeigte der Redner den Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die trotz fortschreitender Entwicklung auf allen Gebieten der Technik und Wissenschaft die Lage der arbeitenden Klassen immer trostloser und unsicherer gestaltet. Ohne Rücksicht auf die wirklichen Bedürfnisse des Volkes, nur von der Sucht nach Profit getrieben, wird planlos draußes produziert. Die notwendige Folge sind Krise und Arbeitslosigkeit. Können man nun innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Arbeitslosigkeit und deren Folgen auch nicht vollständig beseitigen, so müßten doch die Vertreter der Arbeiterschaft in den

Parlamenten im Staat und Kommune immer wieder versuchen, wenigstens die schlimmsten Folgen zu mildern. Um zu verhindern, daß die Arbeitslosen der Krampflege anheimfallen und dadurch ihrer bürgerlichen Rechte verlustig gehen, müßten schleunigst Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden, die sich bei einigermaßen gutem Willen wohl auch überall finden. Ferner ist eine Unterbringung der Arbeitslosen durch Staat oder Gemeinde anzustreben, wozu sich im Genter System vorläufig der gangbarste Weg zeigt. Jedoch bedarf es zur Durchführung dieser Forderungen eines größeren Einflusses der arbeitenden Klasse als sie ihn jetzt ausübt. Das könne nur durch weiteren Ausbau der Organisationen geschehen. Mit der Aufforderung, fleißiger denn je für die Ausbreitung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu agitieren, schloß der Referent unter lebhaftem Beifall seinen lehrreichen Vortrag.

In der Diskussion bedauert Genosse M. Schmidt, daß von den schriftlich eingeladenen Gemeindevertretern nur einer erschienen sei und auch dieser Herr leider schon die Versammlung verlassen habe. Gern hätte man mal seine Meinung gehört und ihm ein paar Forderungen, die wir stellen, mit auf dem Weg gegeben. Fast allgemein würde eine Regulierung der Germaniastraße verlangt, sei doch dieselbe bei ungenügender Bitterung fast unpassierbar. Da auch der Gemeindefriedhof an der Straße liege, hätte die Gemeinde um so mehr Veranlassung, dieser Forderung baldigst nachzukommen. Schon vor Jahren sei ferner der Ausbau des Feuerweh-Depots angeregt, das bei dem Aufschwung unseres Ortes seinen Anforderungen schon lange nicht mehr genügt. Auch das Gemeindeparkhaus befindet sich in einer Verfassung, die den Ansprüchen, die man an eine Gemeinde wie Tempelhof stellen kann, absolut nicht gerecht wird. Für die Armen ist auch hier nichts übrig. Nachdem der Redner noch mehrere ähnliche Beispiele angeführt hatte, forderte er die Anwesenden auf, recht bald dafür zu sorgen, daß auch die arbeitende Bevölkerung Tempelhofs eine Vertretung in der Gemeinde erhält.

Hierauf gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die heute Mittwoch, den 3. März, im „Wilhelmshof“ zu Tempelhof tagende Volksversammlung nimmt Kenntnis von der herrschenden großen Arbeitslosigkeit und fordert den Gemeindevorstand und die Gemeindevertretung auf, zu beraten, welche dringenden Arbeiten sofort vorzunehmen sind, um die herrschende Arbeitslosigkeit und die dadurch entstehende Not zu lindern. Die heutige Versammlung fordert:

1. Beschleunigte Inangriffnahme aller Gemeinbearbeiten sowie außerordentlicher Notstandsarbeiten.
2. Rechtzeitige Vorfrage zu treffen zum Schutz und Unterkunft Obdachloser.
3. Speisung bedürftiger Schulkinder.
4. Als Äquivalent für die Entlastung des Armenetats durch die Gewerkschaften, Zuschüsse zu ihren Arbeitslosenunterstützungseinrichtungen zu gewähren.
5. Zur dauernden Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Wirkung

a) in den Etat künftig eine angemessene Summe für Notstandsarbeiten einzulegen und Bildung eines Fonds für Notstands- und Winterarbeiten.

b) Schaffung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung.

Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden Genossen Raabe, in dem er die Versammelten aufforderte, unablässig für die Organisation zu wirken, schloß die Versammlung mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie.

Wannsee.

Der Etat für 1909 sieht in Einnahme und Ausgabe die Summe von 332500 M. vor. Die Gemeindesteuer ist von 90 auf 88 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer festgesetzt. Die Ausgaben an den Kreis betragen 116000 M.; an Jütten sind 58000 M. zu zahlen. Für den Ausbau der Frieden- und Schäferstraße sind 60000 M. festgesetzt. Da mit vier Eigentümern bisher eine Einigung wegen Abtretens des erforderlichen Geländes nicht erzielt worden ist, beschloß die Gemeindevertretung — vorausgesetzt, daß die weiteren Verhandlungen zwischen den betreffenden Eigentümern und der Begegnungskommission resultatlos bleiben — das Enteignungsverfahren einzuleiten. Für die Pflasterung der Charlottenstraße wurden 1200 M. eingelegt.

Der Antrag des Pfarrers, eine Kleinkinderschule zu errichten, wurde angenommen.

Mariefelde.

Das Stiftungsfest des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 18. März, im Lokal des Genossen Adolf Berger, Berliner Straße 114 statt. Da weder Nähe noch Kosten gespart worden sind, um den Genossen mit ihren Familien, Freunden und Bekannten einige angenehme Stunden zu bereiten, wird reger Besuch erwartet.

Steglich.

Ein würdiges Seitenstück zu unserer Badeanstalt scheint der Regenwasserkanal zu werden, den die Gemeinde mit einem Kostenaufwand von circa 1 1/2 Millionen Mark bauen läßt. Infolge einer Interpellation eines Gemeindevorstehers in der Gemeindeversammlung erfuhr die Öffentlichkeit, daß eine größere Strecke dieses Kanals in der Nähe der Pankeschen Badeanstalt gebrochen ist. Fehlerhafte Projektierung und Ausführung soll die Ursache sein. Ein Sachverständigengutachten erklärt den völligen Abbruch und Neubau der schadhaften Strecke für geboten. Die Bauverwaltung, zu der man allerdings nach den bisherigen Leistungen wenig Zuversichten haben kann, glaubt mit einem Kostenaufwand von circa 2000 M. die Risse verkleistern zu können. — Wie vorausgesehen war, haben die hohen Preise in unserem „Stadtbad“ bewirkt, daß die Benutzung eine sehr spärliche war. Festhalt sah sich der Gemeindevorstand gezwungen, eine Herabsetzung der Preise zu beantragen, die auch angenommen wurde. Es kostet nunmehr ein Schwimmbad 40 Pf., 10 Karten 8 M., ein Wannenbad 60 Pf., 10 Karten 4 M. Dafür sind aber die ermäßigten Preise Mittwochs und Sonnabends, die nur 30 resp. 40 Pf. betragen, in Wegfall gekommen. Das nennt man in Steglich „Herabsetzung der Preise“! — Den Betrieb der der Gemeinde gehörigen Grunewaldsbahn hatte bisher die Firma Siemens u. Halske. Mit dem 1. April d. J. tritt der Kreis Teltow an deren Stelle. Die Gemeinde zahlt für die ersten 120000 Wagenkilometer 27 1/2 Pf. per Kilometer, darüber hinaus 25 1/2 Pf. Der Vertrag läuft bis 1. April 1912. Die Beschlüsse wurde weiter die Pflasterung der Schäferstraße zwischen Wirtshausstraße und Richterfelder Grenze, so daß auch dieser Schandfleck endlich verschwindet, und die Durchlegung und Pflasterung der Mittelstraße.

Die Wahlvereinsversammlung am 3. d. Mts. hörte mit großem Interesse einen Vortrag des Genossen Sturm über „Darwin und Darwinismus“. Nach Besichtigung von sieben Aufnahmegebühren teilte der Vorsitzende, Genosse Ahmann, das Resultat der Arbeitslorenzählung mit, wie es schon im „Vorwärts“ veröffentlicht ist. Bei der kürzlich aufgenommenen Statistik wurden 452 Wahlvereinsmitglieder befragt, von denen 337 gewerkschaftlich organisiert und 166 aus der Landstrecke ausgeschieden sind. Der siebente Bezirk steht bei dieser Aufstellung noch. Unter den 115 Kluborganisierten befinden sich eine größere Zahl Selbständige. In den 115 Klubs 9 1/2 aussich wurden gewählt: Genossin Schulz und die Genossen Fenske, Lindner, Schmidt, Spitzhagen, Winkelmann und Diebold. Zur Generalversammlung von Groß-Berlin wurden delegiert die Genossen Borchardt, Höhn und Franz Krug. Der Antrag des Vorstandes, unsere Versammlungen in Zukunft am letzten Dienstag jeden Monats abzuhalten, wurde einstimmig angenommen. Die nächste Versammlung findet bereits am Dienstag, den 8. März, statt. Nach Mitteilung des Vorsitzenden findet am Dienstag, den 15. März, eine öffentliche Frauenversammlung, zu der auch die Genossen eingeladen sind, im „Viereckswalden“ statt. Frau Weil hat das Referat übernommen. Zur Agitation zu dieser Versammlung wird am Sonntag, den 14. März, ein Flugblatt verbreitet. Bis auf

den 4. Bezirk sind nunmehr die Reuwahlen der Bezirksführer erfolgt, die Bewählten wurden vom Vorstand bestätigt. Gelegentlich geplante Tabaksteuer wurde eine Protestresolution einstimmig angenommen.

Großer Umzug. Am 28. März wird die Post ihren gesamten Dienstbetrieb nach dem neuen Postgebäude, Poststraße 1, verlegen. An diesem Tage wird das bisherige Hauptpostamt: Albrechtstraße 14a, das schon längst den Bedürfnissen nicht mehr genügt, geschlossen. Auch das im Hause Schloßstraße 25 befindliche Zweigpostamt nimmt ihren Dienstbetrieb vor. Vom 10. März ab wird es sich Feldstraße 24/25 (Ecke Schloßstraße) befinden. Es ist nur von 8 bis 11 Uhr tagtäglich von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends geöffnet. Palettenannahme nur im Hauptpostamt.

Zernsdorf.

Ueber die gegenwärtige politische Lage referierte am Sonntag in einer Volksversammlung im Anzrichen Lokale Genosse Fritz Jubeil. Die Versammelten nahmen die eingehenden und trefflichen Ausführungen des Redners mit großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall entgegen. Zum Schluß richtete der Vorsitzende an die Anwesenden die Mahnung, für die Organisation und die Arbeiterpresse zu agitieren. Der Gesangsverein „Freie Sänger“ hatte die Versammlung durch Gesang eingeleitet und auch beendet.

Weißensee.

Auf der Straße erschossen hat sich der Kohlleger Wilhelm George, Wilhelmstraße 27. Als Grund der Tat werden geschäftliche Verluste angegeben.

Tegel.

Auf schreckliche Weise ist der 35 Jahre alte Schirmeister Schwinne, der in den Postämtern beschäftigt war, um seine rechte Hand gekommen. Er wollte auf dem Dampfhammer eine Eisenplatte zurecht machen. Der zehn Zentner schwere Hammer sauste aber hernieder, ehe er die rechte Hand von der Platte wegziehen konnte. Infolgedessen wurde sie vollständig zermalmt. Nach Anlegung eines Notverbandes fand der Verunglückte im Paul-Verhardt-Spital Aufnahme.

Schönwalde (Bezirk Pankow).

Die Ershawahl zur Gemeindevertretung findet morgen, Donnerstag, den 11. März, nachmittags von 2—4 Uhr, im Lokal von Stech statt. Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind die Genossen

Gerhard Ernst, Löpfer und Wilhelm Roth, Maurer.

Parteilosen! Trotz der unglückigen Wahlzeit ist es Pflicht eines jeden Genossen zur Wahl zu erscheinen und seine Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie zu geben.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Wilhelmsruh-Niederschönhausen-West.

Die Konsumvereinsbewegung, ihre Zwecke und Ziele behandelte in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Langhammer. Nach dem mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrage traten sämtliche Diskussionsredner dafür ein, daß auch am hiesigen Orte durch rührige Agitation die Eröffnung einer Verkaufsstelle erfolgen müsse. Eine diesbezügliche Resolution fand einstimmige Annahme. Der Bericht des Gemeindevorstehers Genossen Hahnel löste eine lebhafteste Diskussion aus. Nachdem noch unter Vereinsangelegenheiten interne Angelegenheiten des Wahlvereins erledigt worden, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Nowatze.

Bei der Gemeindevorstandswahl erhielten die Kandidaten der Sozialdemokratie 1171 Stimmen, während auf die bürgerlichen Kandidaten ganze 76 Stimmen entfielen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Montagnachmittag in der Lokomotivfabrik von Oranien u. Köpenick. Der Arbeiter Hasserberg, Lindenstr. 41 wohnhaft, war in der Refektorie mit einer Reparatur der elektrischen Leitung beschäftigt, als er plötzlich von einem herankommenden Kran erfaßt und an die Wand gedrückt wurde. Er erlitt hierbei schwere innere Verletzungen, daß seine Ueberführung ins Oberlin-Krankenhaus notwendig wurde. Sein Zustand ist bedenklich. Da sich ein ähnlicher Unglücksfall bereits früher ereignet hat, dürfte es an der Zeit sein, daß die Verlebensleitung diese Arbeiten unter Anwendung größerer Vorsichtsmaßregeln ausführen läßt.

Spandau.

Die letzte Kreisversammlung hat einen Antrag von Spandau angenommen, der sich auf gemeinsame Veranstaltungen mit bestimmten Aktionen mit Groß-Berlin bezog. Um Missverständnisse dieses Beschlusses vorzubeugen, geben wir auf Wunsch des Wortlaut des Antrages wieder; er lautet:

Bei allen Aktionen, welche über Groß-Berlin stattfinden, das sind Demonstrationen, Protest- und Massenversammlungen, ist das dazu erforderliche Material direkt vom Brandenburgischen Provinzialsekretariat an den Vorsitzenden des Spandauer Wahlvereins zu übermitteln, damit diese Veranstaltungen an demselben Tage stattfinden können wie die in Groß-Berlin. Da Spandau mit „Groß-Berlin“ wirtschaftlich eng verbunden ist, desgleichen fordern die Genossen von Spandau, daß bei solchen Anlässen die Verammlungsanzeigen unter denen von Groß-Berlin im „Vorwärts“ mit veröffentlicht werden.

Der Konsumverein Merkur hielt vergangene Woche seine Generalversammlung ab. Der Bericht des Vorstandes über die Geschäftstätigkeit vom ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres, den der Geschäftsführer Genosse Hornig erstattete, ergab, daß sich der Umsatz von 10724 M. im Vorjahre auf 11344 M. erhöht, wodurch sich die Verluste von 10,7 Proz. im Vorjahre auf 9,9 Proz. erniedrigten. Die Spareinlagen erhöht sich um 300 M., ein Darlehen von 1255 M. wurde gekündigt und zurückgezahlt. Es wurde vom Geschäftsführer festgestellt, daß der Verein zwar langsam, aber sicher vorwärts komme. Interesse erregte die Mitteilung, daß es der Großindustriellgesellschaft gelungen ist, die Erlöse des zum Bau einer Seitenfabrik zu erhalten. Diefelbe soll noch in diesem Jahre in Gröba (Sachsen) errichtet werden. Es wird zu diesem Zweck eine Anleihe von 1 Million Mark ausgeschrieben. Jeder Genossenschaftler kann Anteilsscheine von 500, 1000 und 5000 M. erwerben. Es wurde beschlossen, das Eintrittsgeld von 1 M. auf 50 Pf. herabzusetzen.

Potsdam.

In der letzten Wahlvereinsversammlung gab der Vorsitzende, Genosse Jermann, einen eingehenden Bericht über die letzte Kreisgeneralversammlung in Stollen. Genosse Staab behauptet, daß so wenig Gewerkschaftsmittel politisch organisiert sind. Gerade Potsdam ist infolge der Arbeit der Arbeiterschaft noch weit zurück. — Am 2. Osterfesttag veranstaltet der Wahlverein ein Vergnügen. — Zur Frage der Kaiserfeier soll erst in der nächsten Versammlung Stellung genommen werden, da seitens der Zentralstelle eine Resolution zu erwarten ist und die örtlichen Vertretungen dazu in gemeinsamer Sitzung erst Stellung nehmen wollen. — Der Vorsitzende macht zum Schluß auf den seitens des Bildungsausschusses am 14. März zu veranstaltenden Märzabend aufmerksam. Er ermahnt, eifrig für den Besuch dieses Abends zu agitieren. Eintrittskarten sind bei allen Gewerkschaftsvorständen zu haben.

Bernau.

Die Beschäftigung der Arbeitslosen fordert eine Magistratsvorfrage, die in der letzten Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung kam. Wie wir bereits berichteten, hatten sich eine große Zahl Arbeitsloser nach dem Rathaus gegeben und Arbeit gefordert. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen beträgt 175. Die Versammlung wählte eine Notstandskommission, bestehend aus drei Magistratsmitgliedern

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 6. März 1909.

Die Lage am Geldmarkt. — Ein Urteil über den Eisenmarkt. — Die Lage in der Kohlenindustrie. — Auf Kosten der Arbeiter.

Alle Hoffnungen auf baldige Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse beruht auf dem billigen Kredit. Dieser soll die Unternehmungslust anfeuern. Tatsächlich liegen die Verhältnisse am Geldmarkt aber noch gar nicht so günstig, als es nach dem Reichsbankdiskont erscheinen mag.

Hochgepannte Erwartungen, die auf noch weitergehende Geldverbilligung sich gründen, werden sich wohl nicht verwirklichen. Somit erscheint die Lage wenig tröstlich. Bemerkenswert sind zwei Stimmen aus der Eisen- und Kohlenindustrie über die Aussichten für das laufende Jahr.

Weniger optimistisch als Herr Hilger beurteilte Vergart Williger von der Saitenwägen Aktien-Gesellschaft die Wirtschaftslage. Seine Hauptgedanken waren diese: Aus ganz allgemeinen Gründen müsse man annehmen, daß eigentlich die Situation im Jahre 1909 nicht schlechter werden könne, als sie sich in der letzten Zeit dargestellt habe.

Die Hoffnung auf ein gutes Waagegeschäft dürfte nicht übertrieben werden. Ausschlaggebender für eine günstige Beurteilung der Situation als die vorigen sei aber der Gesichtspunkt, daß nach seiner Ansicht die innere Kraft des ober-schlesischen Bergbaues und die Zwangslage, in der er sich befände, allein dafür sorgen würde, den Absatz zu heben.

Jahren von 8 auf 36 Proz. der Beteiligung am Konsum gestiegen, während in gleicher Zeit Oberschlesien von 71 Proz. auf 44 Proz. heruntergegangen wäre.

Herr Williger sieht wenige Lichtpunkte. Er rechnet auf die natürliche Steigerung der Bedürfnisse infolge der Volksvermehrung; weiter will er für Oberschlesien die Verhältnisse günstiger gestalten durch Verdrängung ausländischer Kohlen.

Der Streit um die „Radbod“-Spende.

Was die bürgerliche Presse über die Klage der Witwen von Radbod mitgeteilt hat, ist größtenteils falsch. Es ist nicht richtig, daß die Klage sich gegen irgendeine Bank oder gegen den Kronprinzen richtet.

Ein frommes Zentrumblatt schrieb von rabulanten sozialistischen Witwen; die „Köln. Zig.“ meinte, daß durch das Vorgehen der Frauen jedes Sympathiegefühl für sie erstickt werden müsse.

Die Klage verlangt Auszahlung des Kapitals, wenigstens zu Lebzeiten der Hinterbliebenen. Das Komitee hat verfügt, daß nur die Zinsen zu verteilen seien. Die Klage geht von folgendem Standpunkt aus: Zwischen den Spendern und Hinterbliebenen ist gewissermaßen ein Vertragsverhältnis entstanden.

Wer weiß, wer dann später über das Geld verfügt, und wie darüber verfügt wird. Der Fonds wird schließlich zur Enge. Im Ruhrrevier wird schon von anderen Fonds erzählt, daß niemals Abrechnung erfolgt, von denen niemand sagen könne, wo sie sich befinden.

Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie.

Im November 1906 hat der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes eine statistische Erhebung über die Arbeitsverhältnisse in der Holzindustrie veranstaltet.

Die Bearbeitung gestaltete sich schwierig durch die große Anzahl der vertretenen Berufe. Dem Holzarbeiterverbande gehören an: Tischler, Drechsler, Bärben- und Pinselmacher, Korbmacher, Korfschneider, Stellmacher, Segelruder, Pantinenmacher, Ristenmacher, Spielwarenarbeiter und eine als „Diverse“ bezeichnete Gruppe sonstiger Holzarbeiter.

Danach dürfte die Zahl der gesamten Holzarbeiter etwa 680 000 betragen; die Zahl der Ermittelten ist demnach groß genug, um aus den von diesen gemachten Angaben wertvolle Schlüsse auf die Verhältnisse in der Gesamtindustrie zu ziehen.

Die Untersuchungen über die Größe der Betriebe ergeben, daß fast die Hälfte aller Betriebe solche mit nur 1 bis 5 Beschäftigten sind. Das wirtschaftliche Schwergewicht ruht aber trotzdem in den größeren Betrieben, denn die größere Zahl der Arbeiter ist in Betrieben mit über 30 Beschäftigten tätig.

Die beiden Hauptfragen der Statistik suchten die Arbeitszeit und den Lohn zu ermitteln. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit beträgt für alle Beteiligten zusammengenommen 57,0 Stunden.

Table with 4 columns: Year (1893, 1907, 1902, 1906) and Average hours per week (61.5, 59.3, 58.3, 57.0).

Im Jahre 1893 hat der Deutsche Holzarbeiterverband den Schwauplach der wirtschaftlichen Kämpfe betreten. Wie die gleichen Zahlen zeigen, hat seitdem unaufhörlich eine Verminderung der Arbeitszeit stattgefunden; in den 13 Jahren bis zur letzten Statistik beläuft sich die Verkürzung auf 4 1/2 Stunden in der Woche.

In der Gesamtindustrie sind allerdings einige Berufszweige, in denen die Arbeitszeit erheblich über den allgemeinen Durchschnitt hinausgeht. So beträgt der Durchschnitt bei den Sägewerksarbeitern 63,8, in der Spielwarenbranche 62,0.

Unter den 694 Orten, die an der Statistik beteiligt sind, gibt es immer noch 73, in denen der Arbeitsdurchschnitt 63 Stunden pro Woche übersteigt; darunter sind noch 11 Orte, in denen der Durchschnitt sogar über 60 Stunden hinausgeht.

Table with 4 columns: Year (1906, 1902, 1907, 1903) and Average hours per week (51, 52.5, 55.7, 59.0).

Nach der letzten Statistik arbeiten 58,3 Proz. aller Beteiligten nur noch bis 57 Stunden die Woche, während es im Jahre 1893 erst 14,3 Proz. waren.

Über ihren Lohn haben 167 277 erwachsene Arbeiter Angaben gemacht. Außerdem 7379 Arbeiterinnen und 2256 Jugendliche. Von den Arbeitern sind 76 121 = 45,5 Proz. im Afford und 91 156 = 54,5 Proz. im Lohn beschäftigt.

Der Durchschnittsverdienst für alle Beteiligten zusammengenommen beträgt 25,18 M. in der Woche und hat seit 1893 folgende Entwicklung genommen:

Table with 4 columns: Year (1893, 1907, 1902, 1906) and Average wage (18.60 M., 19.96 M., 21.79 M., 25.18 M.).

Das ist seit 1902 eine Steigerung um 3,39 M., während diese in den früheren Epochen nur 1,83 M. resp. 1,27 erreichte. Es war einerseits die unerhörte Preissteigerung in Lebensmitteln und Wohnungsverhältnissen in den letzten Jahren, andererseits eine gute Geschäftslage, was uns unausgeseht Anlaß zu Lohnsteigerungen bot und Erfolge sicherte.

Fast durchweg in allen Berufen ist der Affordverdienst höher als der im Lohn. Für die Gesamtheit ist das Verhältnis: Afford 26,50 M., Lohn 24,09 M.

Table showing wage distribution by class: über 15 M., 20 M., 25 M., 30 M., 35 M. with corresponding worker counts and percentages.

Die in () beigefügten Zahlen geben das Verhältnis von 1902 an. Aus der Aufstellung ist deutlich zu ersehen, wie der Lohn sich aus den unteren Klassen nach den oberen hin verschiebt. 1902 nahen noch 41,3 Proz. der Beteiligten mit einem Verdienst von 20 M. und weniger sich begnügen, nunmehr sind es nur noch 24,8 Proz.; auf der anderen Seite ist die Zahl der mit über 25 M. Entlohnenden von 23,1 auf 48,2 Proz. gestiegen.

Die Arbeiterinnen sind nur für einige Berufe von größerer Bedeutung; dazu gehören die Meißelindustrie, in der auf 100 Arbeiter 119,4 Arbeiterinnen entfallen, ferner die Porzellanindustrie (50,2), Korfschneiderei (38,5), Spielwarenindustrie (32,8) und andere. In der Tischlerei kommen auf 100 Männliche nur 1,6 Weibliche.

Das sind die Hauptergebnisse der Statistik. Außerdem sind in zahlreichen Tabellen eine Menge von Einzelheiten dargestellt, die für die Berufsangehörigen von allergrößtem Interesse sein werden. Für die Allgemeinheit genügt es, einen summarischen Überblick über die Fortschritte in den Arbeitsverhältnissen zu bekommen.

